Alhambra Zeitung Programm März/April 09

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

schwerpunkt: (un)kontrollierte Versammlungen
Für unkontrollierte Versammlungen! 8
Impressionen zur Demokultur in Deutschland und Griechenland 9
Anmerkungen zur unterschiedlichen Streik- und Demokultur in Frankreich 11
Griechenland: Staat ohne Gegenwart, Jugend ohne Zukunft 16

soziale kämpfe
Ende des Neoliberalismus? 20

antimilitarismus
Make Nato history! 23
Smash, we can! 26
Bundeswehr in Oldenburg 30

klasse macht herrschaft
Aktivieren und Strafen?! 32

linke
Eine Auseinandersetzung mit linken Positionen zu Israel 38

antirassismus
Lampedusa: Raus aus Alcatraz 45

Ankündigungen 49

Editorial

Liebe Leser_innen,

unser Schwerpunkt ist ein Plädoyer für mehr unkontrollierte Versammlungen. Eigentlich finden wir es ganz schön müßig uns mit so'nem Quatsch beschäftigen zu müssen, wann wir wie und wo demonstrieren *dürfen*. Die aktuellen Kräfteverhältnisse erlauben es uns aber leider nicht, auf das Thema zu scheißen. Welche Auswirkungen das Versammlungsgesetz konkret für unsere Praxis hat, ist allerdings noch unklar. Wie die Situation, im Vergleich dazu, in anderen Ländern so aussieht, haben wir befreundete Genoss_innen gefragt (S. 10-16).

Die Proteste in Griechenland sind mittlerweile ein wenig in Vergessenheit geraten. In den deutschen Massenmedien wurden sie hauptsächlich als Jugendrevolte abgetan. Dass die massiven Proteste deutlich mehr als ‚nur' eine Jugendrevolte gewesen sind, stellt der Text „Staat ohne Gegenwart, Jugend ohne Zukunft" dar. Er liefert einen guten Überblick über die Geschehnisse und erläutert die Gründe, die zu den Protesten führten. Großartig fanden wir auch den in der Januarausgabe der Analyse & Kritik erschienenen Artikel „Revolte in Griechenland. Hintergründe zum Aufstand der Deklassierten", den wir euch hiermit an's Herz legen wollen.

Bisher scheint die globale Finanzkrise nicht im Alltag der bundesdeutschen Gesellschaft angekommen zu sein - gut, ein paar Banken gehen Pleite, aufgrund von schlechten Wirtschaftsprognosen wird in der Automobilbranche die Produktion gedrosselt und angefangen zu „rationalisieren". Aber ansonsten scheinen sich die Folgen der Krise bisher vor allem in anderen Teilen der Erde und nicht zuletzt im globalen Süden massiv zu zeigen – Hungerrevolten, Staatskollapse, Arbeitslosigkeit, ... Die Bundesregierung sorgt allerdings schon mal präventiv dafür, dass auf die Krise reagiert wird (Stichwort „Konjunkturpaket I + II). Diese Pakete bedeuten aber de facto nichts anderes als eine Umverteilung von Unten nach Oben, denn sie bestehen vor allem in Bürgschaften und Schenkungen über viele Milliarden Euro des Staates an Banken und Konzerne. Ein Teil geht auch an die Kommunen – wir sollten lokalpolitisch dafür sorgen, dass das Geld in Projekte fließt, von denen diejenigen profitieren, auf die die Kosten für diese Umverteilung langfristig abgewälzt werden soll. Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) erarbeitet dazu gerade verschiedene Vorschläge.

Ansonsten muss die Linke (die Bewegung, nicht die Partei) allerdings dafür sorgen, dass die Krise des Kapitalismus zu einer Legitimationskrise der Herrschenden wird; also die Konjunkturpakete nicht als Heilsbringer und der Kapitalismus nicht als Ende der Geschichte missgedeutet wird. Gerade weil die Krise kommende politische und soziale Kämpfe bestimmen wird,

kommt es darauf an, die Möglichkeit zu nutzen, um konkrete Forderungen mit nicht-kapitalistischen Perspektiven zu verbinden.

Um genau an diesem Punkt zu intervenieren hat sich ein breites, bundesweites Bündnis zusammengetan; bestehend aus Interventionistischen Linken (IL), Attac, einigen Gewerkschaften und vielen anderen. Unter dem Motto „Wir bezahlen eure Krise nicht" werden am 28. März 2009 in Berlin und Frankfurt große Demos stattfinden. Ein Oldenburger Vorbereitungskreis plant, einen Bus zu organisieren. Haltet die Augen nach konkreteren Infos auf.

Eine Idee dazu, wie nicht- bzw. antikaptalistische Positionen in der aktuellen Situation stark gemacht werden können, bietet der Artikel „Ende des Neoliberalismus?" (S. 20) von der Gruppe Soziale Kämpfe (GSK) aus Berlin. Sie ist Teil der IL und Mitinitiatorin der Demo am 28. März 2009.

Anfang April will die NATO ihren 60. Geburtstag ausgiebig in Strasbourg/ Baden-Baden feiern. Dass wollen wir ihnen ordentlich vermiesen, mobilisiert wird für die Zeit zwischen dem 1. und 5. April. Für alle, die es nicht schaffen nach Strasbourg/Baden-Baden zu fahren, haben wir ein paar Interventionsmöglichkeiten in Oldenburg zusammen getragen (S. 30).

Die israelische Militäroffensive um den Jahreswechsel hatte fatale Konsequenzen. Etwa 1400 Menschen, größtenteils Zivilist_innen wurden getötet und ca. 15 % der Wohnungen in Gaza zerstört. Nach der 18-monatigen Isolierung lag die wirtschaftliche und damit auch die Versorgungsstruktur in Gaza sowieso schon brach. Nach wie vor spielt sich in Gaza eine humanitäre Katastrophe ab. Das Ergebnis der Wahlen in Israel lassen nicht darauf hoffen, dass sich grundsätzlich etwas an der israelischen Politik ändern wird. Und auf der anderen Seite? Das humanitäre Elend in Gaza bietet nicht den besten Boden für emanzipative Bewegungen, die der Hamas etwas entgegensetzen könnten. Was das Ziel der israelischen Militäroffensive war bleibt unklar. Einfache Erklärungsmuster, wie zum Beispiel, dass der Krieg nichts als ein Joker im israelischen Wahlpoker war, greifen zu kurz.

Hier in der BRD werden die Geschehnisse in der Linken sehr unterschiedlich wahrgenommen, unterschiedliche ‚Wahrheiten' werden produziert, Kontroversen zumindest andiskutiert ... Deswegen wollen wir mit dem Text „Eine Auseinandersetzung mit linken Positionen zu Israel" (S. 38) von Wolf Wetzel versuchen, einen etwas anderen Blick auf den Konflikt in Israel/Palästina - bzw. den Umgang der deutschen Linken damit – zu ermöglichen. Jenseits von einer Positionierung für oder Identifikation mit den Herrschenden einer ‚Seite' beschreibt er die Projektionen der deutschen Zustände auf den Konflikt im Nahen Osten - und das mit einem großen Fundus an Wissen über die linke Bewegungsgeschichte in der BRD. Es lohnt sich!

In Lampedusa, wo die zahlreichen Flüchtlingsproteste in Italien ihren Anfang hatten, reagierten die Behörden – wie zu erwarten – wenig kooperativ. Statt an den Lebensbedingungen was zu ändern (oder zumindest so zu tun), forcierten sie Massenabschiebungen nach Tunesien. Nachdem am Dienstag, 17. Februar 2009 in Folge von den ersten Abschiebungen nach Medienberichten ca. 300 Menschen in Hungerstreik gingen, spitzte sich die Lage am Morgen des 18. Februar zu: Die Behörden wollten mehr als 100 Leute nach Tunesien abschieben, doch der Großteil der Leute versuchte zu flüchten. Sie wurden am Tor des Lagers gestoppt – in der Folge wurde ein Feuer gelegt, dass mittlerweile einen großen Teil der Internierungseinrichtung auf Lampedusa zerstört hat. Im Zuge des Aufstandes im Lager kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei mehrere Menschen verletzt wurden (genaue Informationen dazu liegen nicht vor). Sicher ist, dass zur Niederschlagung des Aufstandes – trotz des Feuers und der dichten Rauchwolken – Tränengas eingesetzt wurde. Mehr Informationen lagen uns zum Redaktionsschluss leider nicht vor.

In der BRD organisieren sich zur Zeit ebenfalls in vielen Flüchtlingslagern Menschen, um Widerstand gegen den Zustand der Entrechtung und Entwürdigung zu leisten. Das aktuellste Beispiel ist Remscheid in NRW. Infos dazu findet ihr auf http://thecaravan.org.

Ach, ja, für alle Antifa-Interessierten in Oldenburg ist eine neue Outing-Broschüre erschienen. Ihr könnt sie unter sienerven.blogsport.de finden.

Dieses Mal haben uns sau viele Einreichungen erreicht, von denen wir einige leider nicht abdrucken konnten – sorry, aber trotzdem vielen Dank dafür! Euch allen viel Spaß bei der Lektüre wünscht,

eure Alhambra-Redaktion.

Massenabschiebung kurdischer Flüchtlinge

Düsseldorf/Istanbul/Damaskus Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Massenabschiebung von 150 kurdischen Flüchtlingen von Düsseldorf nach Istanbul durchgeführt. Die meisten wurden bei der Ankunft festgenommen. Wie Rechtsanwältin Yeter Kaplan erklärte, würden die Massenabschiebungen aus Kostengründen zweimal jährlich durchgeführt. Dabei seien auch Kranke aus Krankenhäusern geholt und abgeschoben worden.

2008 war für kurdische Flüchtlinge ein schweres Jahr. Zehntausende waren mit der Begründung, die Türkei habe sich demokratisiert, von Asylwiderrufsverfahren betroffen. Diejenigen, denen das Aufenthaltsrecht enzogen wurde, leben mit einer Duldung in der ständigen Gefahr der Abschiebung. 150 von ihnen wurden am 19. Dezember 2008 mit einer Chartermaschine unter hohen Sicherheitsvorkehrungen aus Düsseldorf abgeschoben. Um Widersprüche zu verhindern, sind bei solchen Flügen Mitarbeiter der Ausländerbehörde sowie Ärzte anwesend. In Deutschland leben über 150 000 Flüchtlinge mit einer Duldung.

Das im letzten Jahr abgeschlossene Rücknahmeabkommen zwischen Syrien und der BRD wird in der kommenden Zeit fatale Auswirkungen haben. Insgesamt sind 13 000 Flüchtlinge davon betroffen, die zum Teil seit vielen Jahren mit einer Duldung in der BRD leben. Von dieser Anzahl sind etwa 7 000 Kurd_innen, denen vor Jahren die syrische Staatsbürgerschaft vom dortigen Regime aberkannt wurde. Sie gelten als Staatenlose. Für die jetzt gezahlten 41 Millionen Euro kaufte sich die BRD das Recht auf Abschiebung. Dies würde für den allergrößten Teil ein Leben in totaler Entrechtung oder Gefängnis bedeuten.

Antifaschist_innen gegen größten Naziaufmarsch Europas

Dresden Am 13. und 14. Februar, der Jahrestage der Bombardierung Dresdens vor 64 Jahren, fanden Nazigroßaufmärsche in Dresden statt. Seit einigen Jahren organisieren bundesweit Antifaschist_innen Gegenaktivitäten.

Am 13. Februar veranstalteten einige Nazis ein Gedenken mit Kranzniederlegung am Heidefriedhof in Dresden. Zeitgleich und am gleichen Ort hielt die Stadt Dresden eine Gedenkveranstaltung ab. Am Abend des 13. Februar nahmen etwa 1 100 Neonazis an einen Fackelmarsch im nicht-barocken Teil der Innenstadt teil. Dieser konnte aufgrund massiver Polizeipräsenz kaum von Antifaschist_innen gestört werden. Parallel dazu hatte der antifaschistische Bündnis ‚Keine Versöhnung mit Deutschland' eine Kundgebung mit Konzert in der Dresdner Altstadt organisiert, an der um die 700 Antifaschist_innen teilnahmen.

Für den 14. Februar hatten sich im Vorfeld mehrere Tausend Faschos angekündigt. Tatsächlich nahmen über 6 000 am Naziaufmarsch teil. Dieser wurde von relativ wenig Bullen begleitet, so dass mehrere Nazi-Kleingruppen ungehindert aus dem Demozug ausscheren konnten. Stattdessen hielte sich der Großteil der an diesem Tag eingesetzten Bullen um die antifaschistische Demo herum auf. An der vom ‚No pasarán' Bündnis organisierten antifaschistischen Demo nahmen mehr als 4 000 Menschen teil. Schon im Vorfeld wurde der antifaschistischen Gegenmobilisierung – durch das Verbot die Demo am Hauptbahnhof starten zu lassen – massiv Steine in den Weg gelegt. Die komplette Route wurde abseits der der Nazis verlegt. Bis zum Ende der Demo wurde die polizeiliche Repression immer härter, das Spalier immer enger, so dass keine_r mehr die Demo verlassen oder zu ihr stoßen konnte. Kurz vor dem geplanten Endkundgebungsort griffen Prügeltrupps der Polizei die Demonstrationsteilnehmer_innen mit Bambusholzknüppeln an. In Folge dieser Angriffe eskalierte die Situation und die Demonstration musste für aufgelöst erklärt werden. Bei den Polizeiangriffen wurden etwa 100 Demonstrationsteilnehmer_innen durch Schlagstöcke und Pfefferspray verletzt. Dabei auch ein Schwerverletzter, der das Opfer einer ungekennzeichneten Polizeieinheit mit Bambusschlagstöcken wurde. An den bürgerlichen Demonstrationen von Bündnis ‚Geh Denken', die ebenfalls am 14. Februar waren, nahmen insgesamt

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

etwa 7 000 Menschen teil. Auf der Rückreise aus Dresden wurde ein Reisebus des DGB auf einer Raststätte in Thüringen von Nazis angegriffen und und in Folge dessen mehrere Gewerkschafter_innen verletzt. Dabei kam es unter anderem zu einem Schädelbruch.

Freiraumdemo in Oldenburg

Oldenburg Am 27. Januar gab es in Oldenburg eine unangemeldete Spontandemonstration für bedrohte linke Hausprojekte und Freiräume. Weltweit kam es in der letzten Zeit zu einer Häufung von Räumungen bzw. Räumungsandrohungen, so ist etwa das besetzte „Topf-Squat" in Erfurt, die „Grevener Straße" in Münster und das Kunst- und Veranstaltungszentrums „Tacheles" in Berlin räumungsbedroht. Das Zentrum „Schnapsfabrik" in Köln wurde anfang des Jahres vom Bauamt geschlossen, das Centri Sociali „Cox 18" in Mailand am 22. Januar geräumt, weiteren Centri Sociali in Mailand droht das gleiche Schiksal. Den traurigen Höhepunkt stellt die brutale Räumung eines besetzten Hauses in der Innenstadt von Seoul am 20. Januar dar, bei der fünf Besetzer_innen und ein Bulle den Tod fanden. Also Gründe genug, auf die Strasse zu gehen. Und so versammelten sich bis zu 100 Leute gegen 18 Uhr am Lefferseck und zogen von dort aus bei ziemlich eisigen Temperaturen und nebeliger Dunkelheit über die Staulinie, Poststraße und Amalienstraße zum autonomen Zentrum „Alhambra". Die mit einem Großaufgebot, inklusive der Schlägereinheit „BFE" und einer Hundestaffel, angerückten Bullen nahmen die lautstarke Demo ins Spalier. Es kam – abgesehen von dem nervigen Spalier – immer wieder zu Provos der Bullen: Der Demo wurde durch massive Absperrungen eine Route aufgezwungen, immer mal wieder wurde der Aufzug „ausgebremst" und gegen Ende der Demo ließ es sich das Oldenburger „BFE" nicht nehmen, durch Schläge und Tritte gegen die Demonstrierenden eine Routenverkürzung von 20 Metern (!) durchzusetzen. Dieser Angriff reiht sich in das immer brutaler werdende Agieren der Oldenburger Bullen (unter Führung des Polizeichefs Johann Kühme und des Einsatzleiters vor Ort Norbert Münch) ein, die nicht erst seit den Vorfällen in der Kaiserstraße während der antifaschistischen Proteste am 5. Juli 2008 Knüppel und Tränengas als einziges Argument gegen die selbstbewusst auftretende Linke in der Stadt vorzubringen haben.

Antisemit_innen auf Antikriegsdemo

Bremen Am Samstag, den 3. Januar, demonstrierten 3 000 Menschen gegen den Krieg in Gaza. Aufgerufen hatten unter anderem die„Linkspartei" und das „Bremer Friedensforum". Neben weiteren hatten auch islamistische Gruppen, wie beispielsweise „Milli Görus", für die Demo mobilisiert. Auf der Demonstration kam es auch zu antisemtischen Sprechchören, wie„Juden raus". Die Verbrennung einer Israelflagge wurde von den Organisator_innen zwar kritisiert, aber nur aus Sicherheitsgründen.

Oldenburger Demo gegen den Krieg in Gaza

Oldenburg Am 17. Januar zogen etwa 200 Menschen durch die Oldenburger Innenstadt, um gegen den Krieg in Gaza zu demonstrieren. Zu der Demonstration unter dem Motto: »Frieden und Gerechtigkeit für Palästina« hatte das Oldenburger »Hilfswerk Palästina e.V.«, die »Deutsch Palästinensische Gesellschaft« und der »Freundeskreis Beit Jala« aufgerufen. Auf der Demo wurden Bilder mitgeführt, die zivile Opfer der israelischen Militäroffensive zeigten. Zudem waren einige Palästinafahnen und je eine Fahne Algeriens und vom Libanon zu sehen. Manfred Reck, Vorsitzender des Hilfswerks Palästina und Veranstalter der Demo, rief dazu auf, die zuvor von einigen Demoteilnehmer_innen skandierten anti-israelischen Sprechchöre zu unterlassen und stattdessen für „Frieden und Gerechtigkeit" für alle Menschen in Israel/Palästina einzutreten.

Häuserkämpfe in der BRD reloaded

Münster/Flensburg/Erfurt In den letzten Monaten kam es in der BRD zu einem Aufflackern der Hausbesetzungsbewegung. In die Offensive gingen einige Aktivist_innen in Münster: Mit einer Silvesterparty in der Neujahrsnacht star-

teten sie die Besetzung der Grevenerstr. 53 und 55, in der sich der linke Kulturladen „Versetzt“ befindet. Das „Versetzt“ wurde seit Jahren als Treffpunkt für linke Gruppen und Veranstaltungen genutzt und hatte zum 31. Dezember 2008 eine Kündigung erhalten. Die besetzte Häuserzeile in der Grevenerstraße soll nach Plänen der städtischen „Wohn+Stadtbau“ abgerissen werden. Die „Wohn+Stadtbau“ hat Ende Januar Strafanzeige gegen die Besetzer_innen gestellt. Diese zeigen sich davon allerdings wenig beeindruckt: Mittlerweile gibt es im Haus eine neue Fahrradwerkstatt und einen Umsonstladen. Die Besetzer_innen scheinen sich auf einen längeren Aufenthalt vorzubereiten.

Auch in Flensburg gingen Aktivist_innen in die Offensive und besetzten Anfang Januar ein seit zwei Jahren leerstehendes Gebäude in der Kurzen Straße 4. Die Bewohner_innen machten sich im Anschluss daran, ein soziales Zentrum („K4“) aufzubauen, mit dem Ziel „Kochen, Kunst und Kultur, sowie Politik und praktische Arbeit wie Nähen oder Handwerken fernab des Konsums und der finanziellen Exklusion“ zu ermöglichen. Am 27. Januar nach drei Wochen der Besetzung lies der Verwalter des Hauses die Bewohner_innen mit Hilfe der Polizei räumen. Am gleichen Abend zogen etwa 50 Leute in einer Spontandemonstration durch die Flensburger Innenstadt und kündigten eine Fortsetzung des Häuserkampfs in Flensburg an.

In Erfurt soll das seit Jahren besetzte Topf+Söhne Gelände, auf dem sich zahlreiche linke Projekte und ein Wagenplatz befinden, geräumt werden. Am 24. Januar solidarisierten sich über 1 000 Menschen auf einer Demonstration in Erfurt mit dem Projekt. Überraschend schloss sich auch der aus dem TV bekannte Entertainer „Bernd das Brot“ der Erfurter Hausbesetzer_innenbewegung an. Der ansonsten eher statische Bewohner der Innenstadt Erfurts machte sich daraufhin zu einem Ausflug in die Besetzer_innenszene auf. Am 1. Februar wurde Bernd dann auf einem alten Kasernengelände von den Bullen gestellt und überwältigt (siehe Fotos auf dieser Seite). Er soll nun wieder auf seinem angestammten Platz festgeschraubt werden. Bernd und alle anderen Besetzer_innen kündigten allerdings an, das Topf+Söhne Gelände gegen jede Räumungspläne weiter zu verteidigen.

Klaus Döpke ist tot

Oldenburg Am 8. Januar starb Klaus Döpke im Alter von 87 Jahren. Er war einer der wohl bekanntesten Kommunisten in Oldenburg. Der 1922 geborene Osternburger kämpfte in seiner Jugend im antifaschistischen Widerstand. Nach der Befreiung von der Nazi-Barbarei trat der gelernte Elektromonteur 1945 der wieder legalisierten KPD bei. Nachdem die KPD 1956 erneut verboten wurde – diesmal von der BRD – setzte Klaus Döpke seine politische Arbeit für die Partei auch in der Illegalität fort. 1968 gehörte der Vater von vier Söhnen zum Gründungskreis der DKP Oldenburg, für die er von 1981 bis 1986 im Stadtrat saß und deren Vorsitz er lange Jahre übernahm. Er engagierte sich im »Arbeitskreis für Behindertenfragen« und war 1983 federführend an der großen Kampagne zum Erhalt der 424 Arbeitsplätzen der Oldenburger »Glashütte« beteiligt. Des weiteren hat sich Klaus Döpke im Laufe seines Lebens in zahlreichen Vereinen und Verbänden eingebracht. So war er der Vorsitzende des ArbeiterInnensportvereins »Viktoria Oldenburg« und der »Sportgemeinschaft Südost«, sowie

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

begeistertes Mitglied bei der »Arbeiter-Liedertafel Osternburg«. Sein größtes Hobby war allerdings seit eh und je die Taubenzucht – seine Täubchen leisteten bereits während der NS-Herrschaft gute Dienste als geflügelte Kuriere des antifaschistischen Widerstandes.

Haltlose Vorwürfe gegen Oldenburger DGB-Vorsitzenden

Oldenburg Die antifaschistischen Demonstrationen vom 3. Januar gegen den letztlich verbotenen Naziaufmarsch schlagen hohe Wellen im DGB. Der Bezirksvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Jörg Mildahn wirft dem Oldenburger DGB-Vorsitzenden Manfred Klöpper vor, er habe „am Rande der Demonstration gegen Rechts gesagt, dass man notfalls auch mit Gewalt künftige Aufmärsche von Rechten verhindern müsse“ und fordert deshalb dessen Rücktritt. Manfred Klöpper, Mitglied in Oldenburger ‚Forum gegen Rechts‘, der seit 1997 an der Spitze der DGB-Region Oldenburg/Wilhelmshaven steht, wies die Vorwürfe der Polizeigewerkschaft zurück. „Ich habe weder direkt noch indirekt in meiner Rede zu Gewalt aufgerufen“, sagte er gegenüber der NWZ. Auch Tina Kolbeck, die Sprecherin des DGB-Landevorsitzenden geht davon aus, dass „sich der Vorwurf nicht erhärten wird“.

Mildahn will von der Rücktrittsforderung allerdings Abstand nehmen, wenn Klöpper seine angeblichen Äußerungen zurücknimmt und „sich von der autonomen Szene distanziert“. Inzwischen haben sich diverse Gewerkschaften und Parteien mit Manfred Klöpper solidarisiert und sich für eine weitere Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte in Oldenburg ausgesprochen.

Rassistische Morde in der ganzen Welt

Oakland/Berlin Am 1. Januar tötete ein Bahnpolizist der »Bay Area Rapid Transport« im kalifornischen Oakland den 22-jährigen afroamerikanischen Studenten Oskar Grant in einer Bahnstation. Vor den Augen und diversen Handy-Kameras von vielen Fahrgästen zog der Polizist Johannes Mehserle eine Waffe und erschoss den wehrlos am Boden Liegenden. Die Polizei beschlagnahmte danach zahlreiche Mobiltelefone und Kameras, wohl in dem Versuch, den Vorfall geheim halten zu können. Am 7. Januar fand daraufhin in Oakland eine Demonstration mit knapp 1 000 Teilnehmer_innen statt. In Reden wurde u. a. auf die rassistischen Aspekte des Mordes hingewiesen. Ein Freund der Familie von Oskar Grant sagte, dass afroamerikanische Eltern gerade auf ihre Söhne im Alter von 17 bis 25 aufpassen müssen: »Entweder stecken sie sie wegen irgend etwas für lange Jahre ins Gefängnis oder sie bringen sie um.«. Die Bullen verwehrte der Demo die Route zum Rathaus und griffen mit Tränengas und Schlagstock an, um die Menge auseinander zu jagen. Verschiedene Gruppen lösten sich danach von der Demo und schlugen Schaufenster und Autoscheiben ein. Es kam zu mehrstündigen Auseinandersetzung mit der Polizei, die sich in den folgenden Tagen vereinzelt fortsetzten.

Der Fall von Oskar Grant ist nicht nur in den USA Ausdruck eines rassistischen Polizeiapparates. Die Morde an Oury Jalloh und Layé Kondé (beide am 7. Januar 2005 ermordet) sind die wohl bekanntesten Fälle rassistischer Polizeigewalt in der BRD. Ihre Mörder wurden frei gesprochen.

Am 9. und 16. Januar fanden in Berlin Gedenkdemonstrationen für

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

den am Silvesterabend durch einen Polizisten erschossenen Dennis statt. Drei Zivilbeamte versuchten Dennis in der Silvesternacht im brandenburgischen Schönfließ zu verhaften. Dabei wurde der unbewaffnete Dennis von einem einem Polizeibeamten mit acht Schüssen erschossen. Die Welt (Springer-Presse) legitimierte den Mord an Dennis, der wegen Verkehrsdelikten per Haftbefehl gesucht wurde, durch den Titel „Trauermarsch für einen Straftäter ... Von einem Polizisten in Schönfließ erschossener Krimineller beigesetzt".

Polizeigewalt angreifen!
Rassismus bekämpfen!

Sozialproteste- und Riots in Lettland

Riga Mitte Januar demonstrierten 10 000 Menschen in der der 720 000 Einwohner zählenden Hauptstadt gegen die lettische Regierung. Massenendlassungen, massive Lohnkürzungen, Steuererhöhungen und „Bafög"-Kürzungen bekommen aufgrund der Wirtschaftskrise breite Bevölkerungsschichten zu spüren, vor allem Jugendliche protestierten gegen das Fehlen von Zukunftsperspektiven. In den heftigsten Auseinandersetzungen seit Jahren wurden Polizeifahrzeuge und Scheiben des Parlamentsgebäudes gesmasht. Auch wenn seit den Demonstrationen, bei denen über 130 Leute festgenommen wurden, das Rigaer Regierungsviertel vehement polizeilich abgesichert ist, bleibt der weitere Verlauf der Proteste offen, da eine Verbesserung der Situation insbesondere der jüngeren Bevölkerung nicht in Sicht ist.

Sechs Tote bei Räumung eines besetzten Hauses in Südkorea

Seoul Am 20. Januar wurde in der Hauptstadt Südkoreas ein am Tag zuvor besetztes Haus brutal geräumt. Mehr als 40 Menschen, Bewohner_innen und Ladenbesitzer_innen, hatten das Haus aus Protest gegen seinen Abriss besetzt. Bereits 25 Stunden danach begann ohne den Versuch von Verhandlungen die Erstürmung des Gebäudes durch eine Anti-Terror-Einheit, in dessen Verlauf fünf der Besetzer_innen und ein Polizist starben. Nach Bullenangaben hätten sie die im brennenden Haus eingeschlossenen Demonstrant_innen mit Brandsätzen, Farbverdünner und Golfbällen beworfen, daraufhin habe man geräumt. Die festgenommenen Hausbesetzer_innen widersprachen der Version der Polizei, das Feuer sei wegen der Molotowcocktails ausgebrochen. Ihnen zufolge sei es zunächst woanders ausgebrochen und von der Polizei gelegt worden, um sie zum Aufgeben zu zwingen. Der Vorfall hat mittlerweile Auswirkungen auf die Regierung, die Angehörigen der Opfer fordern den Rücktritt des Polizeichefs und eine faire Aufklärung des Vorfalls. Aller öffentlichen Kritik zum Trotz konzentriert sich die Staatsanwaltschaft bislang indes mehr auf die Verfolgung von Besetzer_innen und Demonstrant_innen. Gegen sechs von ihnen wurden Haftbefehle erlassen.

Beginn einer Räumungswelle der italienischen Centri Sociali?

Mailand Ende Januar kündigte der mailänder Bürgermeister an, dass er aufgrund der vermehrten Beobachtungen linksradikaler Aktionen von Jugendlichen aus diversen Centri Sociali in Mailand sämtliche Soziale Zentren in der Stadt räumen lassen will. Daraufhin wurde das erste der verbleibenden Centri Sociali „Cox 18" oder „Conchetta" geräumt. Die Räumlichkeiten wurden versiegelt und das komplette Inventar, samt historischer Akten, Zeitungen und Zeitschriften von der Stadtverwaltung beschlagnahmt. Die Nachricht der Räumung verbreitete sich jedoch so schnell, dass sich in kurzer Zeit hunderte von Unterstützer_innen versammelten, Straßen blockierten und mit Spontandemos durch die Stadt zogen. In einer Erklärung wird die Räumung als illegal bezeichnet, da ein Verfahren, welches die städtische Verwaltung gegen das besetzte Haus im Juli 2008 angestrengt hat, um das Gebäude zurück zu bekommen, noch lange nicht entschieden ist. Es wurde außerdem zu entschiedenem Widerstand gegen die Kommerzialisierung Mailands aufgerufen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Für unkontrollierte Versammlungen!

Nach der Verschärfung des Versammlungsgesetzes in Bayern im letzten Jahr und eines ähnlich repressiven Entwurfs in Baden-Württemberg steht nun auch eine Änderung des niedersächsischen Versammlungsrechts an. Die CDU/FDP-Mehrheit im Landtag arbeitet derzeit an einer Neufassung des Versammlungsgesetzes nach bayrischem Vorbild. Klar sein muss uns allen, dass dies ein massiver Angriff auf unsere Möglichkeiten darstellt, Demos zu gestalten und diese auf der Straße durchzusetzen. Die krassesten geplanten Änderungen wollen wir im Folgenden ausführen:

1. Das neue Gesetz räumt die Möglichkeit ein Versammlungsleiter_innen und Ordner_innen unter bestimmten Gründen abzulehnen. Ordner_innen, die nach Ansicht der Behörde „ungeeignet" erscheinen die Versammlungsleitung „zu unterstützen", können ohne weiteres abgelehnt werden. Außerdem wird die Anmeldefrist für Versammlungen von 48 auf 72 Stunden erhöht.

2. Neben der Versammlungsleitung sollen nun auch Ordner_innen gezwungen werden ihre Personalien bei den Behörden anzugeben. Außerdem sollen sie zur Zusammenarbeit mit der Polizei im Vorfeld und während der Demo gezwungen werden. Ist die Polizei der Meinung, dass eine Situation zu eskalieren droht, kann diese die Versammlungsleitung und Ordner_innen auffordern die Versammlung zu beruhigen oder aufzulösen. Auch wenn diese die Situation anders einschätzen, sind sie durch das Gesetz zur Mithilfe gezwungen, andernfalls können sie zur Verantwortung gezogen werden.

3. Ein Grund, warum eine Versammlung nach dem neuen Gesetz verboten werden kann, ist das sogenannte Störungsverbot, nachdem eine andere Versammlung weder gestört, noch zu deren Störung aufgerufen werden darf. Ein weiterer Auslöser für das Verbieten oder der Einschränkung einer Versammlung ist die Anordnung, dass gleichrangige Rechte Dritter nicht beeinträchtigt werden dürfen. Findet etwa ein Naziaufmarsch statt, kann eine Gegendemonstration als Störung angesehen und verboten werden..
4. Die Polizei kann in Versammlungen eingreifen, sofern Anzeichen für erhebliche Gefahren für Sicherheit und Ordnung bestehen oder wenn der Eindruck der Gewaltbereitschaft erweckt wird. Darüber hinaus darf sie präventiv filmen, fotografieren, Personalien aufnehmen und Einzelpersonen festnehmen. Diese zuvor extralegalen (aber gängigen) Praxen sollen nun durch das neue Gesetz legalisiert werden. Außerdem tritt das so genannte „Militanzverbot" in Kraft. Das bedeutet, wenn durch eine Versammlung der Eindruck von Gewaltbereitschaft vermittelt werden könnte (z.B. durch das Tragen von einheitlich schwarzer Kleidung), kann die Einsatzleitung der Polizei diese kurzerhand beenden.

Klar wird hierbei, dass es vor allem darum geht unliebsamen Protest zu verunmöglichen. Dieser neuste Angriff auf die Möglichkeiten des gesellschaftlichen Protestes ist Teil einer autoritären Entwicklung der vergangenen Jahre, die gesellschaftliche Konflikte zunehmend repressiv durch den Ausbau von Polizei- und Überwachungsstaat zu unterdrücken versucht. Treten diese Gesetzesänderungen tatsächlich in Kraft hat die Polizei-Einsatzleitung, noch mehr als bisher, Spielraum mit subjektiven/bewusst falschen Situationseinschätzungen unsere Demos massiven Repressionen auszusetzen.

In Bayern fand überraschend wenig Mobilisierung gegen das neue Gesetz statt. In BaWü gab es schon Ende 2008 drei Demos, die massiv aus dem linksradikalen Spektrum getragen wurden: In Freiburg wurde eine unangemeldete Demo mit 2 500 Teilnehmer_innen und einem großen schwarzen Block durchgesetzt. Am 7. März ist eine überregionale Demo in Mannheim angekündigt, außerdem wird auf den Tag X, den Tag der Einbringung des Gesetzes in den Landtag, mobilisiert. Das bürgerliche Spektrum versucht es mit einer Verfassungsklage, deren Ausgang noch offen ist. In Niedersachen formiert sich derzeit ein Bündnis (versammlung.diegedankensindfrei.org), dass gegen die geplanten Änderungen mobilisiert.

Das Innenministerium unter dem Hardliner Schünemann hat im Oktober 2008 ein neues Gesetz im Landtag angekündigt. Der Referentenentwurf, der seither vorliegt, ähnelt stark dem bayrischen, ist aber bisher noch nicht in den Landtag eingebracht worden. Vermutet wird, dass Niedersachsen abwarten will, welche Einschnitte das Bundesverfassungsgericht zulässt, um diese dann voll auszuschöpfen.

Für uns stellt sich die Frage, wie eine angemessene Antwort auf diese Pläne aussehen kann. Klar ist, dass sich solch ein Gesetz nicht mit ein paar Demos kippen lässt. Auf der anderen Seite ist es mit ein paar militanten Aktionen auch nicht getan. Es bedarf eines breiten Widerstands auf allen Ebenen und jede Menge unkontrollierter Versammlungen. Wie der zukünftige praktische Umgang mit den neuen Versammlungsgesetzen sein wird, hängt nicht zuletzt von der Stärke unserer Bewegung ab.

Wir haben in der Nacht vom 1. auf den 2. März um 2:20h die CDU-Parteizentrale Unterm Berg 20 in Oldenburg mit Farbe beworfen. Die CDU versucht momentan auf Landesebene unter Innenminister Schünemann ein verschärftes Versammlungsgesetz nach bayrischem Vorbild durch den Landtag zu drücken. Wir lassen uns nicht vorschreiben wo, wann und in welcher Form wir unseren Widerstand zeigen. Für uns ist diese Aktion Ausdruck und Resultat davon, dass unsere Demos auch ohne das neue Versammlungsgesetz schon jetzt massiv eingeschränkt, überwacht und kriminalisiert werden. Wir haben uns daher heute Nacht für diese Aktionsform entschieden und wollen damit auch andere motivieren.

Kommando ‚Farbe bekennen!'

Impressionen zur Demokultur in Deutschland...

Bei der Vorbereitung dieses Schwerpunkts haben wir Genoss_innen aus Griechenland, Frankreich, Italien, Holland, Dänemark,… gefragt, ob sie uns nicht einen kurzen Text zur Demokultur in ihrem Land schreiben wollen. Als Anregung und Einstieg haben auch wir einen kurzen Text geschrieben und mitgeschickt. Es war nicht unser Ziel die einzelnen Demokulturen zu analysieren, sondern eher einen Eindruck zu vermitteln, was es jeweils heißt an einer Demo teilzunehmen. Erreicht haben uns bisher leider nur Antworten aus Griechenland und Frankreich – Bernard Schmid hat uns eine komplette Analyse geschrieben, unsere Genoss_innen aus Griechenland eher ein Pendant zu unserer Vorlage. Wenn uns die anderen Berichte noch erreichen, werden wir sie in der nächsten Ausgabe abdrucken.

Einzelne Landesregierungen in der BRD üben sich derzeit in der Verschärfung des Versammlungsrechts (Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen). Aber wir fragen uns eigentlich was lässt sich da noch verschärfen...?

In Deutschland auf eine Demo zu gehen heißt unserer Erfahrung nach, abgesehen davon, dass wir mit Genoss_innen für eine gemeinsame Sache kämpfen....

Wir müssen fast jede Demo anmelden, also der Stadtverwaltung 48h vorher bekannt geben, dass wir eine Demo machen wollen und eine verantwortliche Person benennen. Ohne eine Anmeldung sind die Demos auf der Straße oftmals faktisch nicht durchsetzbar (außer z.B. in Oldenburg). Wenn eine Demo angemeldet ist, kann sie trotzdem verboten werden oder dem/der Anmelder_in können rechtliche Konsequenzen drohen. Fast immer gibt es auch Auflagen, wie z.B. dass die Transpis nicht länger als 1,50m sein dürfen, dass ein bestimmter Lautstärkepegel über den Lauti nicht überschritten werden darf, dass wir nicht die gewünschte Route laufen dürfen und alles was den Behörden sonst noch so einfällt… Was immer auf Demos in Deutschland gilt, ist, dass die Bullen verhindern (wollen), dass wir uns vermummen und dass wir uns bewaffnen oder Schutzkleidung tragen („passive Bewaffnung"). Schon auf dem Weg zur Demo gibt es häufig Kontrollen, was dazu führt, dass wenige Menschen lustige Gebrauchsgegenstände zur Demo mitbringen. Oft fühlen wir uns auf den Demos ohnmächtig – die Kombination aus permanentem Filmen, Greiftrupps und Spalier verschafft uns das Gefühl, dass wir für alle Gesetzesüberschreitungen auch zur Rechenschaft gezogen werden, oft auch Stunden später; oder dass wir uns besonders anstrengen müssen, um nicht erwischt zu werden.

Der deutsche Polizeistaat, so scheint uns, ist, was die Kontrolle von Demonstrationen angeht, sehr stark perfektioniert, militarisiert, technologisch hoch gerüstet und strategisch hoch entwickelt. Das anstehende neue Versammlungsgesetz wird das Ganze für uns nicht besser machen, ganz im Gegenteil...

Somit verkommen Demos immer wieder zu Machtdemonstrationen des Polizeistaats und sind damit kaum mehr als ein kleiner Aufschrei gegen Herrschaft und Ausbeutung.

... und in Griechenland

Mit Bezug auf euren Text gibt es nun eine Beschreibung der Demonstrationen in Griechenland:

Obwohl es offiziell notwendig ist eine Erlaubnis vom Stadtrat zu erbitten und Demos ein paar Tage vorher anzukündigen, ist es in Griechenland eine politische Wahl oder Entscheidung der antiautoritären Bewegung die Behörden nicht über die Demos zu informieren. Es gab jedoch auch nie irgendwelche Folgen, d.h. eine Demonstration ist einfach angekündigt mit einem Plakat.

Die Polizei folgt den Demonstrationen fast immer mit einem gewissen Abstand. Sie sind am hinteren Teil der Demo. Es gibt auch Einheiten, die in Seitenstraßen entlang der Demoroute, versteckt sind. Entlang der beiden Seiten der Demo gibt es Genoss_innen mit Flaggen/Stöcken, die eine Schutzlinie bilden, für den Fall, dass die Polizei reingehen will. Falls die Polizei versucht der Demo von den zwei Seiten näher zu kommen, gibt es immer Auseinandersetzungen.

Während den energischsten und aktivsten Demos gibt es Leute, die Parolen rufen, Andere lösen sich von der Hauptdemo mit Schablonen und Sprühdosen (wir hinterlassen unsere Spuren überall dort, wo wir hingehen), wiederum Andere geben Texte oder Flyer zu Leuten, die vorbei gehen. Generell ist der Kontakt mit Leuten sehr wichtig, besonders während „propagandistischen" Demos, d.h. solche die über ein bestimmtes Thema informieren wollen.

In der Demo nutzen die Leute alle Arten von Schutzkleidung und auch Schutzausrüstung (z.B. Gasmasken). Dies wird immer noch nicht als illegal betrachtet, aber falls die Bullen Leute mit solcher Ausrüstung festnehmen behandeln sie sie normalerweise mit mehr Brutalität...Eine verbreitete Praxis der griechischen Polizei ist, die Demo anzugreifen, wenn sie sich einem entscheidenden Punkt nähert (z.B. ein Ministerium oder eine Polizeistation). Wenn es einen Angriff gibt, werfen sie eine Menge Tränengas, um die Demo zu zerstreuen. Manchmal haben sie Gummigeschosse gegen Demonstrant_innen verwendet. Normalerweise machen sie keine Festnahmen, aber wenn sie Leute festnehmen geschieht dies nach einer Tränengasexplosion. In diesen Situationen, wenn es eine Panik gibt – Leute rennen weg um atmen zu können – ist es einfacher für die Polizei Leute rauszugreifen. Nichtsdestotrotz hat die Polizei kürzlich begonnen auch völlig „friedliche" Demos anzugreifen.

In Athen (der Hauptstadt Griechenlands mit mehr als 4 000 000 Einwohner_innen) sind die Demos für gewöhnlich aggressiver (sie enden meist mit Auseinandersetzungen) und seitens der Polizei ebenfalls (sie sind brutaler, schlagen Demonstrant_innen, als auch Passant_innen zusammen und sie benutzen wesentlich mehr Tränengas um eine Demo zu beenden). Jedoch machen sie sehr selten präventive Festnahmen vor einer Demonstration.

Wie Ihr seht, die Repression anderer europäischer Länder hat noch nicht Griechenland erreicht. Dinge sind einfacher hier, zur Zeit...

Anmerkungen zur unterschiedlichen Streik- und Demokultur in Frankreich

An einem Montag früh, im Februar 2009, begann die Repression. Die linksliberale Tageszeitung *Libération* schildert: „Sie sind alle weiß und laufen – Knüppel in der Hand – herum, inmitten der Kokospalmen-Stümpfe, Reifen, Abfälle und großen Steine, mit denen die Fernverkehrsstraße blockiert ist. Sie sind alle schwarz und weichen vor dem Ansturm zurück, indem sie ihre Hymne singen (…)." Einige Zeilen weiter wird geschildert, wie 50 Demonstranten und Blockierer festgenommen werden: „›Worauf warten wir, um das alles einzuladen‹, befiehlt ein Gendarm", bevor die Verhafteten in einen bereit stehenden Bus steigen. Ein ortsansässiger Weißer bekundet den Gendarmen: „Heute schäme ich mich dafür, Franzose zu sein." Woraufhin ihm geantwortet wird, er möge sich doch „ein anderes Land aussuchen", vielleicht in Afrika. (Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/0101319896-le-bras-de-fer-se-durcit-dans-la-rue) Ein verhafteter Gewerkschafter, Alex Lollia, wird bei dieser Gelegenheit durch Einsatzkräfte als „dreckiger Neger" beschimpft und verletzt.

So läuft die „Protestkultur", und die Repression, in den französischen so genannten Überseegebieten ab. Beispielsweise auf der Antilleninsel Guadeloupe – einem „Überseebezirk" in der Karibik –, wo ab dem 20. Januar 2009 mehrere Wochen lang ein Generalstreik stattfand. Härter noch verlaufen die Konfrontationen in regelmäßigen Abständen in der französischen de facto-Kolonie Neukaledonien (*Nouvelle Calédonie*) im Westpazifik, die zwischen 2013 und 2018 über ihre Unabhängigkeit abstimmen wird. Ein Streik in den dortigen öffentlichen Verkehrsbetrieben, der im Januar 2008 anfing und seit über einem Jahr andauerte, führte – nach Zusammenstößen mit den staatlichen Sicherheitskräften – zur strafrechtlichen Verurteilung von circa 30 Gewerkschaftern. Unter anderem wurde der Vorsitzende der – relativ großen – antikolonialistischen Gewerkschaft USTKE, Gérard Jodar, der zum fraglichen Zeitpunkt gar nicht am Ort des Geschehens war, zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt. In der Berufungsinstanz wurde die Strafe auf drei Monate ohne Bewährung zuzüglich einer Bewährungsstrafe reduziert.

In seinen „peripheren" Zonen, früheren Kolonien und jetzigen „Überseegebieten" tritt der französische Zentralstaat mitunter sehr offen repressiv auf. Bei Konfrontationen mit breiteren sozialen Bewegungen, zumal wenn sich (wie im Falle der Gewerkschaften in Guadeloupe und Neukaledonien) die Unabhängigkeitsforderung regelmäßig unter den sozialen Interessenkampf mischt, fasst die französische Zentralmacht mitunter hart zu. Auch wenn eine derart brachiale Repression wie in der Vergangenheit – die Niederschlagung einer Demonstration in Guadeloupe im Mai 1967, bei der das Feuer eröffnet wurde, kostete 110 Todesopfer – heute höchst unwahrscheinlich ist: Aufgrund der Existenz von Handy-Fotokameras und Internet würden die Bilder sofort um die ganze Welt gehen.

Auf die „Metropole", also das europäische Festlandfrankreich, lässt sich das so nicht übertragen. Auch wenn es in Einzelfällen durchaus Fälle von offener und harter Repression gibt: Das schlimmste historische Beispiel lieferte wohl der 17. Oktober 1961, an dem unter dem Pariser Polizeipräfekten Maurice Papon – derselbe Papon, der Jahrzehnte später wegen der Beihilfe zur Deportation von 1 700 Juden und Jüdinnen aus Bordeaux im Zweiten Weltkrieg verurteilt werden würde – rund 300 algerische antikoloniale Demonstranten mitten in der französischen Hauptstadt ermordet wurden. 11 000 weitere wurden festgenommen und wochenlang in Sammel-

lager, etwa in der Pferderennbahn im Pariser Stadtwald Bois de Vincennes, gepfercht.

Aber außerhalb des Kontexts von Kolonialkriegen, in denen die Staatsmacht den drohenden Verlust ihres Herrschaftsanspruchs über einen Teil „ihres" Territoriums fürchtet, ist eine auch nur annähernd so harte Repression in Frankreich ungewohnt. Gegenüber „einheimischen" sozialen Bewegungen, in der „Metropole", wäre ein solches Vorgehen kaum vorstellbar. Beinahe im Gegenteil: Wer je an einer Protestdemonstration in Paris teilgenommen hat, wird festgestellt haben, dass etwa das bei link(sradikal)en Demonstrationen in Deutschland übliche Polizeispalier vollkommen fehlt. Die Einsatzkräfte der Polizei bleiben in aller Regel fast völlig unsichtbar – und für die Verkehrsregelung sowie die Vermeidung von Zwischenfällen sorgen nicht uniformierte Staatsbeamte, sondern ein von Gewerkschaften, Studierendenverbänden oder linken Parteien selbst organisierter Ordnerdienst. Insofern wird in den Demonstrationen selten massiv gefilmt – wie regelmäßig in Deutschland –, und umgekehrt gibt kommt es auch selten zu Vermummung und den (in manchen deutschen Städten oft ritualisierten) Konflikten darum.

Regelmäßig tauchen innerhalb von Demonstrationen nur einzelne Polizisten mit Funkgerät auf. Die Busse der Bereitschaftspolizei stehen zwar oft zum Eingreifen bereit, aber mehrere Parallelstraßen weiter oder mit einigem Abstand hinter der Demonstration. Allerdings hindert dies Zivilpolizisten nicht daran, – mitunter massiv – auch in den Demonstrationen präsent zu sein.

Ausnahmen gibt es zwar auch: Bei Protestmärschen mit starker Beteiligung von Jugendlichen aus den *Banlieues* (Trabantenstadtzonen) – wie im März 2003 bei den Demos gegen den Irakkrieg, im Frühjahr 2005 bei den SchülerInnendemonstrationen, wo viele Banlieuejugendliche mit demonstrierten und zugleich Jugendgangs die Demonstration angriffen, oder im Frühjahr 2006 bei den Massendemos gegen die Angriffe auf den Kündigungsschutz – wird mitunter auch eine starke Polizeipräsenz bereits auf den An- und Abfahrwegen sichtbar. In manchen Fällen, etwa zu Beginn des Irakkrieges, als die Staatsmacht eine zugespitzte Anspannung in den *Banlieues* befürchtete, wird dann auch schweres Gerät wie etwa Räumpanzer aufgefahren. Das bleibt aber eher die Ausnahme. Ebenso kann die Staatsmacht (eher ausnahmsweise) sehr hart durchgreifen, wenn sie es mit sehr isolierten und politisch zugespitzten linksradikalen Mobilisierungen zu tun hat: Als am 24. Januar 2009 an der Pariser Métro-Station Barbès rund 150 Autonome und Anarchisten für die „Terror"-Angeklagten von Tarnac (vgl. http://www.labournet.de/internationales/fr/tarnac.html) demonstrierten wollten, wobei es sich um eine unangemeldete Versammlung handelte, wurde die Demonstration nach wenigen Minuten eingekesselt. Rund 100 TeilnehmerInnen wurden zwecks Personalienfeststellung festgenommen.

Dies ist aber nicht der übliche Umgang mit Demonstrationen in Frankreich. Dass diese oft relativ „selbstverwaltet" ablaufen und von selbständig organisierten Ordnerdiensten – nicht durch die Polizei – umgeben sind, hängt auch eng mit der französischen sozialen „Konfliktkultur" zusammen. Diese fällt doch in vielen Punkten ziemlich unterschiedlich von der, weitaus stärker staatlich oder gewerkschaftlich kanalisierten, deutschen aus. Im Weiteren folgen daher einige grundsätzliche Anmerkungen zu den Austragungsformen sozialer Konflikte und sozialen Protests in beiden Ländern, diesseits und jenseits des Rheins.

Soziale Konfrontation in Frankreich – und in Deutschland

Am ersten Demotag sind es in ganz Frankreich 700 000 Leute. Am zweiten Demo-, Streik- und Aktionstag sind sie über eine Million. Am dritten strömen über zwei Millionen auf die Straße. Der Premierminister hält eine Fernsehansprache vor elf Millionen Fernsehzuschauern, um seine „Reform" zu „erklären" und die Gemüter zu beruhigen. Sie hat einen „Dopingeffekt auf die Proteste", die danach schnell anwachsen, vermeldet ein öffentlich-rechtlicher Rundfunksender kurz darauf. 14 Tage später hält nun der Präsident, der oberste Chef, eine Ansprache vor über zwanzig Millionen Fernsehzuschauen.

Wieder soll pädagogisch „erklärt“ und beruhigt werden. Über 60% der von Meinungsforschungsinstituten Befragten erklären sich „nicht überzeugt“. Vier Tage darauf findet ein neuer Demo-, Streik- und Aktionstag statt, an dem wieder Millionen in ganz Frankreich auf die Straße gehen, und die Protestierenden noch zahlreicher sind als beim vorigen Mal.

So viel kollektive Renitenz ist man in Deutschland nicht gewohnt, auch wenn man sich dort an Streiks mittlerweile in gewissen Maßen zu gewöhnen scheint – sogar im konservativ-wirtschaftsliberal-spießig geprägten Stuttgart befanden sich die öffentlichen Dienste, bis hin zur Müllabfuhr, im ersten Halbjahr 2006 wochenlang im Ausstand. Mindestens ein fundamentaler Unterschied sticht dabei jedoch ins Auge. In aller Regel lässt sich feststellen: Streikende Metallarbeiter in Deutschland verteidigen die Interessen der Metallarbeiter, und sonst interessiert es kaum jemanden, der oder die nichts mit der Branche zu tun hätte; Staatsbedienstete verteidigen die Interessen von Staatsbediensteten. Und streikende Studierende bringen oftmals (zum Glück nicht immer!) die Interessen von Studierenden als solche von zukünftigen Führungskräften – die aus diesem Grunde pfleglich zu behandeln seien, was ja auch für den Wirtschaftsstandort gut sei – in Anschlag.

Ein bisschen anders läuft es da doch in Frankreich ab. Streikende Studierende machen sich um 5 Uhr morgens auf zur Vollversammlung der Métro-Beschäftigten oder Eisenbahner/innen in der Frühschicht. Junge Linksradikale demonstrieren mit alte(n) Metallarbeiter(n) demonstrieren mit Krankenschwestern, demonstrieren mit kritische(n) Jurastudentinnen demonstrieren mit Arbeitslosen demonstrieren mit Sans papiers („illegalen“ Einwanderern) demonstrieren mit Attac-Akademiker(n) demonstrieren mit politisch engagierten Schwulenverbänden… Die altehrwürdige „Liga für Menschenrechte“ (LDH, eine eher linksliberale Vereinigung, die um 1900 während der Dreyfus-Affäre gegründet worden ist) verteilt Merkblätter an junge Demonstrantinnen: „Was tun, wenn man in Polizeigewahrsam genommen wird“ – in Deutschland kennt man das vorwiegend nur von Autonomen (Stichwort: „Anna und Arthur halten's Maul“). Und wenn das Staatsoberhaupt spricht, dann bleibt niemand am klebrigen Schleim präsidialer Versöhnungsdiskurse haften, sondern man liest an den folgenden Tagen in Demozügen Parolen wie: „Den Kriminellen im (Präsidentenpalast) Elysée und seinen Hanswurst in Matignon (Amtssitz des Premierministers): ab in den Knast!“ Oder, an den jeweiligen Premierminister gerichtet, als gesungener Reim: „Oh Juppé/Raffarin/Villepin/Fillon, wenn Du wüsstest, wo wir uns Deine Reform hinstecken…“ (*Oh… , si tu savais, ta ré-for-me, où on s'la met…*)

Woher kommen die augenfälligen Unterschiede? So viel sei vorab verraten: Am Blut liegt's nicht, und in den Chromosomen steckt es auch nicht. Der in deutschen Medien mitunter platzierte Hinweis auf die (angeborene?) „Kultur“ der Franzosen hilft nicht weiter. Ein materialistisch fundierter Blick auf die Geschichte schon eher.

Ein kleiner Rückblick auf die Sozialgeschichte der Nation

Zunächst ist es banal – aber eben auch richtig! – darauf hinzuweisen, dass sich die herrschende Bourgeoisie im französischen Falle selbst anders konstituiert hat, als dies in Deutschland oder Österreich ablief. Hier schüttelte die Bourgeoisie, sich selbst zur (herrschenden) Klasse und gesellschaftlichen Kraft konstituierend, die vorherige feudale bzw. monarchische Macht aus eigener Initiative ab. Dazu hat es das wirtschaftlich tätige Bürgertum in Deutschland aus eigener Kraft nie gebracht – jedenfalls nicht erfolgreich, denn 1848/49 gab es den Versuch dazu –, und so konstituierte es sich zu Bismarcks Zeiten lieber unter den Fittichen des autoritären Staates zur nationale Bourgeoisie.

Damals wurde das Monstrum des „Nationalliberalismus“ geboren: Einsatz für die Expansion der nationalen Ökonomie ja, Kampf um die Durchsetzung der Bürgerrechte nein, lautete der Deal mit der Obrigkeit, der für dieses politisch-ideologische Phänomen begründend wirkte. Es war deshalb in Deutschland die Sozialdemokratie, welche die Aufgaben des bürgerlichen Liberalismus zum Teil nachholend wahrnahm und wesentliche Elemente der bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie (allgemeines Stimmrecht ohne Zensuswahlrecht, Frauenstimmrecht…) durchsetzte. Dadurch wurde die Sozialdemokratie aber bereits in hohem Maße in den „Normalbetrieb“ der bürgerlichen Demokratie – obwohl er in diesem Fall historisch verspätet hergestellt wurde, 1918 – integriert. Andernfalls hätte sich „der politische Arm der damaligen Arbeiterbewegung“ schon früh anderen Aufgaben widmen, und eine Arbeiterpartei im engeren Sinne, also als Interessen- und Kampfpartei, konstituieren können. Dies war tendenziell in Frankreich der Fall, wo bei der Spaltung der sozialistischen Parteien in Sozialdemokratie und Kommunistische Partei (nach dem Ersten Weltkrieg) eine deutliche Mehrheit denn auch die Umwandlung zur kommunistischen Kampfpartei bevorzugte.

Nicht, dass die Bourgeoisie in Frankreich stets den Zielen der menschlichen und gesellschaftlichen Emanzipation verbunden geblieben wäre – weit gefehlt! Im Gegenteil wirkte die Erinnerung

an das, was Revolutionen in Frankreich bewirken können, auf einen Teil der einmal (im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert) an politische und wirtschaftliche Macht gekommenen Großbürger derart einschüchternd, dass sie sich zu veritablen Reaktionären wandelten. Sympathisanten der (untergegangenen) Monarchie, ultrakatholische Moralapostel und Vichy-Unterstützter machten immer einen Teil dieser Bourgeoisie aus. Aber der Preis dafür war eine veritable Aufspaltung in zwei unterschiedliche Figuren, die schon nicht auf den gleichen Begriff hören. In Deutschland antwortet sowohl der wirtschaftliche Sozialdarwinismus, die Apologie des „freien Markts" als auch das Engagement für ein nicht gar zu sehr von überkommenen Konventionen beengtes Zusammenleben, für die Bürgerrechte, für Freiheiten des Einzelnen auf den Namen „Liberalismus". Oft muss man erst einmal nachfragen, welcher Liberalismus denn nun gemeint ist.

In Frankreich bezeichnet der Begriff *libéralisme* im üblichen politischen Sprachgebrauch nur die erstgenannte Variante, und für eine klare Mehrheit der Gesellschaft ist er negativ besetzt: Hier kommt das nackte wirtschaftliche Dominanzinteresse, der Wunsch nach „Befreiung des Marktes" von gesellschaftlichen Fesseln zum Ausdruck. Der Rüstungsindustrielle, Zeitungsmogul, Rassist und – als Bürgermeister der Pariser Trabantenstadt Corbeil-Essonnes – auf eine zeitweilige gute Zusammenarbeit mit dem rechtsextremen Front National (FN) zurückblickende Flugzeugbauer Serge Dassault gilt so allgemein als *libéral*, obwohl er absolut nichts von einem Bürgerrechtler hat. Die zweitgenannte Variante dagegen hört auf das Adjektiv citoyen – üblicherweise äußerst grobschlächtig mit „staatsbürgerlich" ins Deutsche übersetzt, was aber den Kern nicht trifft. Eine *gauche citoyenne* etwa ist eine Linke, die sich für die Freiheitsrechte des Einzelnen, für die Bürgerrechte einsetzt. Der eigene Anspruch, der den Aufstieg der Bourgeoisie historisch begleitete – der Einsatz für Aufklärung, Vernunft und In-Recht-Setzung der Einzelnen gleichermaßen wie für wirtschaftliche Betätigungsfreiheit – tut sich so als Widerspruch auf, und die zuerst bezeichneten Aspekte können unter Umständen gegen die Praxis der Bourgeoisie selbst gekehrt werden. (Inwiefern die progressiven Kräfte dabei selbst noch bürgerlichen Konzeptionen verhaftet bleiben, in denen insbesondere die Rechte des oder der Einzelnen von seiner oder ihrer Zugehörigkeit zu einer Staatsbürgerschaft oder aber einem „legalen" Aufenthaltsstatus als „Ausländer" abhängen, ist eine andere Frage. Sie verdient tatsächlich eine kritische Erörterung. In der Praxis hat allerdings auch der Universalismus, der in jüngster Zeit in der Stärke der Bewegung für die Rechte der Sans Papiers oder „illegalisierten" Immigranten zum Ausdruck kam, eine relativ breite Verankerung in der französischen Gesellschaft.)

Dass Rebellion gegen die Obrigkeit prinzipiell möglich und sogar ein „gutes Recht" ist, bleibt vor diesem Hintergrund eine stark im französischen kollektiven Gedächtnis verhaftete Idee. Nun kommen allerdings noch andere historische Faktoren hinzu, die erklären, dass Gewerkschaft und Arbeiterbewegung in Frankreich anders funktionieren, als man das aus Deutschland kennt – wo man heutzutage oft einer Gewerkschaft beitritt wie einer Versicherung oder Krankenkasse, „für den Fall, dass man's mal braucht, wenn man Probleme im Job hat". Und wo die Gewerkschaft den Beginn und vor allem auch das Ende des Streiks entscheidet, die Lohnabhängigen dazu aufruft und während ihrer Arbeitsniederlegung auch (anstatt des Kapitalisten) bezahlt.

Das wäre in Frankreich undenkbar: Streikgeld gibt es keines, den Ausstand bezahlen die abhängig Beschäftigten aus eigener Tasche in Gestalt der Lohnverluste, die sie hinnehmen müssen. Im Gegenzug werden sie nicht entmündigt, sondern entscheiden höchstpersönlich über die Nutzung ihres Rechts auf Streik, und darüber, wann sie dessen Ausübung wieder zu beenden gedenken. Eine Ausnahme bilden hier die öffentlichen Dienste, da aufgrund ihrer Bedeutung für die öffentliche Versorgung ein Streik hier vorab angemeldet werden muss, und zwar durch eine anerkannte Gewerkschaft. (Dieses Recht plant die Regierung einzuschränken, womit sie freilich auf massive Widerstände stoßen könnte, vgl. bspw. http://www.labournet.de/internationales/fr/service_minimum1.html) Bildet in Deutschland das Streikrecht ein so genanntes „organisches Recht", das nur einer Organisation und damit ihrem Apparat zuerkannt wird (über Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz), ist es in Frankreich ein Individualrecht, das jedem Lohnabhängigen persönlich garantiert ist, durch die Präambel der Verfassung und durch Artikel L. 521-1 des Arbeitsgesetzbuchs. Die allererste Reform, die dieses Namens würdig wäre und über die progressive JuristInnen einmal dringend nachdenken sollten, bestünde darin, auch in Deutschland das Streikrecht unabhängig vom Agieren der Gewerkschaftsapparate zu garantieren.

Dabei ist das (heutige) positive Recht, wie so häufig, nur der Ausfluss einer unterschiedlich verlaufenen Geschichte und unterschiedlicher sozialer Kräfteverhältnisse. In Deutschland wurde „das Soziale" schon früh ins „große Ganze" des Systems integriert, und Bismarck war so klug, neben dem von ihm verhängten Betätigungsverbot für die Sozialdemokratie gleichzeitig der Parlamentsfraktion der SPD ihre freie Betätigung zu belassen. Der „institutionelle Kanal" wurde unterdesssen schon früh in der Arbeiterbewegung als vermeintlich gangbarer Weg betrachtet. Anders in Frankreich: Auf das frühsozialistische, revolutionäre Experiment der *Commune de Paris* folgten zehn Jahre Repression und die zeitweise organisatorische Zerschlagung, jedenfalls Schwächung der Sozialdemokratie. Das hinderte Gewerkschaften und Arbeitervereine nicht daran, sich kurz darauf zu entwickeln – aber eben nicht unter Führung einer Partei, die ihrerseits an den Staat angebunden blieb, sondern eher als „Gegenmacht" zum Staat wie dem Kapital. Das nannte man im frühen 20. Jahrhundert den „revolutionären Syndikalismus", der damals hegemonial war und sich etwa in der ‚Charta von Amiens' aus dem Jahr 1906 niederschlug.

Später gab ihm die französische KP, die noch bis in die 80er Jahre (über die CGT) einen Gutteil der Gewerkschaftsbewegung des Landes dominierte, zwar etatistische Formen. Gegenüber dem

vorhandenen bürgerlichen Staat blieb dennoch das Prinzip aufrecht erhalten, dass konsequente Interessenvertretung nur durch Aufbau einer Gegenmacht im Betrieb und auf der Straße vor möglichen Verhandlungen zu erreichen sei – nicht durch „Mitsprache" innerhalb der Institutionen, die von vornherein vom Aufbau eines Kräfteverhältnisses innerhalb der Gesellschaft entkoppelt bliebe. Und auch nicht innerhalb eines ritualisierten und „partnerschaftlichen" Gegenüber mit den Kapitalvertretern, bei dem der Staat den (von vornherein auf's so genannte Gemeinwohl verpflichteten) „Sozialpartnern" einen Teil seiner Regelungsmacht abtritt wie mit der so genannten Tarifautonomie in Deutschland. Letztere besteht im Kern nur darin, dass der Staat „unpopuläre" Entscheidungen und schmerzhafte soziale Einschnitte nicht selbst in Form eines expliziten politischen Akts durchzusetzen braucht: Die in eine institutionalisierte „Sozialpartnerschaft" eingebundenen Gewerkschaften besorgen ihre Durchsetzung schon selbst, in und gegenüber ihrem eigenen sozialen „Lager", also gegenüber den lohnabhängig Beschäftigten. Die aus diesem Gegenüber der „Tarifexperten" als (angeblichen) jeweiligen Repräsentanten von Arbeit und Kapital resultierenden Entscheidungen stellen sich so dem Publikum als „notwendige", im Konsens getroffene, letztlich überwiegend technische Entscheidungen dar. Anders als in Frankreich, wo zuerst die Staatsmacht, durch einen politischen Kraftakt, einen Beschluss mit negativen sozialen Folgen für die Mehrheit der Gesellschaft verkünden muss. Danach hat sie ihn gegenüber den aufflammenden gesellschaftlichen Widerständen durchzusetzen. Die Entscheidung zu sozialen Verschlechterungen erscheint so als bewusste, politische Weichenstellung, die auch als solche in Frage zu stellen ist.

Gewerkschaften und Betriebsräte wurden in Deutschland zu Inhabern einer Stellvertretermacht aufgebaut, denen deshalb – im Rahmen der Tarifautonomie – gewisse (freilich mehr und mehr begrenzte) Vollmachten abgetreten worden sind. Dies war deshalb möglich und aus Sicht der Herrschenden sogar sinnvoll, weil diese „Stellvertreter" ohnehin dem Konsens mit ihren Gegenüber und der politischen Macht verbunden sind. In Frankreich blickte man eine Zeit lang neidisch auf dieses scheinbar so reibungslose Funktionieren: Im Zeitraum von Ende der neunziger Jahre bis circa 2005 trommelten westlich des Rheins der Arbeitgeberverband MEDEF, die sozialliberale Richtungsgewerkschaft CFDT und auch führende bürgerliche Politiker – bis hin zum damaligen Präsidenten Jacques Chirac – für die Einführung einer Art von „Tarifautonomie" (unter Zurückdrängung der Rolle des Gesetzgebers, dessen Beschlüsse zu hohem politischen Druck zu unterliegen schienen) und einer Art „Sozialpartnerschaft" à la française. Dieses Programm taufte man zu Anfang dieses Jahrzehnts auf den Namen *refondation sociale*, ungefähr: „Neubegründung der sozialen Beziehungen".

Es hat allerdings bisher noch nicht geklappt: Bisher hat sich der so vermeintlich neu begründete Konsens aber nicht als genügend tragfähig erwiesen. In der Krise ist er vielleicht nicht hinreichend belastbar. Und mehrere in jüngster Zeit geplanten negativen Einschnitte – wie etwa die, gescheiterten und durch massive Proteste abgewehrten, Versuche zur Einschränkung des Kündigungsschutzes in den Jahren2005/06 – mochten die regierenden Konservativ-Liberalen dann doch lieber als autoritäre politische Entscheidung denn auf dem Weg von Konsensgesprächen mit den ollen Gewerkschaften durchsetzen. Dies geschah sogar unter weitgehender Ausschaltung des Parlaments mitsamt seiner bürgerlichen Abgeordneten: Die Einschnitte beim Kündigungsschutz wurden zum Teil im August 2005 per hochsommerliche Notverordnung der Regierung, zum Teil im Februar/März 2006 auf dem Gesetzeswege, aber ohne Sachdebatte im Parlament (da die Regierung das Sachproblem mit ihrer Vertrauensfrage verknüpfte) durchgezogen. Der politische Preis dafür ist hoch: Die in breiten Kreisen als bewusste Entscheidung der Politik, die gegen die eigenen Interessen gerichtet sei, verstandene Weichenstellung rief massive soziale und politische Widerstände auf den Plan. Die Pläne zur Aufweichung des Kündigungsschutzes mussten denn auch nach wenigen Monaten restlos vom Tisch genommen werden. Bis dahin waren auf den Höhepunkten, am 28. März und nochmals am 4. April 2006, bis zu drei Millionen Menschen frankreichweit gegen die „Reform" auf die Straße gegangen.

Aber auch dort, wo Niederlagen kassiert werden, werden diese durch die Teilnehmer/innen an Protesten deshalb nicht als einer „natürlichen Wirtschaftsordnung" und technischen Notwendigkeiten geschuldete, unausweichliche Entscheidung akzeptiert. Sondern wohl eher nach dem Motto von Ton, Steine, Scherben aufgefasst werden: „Jede Schlacht, die wir verlier'n, bedeutet unser'n nächsten Sieg."

Bernard Schmid

Staat ohne Gegenwart, Jugend ohne Zukunft

Was Griechenland dem übrigen Europa vorführt

Welche Botschaft er für die jungen Demonstranten habe, wurde der 80-jährige Leonidas Kyrkos von Journalisten gefragt. „Willkommen auf dem Feld der sozialen Kämpfe", antwortete die allseits geachtete graue Eminenz der griechischen Linken. „Am wichtigsten ist heute, dass ihr gut auf euch aufpasst und den Kampf richtig führt."

Seit der 15-jährige Alexis Grigoropoulos am vergangenen 6. Dezember in Athen von einem Polizisten erschossen wurde, gingen Studenten und Schüler überall in Griechenland auf die Straße, in der Hauptstadt wie in Thessaloniki, aber auch in Patras, Larissa, Heraklion, Chania, Ioannina, Volos, Kozani und Komotini. Per SMS oder E-Mail verabredeten sie sich zu spontanen Demonstrationen, in denen sich die aufgestaute Wut dieser Generation auf eine Art und Weise entlud, wie sie das Land noch nie erlebt hat.

Die Revolte der griechischen Jugend hat viele Ursachen. Hauptauslöser war sicher das brutale Vorgehen der Polizei, denn Alexis Grigoropoulos war nicht das erste, sondern nur das jüngste Opfer. Die eigentliche Ursache des Aufruhrs ist aber eine doppelte Krise: zum einen die Wirtschaftskrise, die das Land schon jetzt schwer belastet, obwohl die Auswirkungen des globalen Finanzcrashs erst langsam spürbar werden; zum anderen eine tiefe politische Krise, die von der mangelnden Transparenz der Parteien und der Politik herrührt und die dazu geführt hat, dass die Griechen ihren staatlichen Institutionen kaum noch Vertrauen entgegenbringen.

Die tödlichen Schüsse auf Alexis Grigoropoulos waren kein einmaliges Missgeschick. In den vergangenen Jahren sind mehrere Menschen, meist waren die Opfer Demonstranten oder Einwanderer, durch die Hand von Polizisten zu Tode gekommen. Keiner der Gewalttäter wurde zur Rechenschaft gezogen. 1985 erschoss ein Polizist den ebenfalls erst 15 Jahre alten Michalis Kaltezas. Der Täter erhielt nur eine Bewährungsstrafe und wurde Anfang 1990 sogar freigesprochen.

Zwar unterscheidet sich die griechische Polizei in ihrem Vorgehen heute kaum noch von ihren Kollegen in anderen europäischen Ländern. Aber in Griechenland sind die Wunden aus der Zeit der Militärdiktatur (1967-1974) noch längst nicht verheilt. Im kollektiven Unterbewusstsein sind die Jahre, als die Obristenjunta an der Macht war, noch sehr präsent.

Schon deshalb unterscheiden sich die gegenwärtige Tumulte in Athen gewaltig von den Ereignissen in den Pariser Vorstädten des Jahres 2005. In Frankreich konnte der damalige Innenminister Nicolas Sarkozy die Situation nutzen, um sich mit seinem Ruf nach „Recht und Ordnung" für die kommenden Präsidentschaftswahlen in Stellung zu bringen. Anders in Griechenland: Hier gibt es eine so breite Front gegen die gewaltsame Unterdrückung der Proteste, dass die rechte Regierung der Nea Dimokratia in eine tiefe Krise geraten ist. An der Spitze der breiten gesellschaftlichen Allianz steht die heutige Generation der Schülerinnen und Schüler, und das aus gutem Grund.

Der Alltag an den höheren Schulen ist geprägt von einem enormen Leistungsdruck. Das große Fernziel ist, einen der Studienplätze zu ergattern, die über eine zentralisierte Universitätseingangsprüfung vergeben werden: Schon mit 12 Jahren beginnen die Schüler, sich nachmittags in teuren privaten Nachhilfeschulen auf diese panhellínies exetáseis vorzubereiten. Und wer sich am Anfang des Studiums noch zu den Glücklichen zählen kann, findet nach dem Abschluss bestenfalls eine Arbeit, die kaum mehr als 700 Euro im Monat einbringt.

Die „700-Euro-Generation" ist in Griechenland seit langem ein brisantes Thema. Es gibt sogar einen Verein, der sich „G 700" nennt und seinen Mitgliedern mit unentgeltlicher Rechtsberatung hilft. Solcher Rat ist stark gefragt. Denn oft haben selbst Universitätsabsolventen, die das zweifelhafte Glück haben, 700 Euro im Monat zu verdienen, keinerlei soziale Absicherung. Schon befristete Arbeitsverträge sind die Ausnahme. Von Sozialversicherung, 13. Monatsgehalt und Abfindung im Kündigungsfall können die meisten nur träumen. Auch im öffentlichen Dienst sind prekäre Arbeitsverhältnisse weit verbreitet.

Das politische System hat jede Glaubwürdigkeit verloren

Auf diese Form der Repression reagieren die jungen Leute mit wachsender Wut und Verzweiflung. „Die wirtschaftlichen Eckdaten sind schlecht, und die Bürger sehen so pessimistisch in die Zukunft wie nie zuvor", sagt der Markt- und Politikforscher Stratos Fanaras vom Athener Institut Metron Analysis. „Die Leute sind extrem enttäuscht und glauben auch nicht, dass sich die Situation zum Besseren wendet – unabhängig von Klassenzugehörigkeit, Bildungsgrad oder Geschlecht."

Vor diesem Hintergrund – der durch die alarmierenden Prognosen der Wirtschaftsforscher noch düsterer wird - fehlt den Durchschnittsgriechen das notwendige Instrumentarium, um die Situation rational zu verarbeiten, konstatiert Fanaras. Die Wut über die polizeiliche Gewalt reiße sie immerhin aus ihrer

Passivität und helfe, das Kampffeld zu bestimmen. Mangels eines klaren politischen Durchblicks „ordnen sie den Mord an Alexis Grigoropoulos in ein manichäisches Weltbild. Die Tragödie gestattet ihnen also, wieder einmal Gut und Böse klar zu unterscheiden und entsprechend Partei zu ergreifen."

Doch allein daraus entsteht noch keine Bereitschaft zu politischem Engagement. Denn das politische System und vor allem die Parteien haben in den Augen der Griechen - insbesondere der jungen Generation - jede Glaubwürdigkeit verloren.

Seit den 1950er-Jahren wird das Land im wesentlichen von drei Politikerdynastien regiert: Um die Führung der konservativen Nea Dimokratia (ND) konkurrieren die Familien Karamanlis und Mitsotakis, der Name Papandreou dominiert die sozialdemokratische Pasok. Die beiden großen Parteien sind seit dem Ende der Diktatur abwechselnd an der Macht.

Auch die Opposition bietet wenig Hoffnungen. Die Kommunistische Partei (KKE) ist dermaßen orthodox, dass sie den Untergang der Sowjetunion bis heute auf den 20. Parteitag von 1956, also auf den Beginn der Entstalinisierung unter Chruschtschow datiert und Gorbatschow für die Inkarnation alles Bösen hält. Irgendwelche sinnvollen, auf die Gegenwart bezogenen Lösungsansätze sind von dieser Partei nicht zu erwarten.

Mehr Perspektiven hat das Linksbündnis Syriza zu bieten, eine Koalition aus radikalen und demokratischen Linken. Treibende Kraft dieser Allianz war die Linkspartei Synaspismos, die wiederum aus den „Inlandskommunisten" hervorgegangen ist, die sich 1968 als eurokommunistischer Flügel von der KKE getrennt haben. Syriza kommt vor allem bei den Jungwählern gut an. Nachdem das Linksbündnis bei den Parlamentswahlen 2007 rund 5 Prozent der Stimmen erhielt, lag es nur ein halbes Jahr später in den Umfragen schon bei 13 Prozent.

Dass an der Spitze dieser Koalition der erst 33 Jahre alte Alexis Tsipras steht, hat wesentlich zu ihrem Erfolg beigetragen. Tsipras überzeugt durch originelle Lösungsvorschläge ebenso wie durch seine Selbstinszenierung in den Medien. Zum Beispiel ging er zu einem großen Empfang des Staatspräsidenten in Begleitung einer jungen Immigrantin. Mit solchen Aktionen hat er die Sympathien von Teilen der Jugend gewonnen. Nachdem die Euphorie inzwischen etwas verflogen ist, liegt Syriza in den Umfragen bei 8 Prozent der Stimmen - immer noch vor der KKE, die nicht versteht, warum ihr die Wähler davonlaufen.

Im Ringen um die Vorherrschaft innerhalb der Linken sind die Altkommunisten inzwischen so weit gegangen, mit der Nea Dimokratia und sogar mit der antisemitischen, ultrarechten Partei Laos (Orthodoxe Volksallianz) zu paktieren. Die KKE unterstützte einen Antrag beider Parteien, in dem das Bündnis Syriza als „Sammelbecken für Randalierer" bezeichnet wird. Seltsam einig war man sich auch in dem Bemühen, einen Sündenbock zu finden, um von den wahren Ursachen der gegenwärtigen Krise abzulenken. Die sozialdemokratische Partei Pasok beschränkt sich auf die Forderung nach Neuwahlen und schweigt ansonsten, weil sie hofft, bald schneller als gedacht wieder an die Macht zu gelangen.

Schmiergelder, Nepotismus und Skandale ohne Ende

Tatsächlich trägt die Regierung einen großen Teil der Verantwortung für die Eskalation der letzten Monate. Die Konservativen hatten die Wahlen von 2004 mit dem Versprechen gewonnen, für mehr Transparenz zu sorgen und die Korruption zu bekämpfen. Doch inzwischen stecken Ministerpräsident Kostas Karamanlis und seine Regierungsmannschaft noch tiefer im Sumpf der dunklen Machenschaften als frühere Pasok-Regierungen. Sie präsentiert dem Publikum das volle Programm, mit Schmiergeldzahlungen, Nepotismus und luxuriösem Lebensstil.

Der jüngste Skandal, der das Fass zum Überlaufen brachte, drehte sich um den widerrechtlichen Verkauf von staatlichem Grundbesitz an das Athos-Kloster Vathopedi. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss konnte kein Licht in die Affäre bringen. Und die persönliche Verantwortung, die Karamanlis vor dem Parlament für den Skandal übernommen hat,

blieb bislang folgenlos.

Das Ausmaß und die Folgenlosigkeit solcher Skandale verstärken bei der jungen Generation den Eindruck, dass sie in einem Land der unbegrenzten Korruption leben, wo die großen Schweinereien ungesühnt bleiben. Die militanteste Gruppe dieser Generation sind die sogenannten Kapuzenträger, die sich mit Kopftüchern oder Kapuzen vermummen. Ihr Stammrevier ist das linksalternative Szeneviertel Exarchia mitten in Athen, in dem auch Alexis Grigoropoulos erschossen wurde. Das „Greenwich Village" Griechenlands liegt unmittelbar neben dem Polytechnikum, von dem aus die Studenten im November 1973 den einzigen offenen Aufstand gegen die Militärdiktatur organisierten. Anlässlich der Gedenkfeiern zur blutigen Niederschlagung dieser Revolte kommt es seit vielen Jahren zu heftigen Zusammenstößen zwischen Anarchisten und der mit Helmen vermummten Bereitschaftspolizei.

Bei den Demonstrationen vom Dezember zeigten die Fernsehsender vor allem Bilder von Demonstranten, die Autos und Ladengeschäfte in Brand steckten. Sah man genauer hin, konnte man einige Unterschiede zu den üblichen Bildern von Straßenkämpfen entdecken. Zunächst einmal waren die „Chaoten" viel zahlreicher als üblich. Zudem spielten sich diese Szenen nicht nur in Athen ab, sondern im ganzen Land. Und anders als bisher waren an den Ausschreitungen auch viele sehr junge Leute beteiligt, die nie zuvor mit der anarchistischen Szene in Berührung gekommen waren: Hinter den Barrikaden konnte man überall 13- oder 14-jährige Schüler entdecken.

Die Regierung hat den Demonstranten einen „Anschlag auf die Demokratie" vorgeworfen. Die demonstrierenden Jugendlichen fragten zurück: Von welcher Demokratie redet ihr da? Ohne Zweifel haben manche Schüler und Studenten Polizeireviere mit Steinen beworfen, andere haben bei der Verwüstung von Bankfilialen mitgemacht. Doch genau diesen Banken hatte die Regierung, die der Verelendung weiter Teile der Bevölkerung gleichgültig zusieht, nur ein paar Tage vor Beginn der Demonstrationen ein Unterstützungspaket von 28 Milliarden Euro angeboten. Und dieselben Banken haben private Inkassofirmen damit beauftragt, säumige Kleinschuldner zu schikanieren.

Die erklärliche Wut fördert zwar die Gewaltbereitschaft der jungen Griechen, aber nicht unbedingt auch ihr politisches Bewusstsein und Engagement. Aber auch das ist verständlich, da doch alle Parteien, abgesehen von den Linksextremen, ihre Forderungen ignorieren, meint Stratos Fanaras: „Es gibt keinen offenen Dialog mit den Jugendlichen, kein Ohr für ihre Forderungen bei den Regierenden, von konkreten Maßnahmen ganz zu schweigen." Er glaubt, dass die Großparteien die Sache wie gewohnt aussitzen wollen: „Sie warten ab, bis sich die Randale totläuft." Auch Fanaras fürchtet, dass viele Demonstranten demnächst wieder auf ihr Sofa zurückkehren - bis zum nächsten provokatorischen Anlass.

Andere politische Kräfte könnten die gewaltbereiten Gruppen als Rekrutierungspotenzial nutzen. „So war es schon nach der Ermordung von Michalis Kaltezas", meint Alexandros Yiotis. Der ehemalige Journalist und anarchistische Kommunist kennt die einschlägige Szene nicht nur in Griechenland, sondern auch in Frankreich und Spanien. Heute befürchtet er: „Sie werden insbesondere auch die Reihen der Terrorbewegung 17. November verstärken."(1) Yiotis hat sich an den jüngsten Straßenkämpfen nicht beteiligt. Aber als Beobachter ist ihm aufgefallen, dass bei den Demonstrationen die schwarz-roten Fahnen der Anarchisten in der Mehrheit waren.

Die Berichterstattung in den Medien und vor allem im Fernsehen ist weitgehend von staatlicher Propaganda geprägt. Auffällig daran ist zum einen, dass den Immigranten in Griechenland eine maßgebliche Rolle bei der Revolte angedichtet wird. So hieß es, die Plünderung der in Brand gesteckten Geschäfte sei das Werk hungriger Einwanderer gewesen. In einer Nachrichtensendung wurde sogar behauptet: „Das ist in Asien eine gängige Praxis: demonstrieren, alles kurz und klein schlagen und dann klauen."

In Wirklichkeit waren die randalierenden Demonstranten vorwiegend Einheimische, die sich gegen ein korruptes politisches System auflehnen. Und wenn sich einige Roma an den Plünderungen beteiligt haben, dann wohl mit der Absicht, der Polizei die alltägliche Repression heimzuzahlen, der sie vor allem in ihren Siedlungen am Rande Athens ausgesetzt sind.

Schüsse auf die Polizei drehen die Stimmung um

Wahr ist, dass hungrige Menschen - und zwar hauptsächlich Griechen – die Revolte zum Plündern zerstörter Geschäfte nutzten. „Das ist ein neues Phänomen", meint ein Student. „Bisher marschierten bei den Demos die Studenten und Gewerkschaften in vorderster Reihe. Dann kamen die Parteien, vorweg die linke Syriza. Am Schluss kamen die Anarchisten, und wenn es heiß herging, liefen alle durcheinander und ließen sich in trauter Einigkeit verdreschen. Heute kommt hinter den Anarchisten noch ein Block von Immigranten, Junkies und anderen Leuten, die nichts mehr zu verlieren haben. Sie wissen, dass sie bei einer Demo immer auf ihre Kosten kommen."

Eine zweite Erfindung der Regierung und der Medien sind die „empörten aufrechten Bürger", die sich angeblich gegen die Anarchisten stellten, um Recht und Ordnung zu verteidigen.

Tatsächlich war es in den ersten Tagen eher so, dass aufgebrachte Bürger die Bereitschaftspolizei vertrieben haben. Kleine Gewerbetreibende schrien die Polizisten an, sie sollten verschwinden. In einigen Fällen fielen Passanten der Polizei in den Arm, wenn sie Jugendliche festnehmen wollte. Viele Eltern und Großeltern merkten, dass sie die Kinder nicht zu Hause einsperren können. Also gingen sie lieber mit ihnen zusammen auf die Straße, um sie zu beschützen. Verkehrte Welt.

Aber das wird nicht so bleiben. Ein deutlicher Stimmungsumschwung ist bereits am 5. Januar eingetreten, nachdem zwei unbekannte Männer den 21-jährigen Polizisten Diamantis Madzounis mit einer Kalaschnikow und einer Handgranate angegriffen und schwer verletzt haben. Die Tat wird einer terroristischen Organisation namens „Revolutionärer Kampf" (Epanastatikós Agónas) zugeschrieben. Die hatte sich eine Woche vorher zu Schüssen auf einen Polizeibus bekannt, die angeblich aus derselben Kalaschnikow kamen. Die Schüsse vom 5. Januar haben die öffentliche Stimmung gedreht, indem sie der Polizei gewisse Sympathien verschafft und die Angst vor einem neuen „17. November" geweckt haben.

Entscheidend wird sein, ob die Protestbewegung einen langen Atem entwickelt. „Die große Finanzkrise wird bald auch bei uns ankommen. Deshalb werden viele Jugendliche auch weiterhin keine besseren Zukunftsaussichten haben", meint der Journalist Dimitris Tsiodras. „Weder kann man im Bildungswesen von heute auf morgen alles verbessern noch wird man die politische Korruption rasch beseitigen. Zündstoff bleibt da also genug."

Karamanlis wird diesen Zündstoff nicht entschärfen können, schon gar nicht mit seiner Regierungsumbildung vom 8. Januar. Die Griechen wissen: Auch die neuen Köpfe im Kabinett stehen für dieselbe Politik.

Die Proteste der Jugend werden nicht auf Griechenland beschränkt bleiben, sondern auch andere Länder erfassen und dort mit gleichgesinnten Gruppen verschmelzen. Der Grund dafür ist in all diesen Gesellschaften derselbe: Die heutigen Jugendlichen können - als erste Generation seit 1945 - nicht mehr erwarten, dass es ihnen künftig besser gehen wird als ihren Eltern.

Fußnote:

(1) Die „Revolutionäre Organisation 17. November" hat in den Jahren von 1975 bis 2000 über 100 Anschläge verübt und dabei 23 Menschen getötet. Im Sommer 2002 wurden die ersten Mitglieder (durch einen Zufall) verhaftet. Der anschließende Prozess endete mit der Verurteilung von 15 Angeklagten; die Köpfe der Organisation erhielten „lebenslänglich".

aus Le Monde diplomatique 16.1.2009

Ende des Neoliberalismus ?

Krise des Kapitalismus – revolutionäre Realpolitik als Perspektive einer Neuorientierung der Linken

Die kapitalistische Akkumulation steckt in einer fundamentalen Krise, und mit ihr die neoliberale Regulation. Die Krisenprozesse gehen aber weit über die beginnende Weltwirtschaftskrise und die Krise des Finanzsystem hinaus: es handelt sich um eine Mehrfach-Krise des Kapitalismus. Während die Herrschenden zu einer ‚Neugründung des Kapitalismus' (Merkel/Sarkozy) aufrufen, wird die Umverteilung zu Gunsten der dominanten Kapitalfraktionen verschärft, die Kosten der Krise auf die globalen Subalternen abgewälzt. Die Krisenprozesse stellen weder das Ende des Kapitalismus noch den Beginn einer Alternative dar. Die Herrschenden sind sich uneins und verunsichert, auch der neue Staatsinterventionismus stellt keine Lösung der kapitalistischen Krise dar, sondern ein Krisenmanagement im Rahmen des neoliberalen Finanzkapitalismus.

Während der neoliberale Kapitalismus als Wirtschaftssystem rapide an Vertrauen und Zustimmung verliert, nimmt die Offenheit in den Köpfen zu, Alternativen zum Kapitalismus zu denken. Bislang kann die Linke jedoch die Situation nicht für sich nutzen: viele linke Reaktionen beschränken sich auf konstruktive Vorschläge zu staatlichen Krisenprogrammen im Sinne eines ‚das geht auch besser und sozialer'. Linke Perspektiven müssen sich in dieser Situation aber daran messen lassen, ob sie dazu beitragen können, gesellschaftliche Gegen-Macht zu organisieren, Abwehrkämpfe zu verbinden und in einer Legitimationskrise des Kapitalismus mit kapitalismuskritischen Perspektiven in die Offensive zu kommen. Dafür sind breite und mobilisierungsfähige Bündnisse und die Zuspitzung auf mobilisierende Forderungen erforderlich. Die geplanten bundesweiten Demonstrationen am 28.März in Berlin und Frankfurt im Rahmen des weltweiten Aktionstages sollen dafür ein Anfang sein. Erforderlich ist jedoch eine umfassende Neuorientierung der Linken: Im Sinne einer ‚revolutionären Realpolitik' (Rosa Luxemburg) wollen wir konkrete, mobilisierungsfähige Forderungen mit grundsätzlicher Kapitalismuskritik und Schritten hin zu Alternativen zum Kapitalismus gleichrangig verbinden.

Die Krise heißt Kapitalismus

Eine solche Neuorientierung muss die Mehrfachkrise des Kapitalismus zum Ausgangspunkt nehmen:

Eine *Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse*, die immer mehr ‚Kosten' verursacht und durch den neoliberalen Finanzkapitalismus zugespitzt wurde (Klima- und Wasserkrise, ökologische Zerstörung), eine Krise der Energieversorgung (v.a. mit Öl und fossilen Energieträgern). In Gestalt des Neoliberalismus stieß der globalisierte Kapitalismus in den letzten Jahren weltweit auf Ablehnung und Widerstand, die durchaus zu schwindender Zustimmung und einer *Repräsentationskrise* der Herrschaft führen (v.a. in Folge der Zerstörung der Sozialstaaten und zunehmender Prekarisierung und Armut).

Die dramatischen Folgen der noch am Beginn stehenden Weltwirtschaftskrise dürfen nicht unterschätzt werden: rasant steigende Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern (in den USA werden monatlich ca. 600.000 Jobs vernichtet), weltweit weiter zunehmende Prekarisierung, die Gefahr von Staatsbankrotten und Überschuldungskrisen mit weiterem Sozialabbau und Privatisierung als Folgen, zunehmende Armut und die Zuspitzung der Hungerkrisen. Entscheidend ist, ob und in welchem Ausmaß es den Herrschenden gelingt, diese Krisenfolgen abzuschwächen, aufzuteilen und auf gesellschaftlich schwache Gruppen abzuwälzen. Es ist durchaus möglich, dass in dem Maße, wie die Krise zu einer Umwälzung der Lebensverhältnisse vieler Menschen führt, aus der Vertrauenskrise der Parteien und der bürgerlichen Demokratie eine *Legitimationskrise des Kapitalismus*

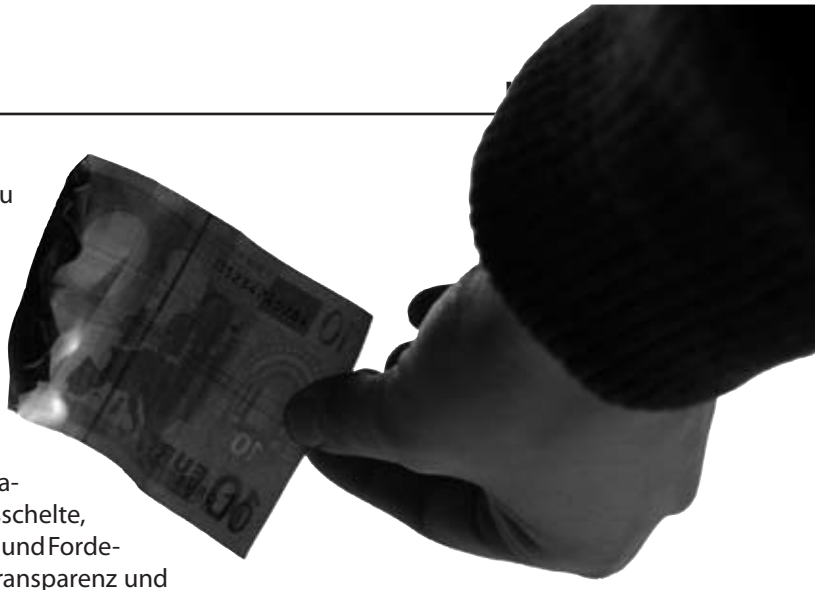
entsteht, in der sich antikapitalistische Perspektiven als global verallgemeinerbar erweisen müssen. Doch in den ökonomischen, politischen und ideologischen Kräfteverhältnisse wird die Diskrepanz zwischen dem Ausmaß der Krise und der Schwäche der linken Gegenkräfte deutlich.

Neoliberalismus am Ende?

Medial beschworen wurde der Crash im Herbst 2008 schon als ‚Ende des Neoliberalismus'. Wenn die ‚Rückkehr des Staates' bereits als Indiz dafür gelten soll wird allerdings vergessen, dass der Staat im Neoliberalismus nie abwesend war. Auch in linken Diskussionen wurde Neoliberalismus oft pauschal mit einem ‚weniger Staat, mehr Markt' gleichgesetzt. Damit wurde die Oberfläche der neoliberalen Ideologie fürs Ganze genommen. Der Neoliberalismus ist eine Strategie zur Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Staates - zu Gunsten des Finanzkapitals, der Vermögensbesitzer und der transnationalen Unternehmen. Diese politischen Kräfteverhältnisse, v.a. die im Staatsapparat, sind durch die Krise bislang nicht fundamental verändert. Im Staat dominieren weiterhin die Kapitalinteressen und v.a. das transnationale und Finanzkapital. Richtig ist, dass die fundamentale Krise der finanzdominierten Akkumulation auch zu einer Verschärfung der Krise des Neoliberalismus führt. Die neoliberale Ideologie der Effizienz der Märkte, der De-Regulierung, Privatisierung, ihre an den Markt gekoppelten Freiheitsversprechen blamieren sich für alle sichtbar an der Wirklichkeit. Die massiven ökonomischen Krisenprozesse verlangen ein stabilisierendes Eingreifen des Staates und zwingen die Herrschenden auch zu zuvor völlig undenkbaren Maßnahmen wie Verstaatlichungen. Der Neoliberalismus verlor zuerst seine Hegemonie – jetzt büßt er seine Dominanz als organisierende Ideologie der herrschenden Klasse ein.

Der Staat rettet den Kapitalismus ?

Die Krise hat die Herrschenden zu schnellem Handeln und einem flexiblen Krisenmanagement gezwungen, um einen schnellen Crash des gesamten Finanzsystems zu verhindern. Um die Kontrolle über die Situation zu behalten, wird ein starker Staat und die Politik als führende Hand in der Krise inszeniert, begleitet von Manager- und Aktionärsschelte, Gemeinwohlrhetorik und Forderungen nach mehr Transparenz und Regulierung. Der ‚neue Staatsinterventionismus' (Candeias in AK Nr. 533) stellt ein kurzfristiges Krisenmanagement dar, in dem die Orientierung an den Interessen des Finanz- und Industriekapitals mit der Inszenierung einer starken, gemeinwohlorientierten Regierung widersprüchlich verbunden sind.



Die Politik versucht die Folgen der Wertvernichtung auf die unteren Klassen abzuwälzen. Die privaten Risiken der Kapitaleigner werden staatlich abgefedert und die Verluste der Unternehmen und Vermögensbesitzer begrenzt und auf den Staat übertragen. Zugleich wird durch diese Form der Krisenpolitik die schon vorhandene und sich in Krisen verstärkende Tendenz zur Konzentration im Banken- und Unternehmensbereich begünstigt.

Dass selbst vor (Teil-)Verstaatlichungen nicht zurückgeschreckt wird, bedeutet weniger eine – derzeitige – Veränderung der Kräfteverhältnisse als eine Sozialisierung der Verluste. Eine Änderung der Bankenpolitik durch demokratische Einflussnahmen, Ausrichtung der Kreditvergabe nach sozial-ökologischen Kriterien statt nach Finanzmarktorientierung ist derzeit nicht damit verbunden.

Der Staat agiert in der Krise – anders als manche linke Analysen glauben - nicht als ‚ideeller Gesamtkapitalist', sondern vertritt die Interessen unterschiedlicher Kapitalfraktionen auf unterschiedliche Weise. Es bleibt bei der Dominanz des Finanzkapitals und der export-orientierten Industrieunternehmen. Im bürgerlichen Lager überwiegt die Haltung, dass der ‚Staat als Nothelfer' alternativlos ist, sich aber bald wieder zurückziehen soll und Orientierung auf die Märkte durch Staatshandeln abgesichert und stabilisiert werden soll.

Zentral ist allerdings, dass die Krisendynamik durch das staatliche Krisenmanagement bisher weder gestoppt noch begrenzt werden konnte. Fest steht: die derzeitigen Politiken des Staatsinterventionismus sind keine grundsätzlichen Kurswechsel, sondern zielen auf eine Garantie des Finanzkapitals und Abwälzung der Verluste. Was dadurch an gigantischen Schulden und Risiken angehäuft wird, soll dann in den nächsten Jahren durch Sozialkürzungen, Privatisierungen, Abbau der staatlichen Infrastruktur – mittels des Instruments der Schuldengrenze und einer Rückkehr zu restriktiver Haushaltspolitik – bei den subalternen Klassen abgeladen und damit die Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt werden.

Neuorientierung der Linken – Für eine ‚revolutionäre Realpolitik' (Rosa Luxemburg)

Die Krise ist noch längst nicht völlig im Alltagsbewusstsein angekommen. Zwischen dem Ausmaß der globalen Krisendynamik und dem Alltagsbewusstsein der Menschen besteht ein eklatanter Widerspruch, der standortnationalistische und autoritäre Formen der Krisenbearbeitung begünstigen kann. Der Passivität und Verunsicherung der subalternen Klassen entspricht das Fehlen eines ausstrahlungsfähigen linken Projektes gegen die Krise. Bei Zuspitzung der sozialen Widersprüche und zunehmender Konkurrenz kann dies zur Stärkung nationalistischer und rassistischer Kräften und eines völkischen Antikapitalismus führen.

In Folge der Krise ist global mit einer Zu-

spitzung der sozialen Widersprüche zu rechnen. Die gesellschaftlichen Kämpfe der nächsten Jahre sind Abwehrkämpfe, die sich darum drehen werden, wie der kapitalistische Entwertungsprozess gestaltet wird und wer die Kosten für die Krise des Finanzkapitalismus tragen muss. Es sind aber auch Kämpfe um ein Neues: ein neuer (grüner?) Kapitalismus oder eine solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus?

Die Linke muss sich in den nächsten Monaten sowohl auf kurzfristig entstehende massive Kämpfe, auf schnelle Veränderungsdynamiken der Kräfteverhältnisse, der Lebensweisen und des Alltagsverstandes in Folge der ökonomischen Umbrüche einstellen. Zugleich muss sie die untergründig langfristig wirkenden Verschiebungen analysieren und politische Strategien entwickeln. Ein bloßes ‚weiter so' linker Politik kann es nicht geben. Um in der Krise mit antikapitalistischen Perspektiven wirksam eingreifen zu können, stellt sich die Aufgabe der Entwicklung einer revolutionären Realpolitik, die mobilisierende Forderungen für konkrete Veränderungen, Einstiege in eine andere Gesellschaft mit einer antikapitalistischen Zielrichtung vermittelt. Dazu braucht es aber auch eine Abkehr von einer verbalradikalen Kapitalismuskritik. Unsere Vorschläge müssen sich offensiv als konkrete Einstiegsprojekte in eine nicht-kapitalistische Gesellschaft verstehen und damit die Frage nach der nicht-kapitalistischen Gestaltung der Wirtschafts- und Lebensweise stellen.

– Radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums statt Verzichtslogik!

– Garantie der gesellschaftliche Infrastruktur und soziale Sicherheit für Alle – statt Garantien für Banken und Unternehmen !

– Statt Verstaatlichung: Vergesellschaftung und Demokratisierung der Wirtschaft !

Die neoliberale Transformation des Staates hat auch zu einem autoritären Kapitalismus und einer schleichenden Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie geführt. Der aktuelle Ruf nach einem starken Staat ohne eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und eine Stärkung gesellschaftlicher Gegen-Macht und Selbstorganisation kann diese Entwicklung verschärfen. Dagegen setzen wir auf eine *gesellschaftliche* Gestaltung der gesellschaftlichen Produktion – es gilt die Eigentumsfrage neu zu stellen. Verstaatlichung von Banken und Konzernen alleine bedeutet unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen keine Alternative zur Profitmaximierung und Wachstumszwang. Themen wie Vergesellschaftung, transnationale Wirtschaftsdemokratie und Demokratisierung der Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von den Linken auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Um die Kritik am Kapitalismus gesellschaftlich wirkmächtig werden zu lassen, gilt es die Gegenüberstellung von konkreten Reformen und antikapitalistischen Perspektiven zu überwinden und zugleich deutlich über eine ausschließliche Kritik am Neoliberalismus und Forderungen nach Stärkung des Staates hinauszugehen. Dazu ist der Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht notwendig. Ein Ansatzpunkt könnte die Verbindung von gewerkschaftlicher Mobilisierung, Bildungsprotesten, Erwerbslosen und Prekären, Migrantinnen und Illegalisierten, Frieden- und klimapolitischen Gruppen gegen die Krise sein. Mittelfristig wäre eine **Initiative für Politischen Streik und Sozialen Ungehorsam** möglich, die darauf zielt, die unterschiedlichen Gruppen der Lohnabhängigen und sozialen Bewegungen zu verbinden und über Demonstrationen hinaus Gegen-Macht aufzubauen.

Gruppe Soziale Kämpfe

Make NATO History!

Auf die Straße gegen den NATO-Gipfel!

Am 3. und 4. April 2009 treffen sich in Baden-Baden und Strasbourg die Regierenden der NATO-Staaten. Sie wollen den Geburtstag jener Organisation feiern, der sie die militärische Absicherung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht verdanken. Und sie planen dort die Zukunft der NATO, damit diese noch schlagkräftiger weltweit ihre Interessen kriegerisch durchsetzen kann. Wir werden Widerstand leisten. Wir werden unseren Widerstand auf den Straßen Baden-Badens und Strasbourgs manifestieren. Wir werden in das Geschehen eingreifen und den Regierenden einen Strich durch ihren wohlgeplanten Ablauf machen. Ihre selbstherrliche Inszenierung der Macht ist angreifbar! Wir rufen dazu auf, das NATO-Treffen zu belagern, zu umzingeln, zu blockieren! Wir rufen dazu auf, sich an den Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen! Wir rufen dazu auf, massenhaft Blockaden und andere Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen das Treffen der KriegstreiberInnen zu setzen!

NATO – Krieg ist ihr Frieden!

Die NATO gewinnt wieder an Bedeutung. Sie ist längst nicht mehr das verkrustete Bollwerk des Kalten Krieges. Seit Anfang der 1990er Jahre wird das formale Verteidigungsbündnis zu einem Interventionsinstrument ausgebaut. Dafür wurden sämtliche Armeen der Mitgliedsstaaten so umstrukturiert und in die NATO-Strukturen integriert, dass globale Kriegsführung nicht nur möglich, sondern sogar zur primären Doktrin erhoben ist. Die weltweiten Krisen, ob sie nun politischer, militärischer, ökonomischer, sozialer oder ökologischer Natur sind, sollen durch militärisches Krisenmanagement stabilisiert werden – wenn nötig, durch die Destabilisierung ganzer Regionen. So soll der Zugang zu Märkten und Rohstoffen gesichert werden. Doch längst hat sich gezeigt, dass allein die Fähigkeit der NATO, Angriffskriege wie gegen Jugoslawien und Afghanistan zu führen, nicht ausreicht, um stwabile kapitalistische Verwertungsbedingungen herzustellen. Deswegen wird das Aktionsfeld der NATO erweitert. Sie soll nicht mehr nur Interventionsinstrument sein. Sie soll Kern eines flexibel einsetzbaren militärisch-zivilen Besatzungsregimes werden. Ein militärisch erobertes Gebiet ist eben noch lange kein komplett kontrolliertes. Unter Kontrolle der Militärs sollen die gesamten Gesellschaftsstrukturen besetzter Staaten umgekrempelt werden. Die Einbindung ziviler Organisationen in die Kriegsführung wird weiter ausgebaut. So wird es, wenn es nach dem Willen der KriegsstrategInnen geht, in naher Zukunft keine nicht-militarisierte Arbeit ziviler Hilfs- und Aufbauorganisationen in besetzten Ländern mehr geben – weil sie entweder unter dem Kommando der NATO stattfindet oder gar nicht mehr. Afghanistan ist ein erster Versuch in diese Richtung. Hier zeigt sich aber auch, dass die Fähigkeiten und Kapazitäten der NATO noch nicht ausreichen, um die Friedhofsruhe herzustellen, die sie für das reibungslose Durchsetzen der Interessen ihrer Mitgliedsländer braucht. In Strasbourg sollen deshalb weitere Weichen gestellt werden, um die organisatorischen Bedingungen für einen kriegerischen Dauerzustand zu schaffen. So sollen Kriege zukünftig per Mehrheitsentscheidung beschlossen werden. Nur wer mitmacht, darf dann noch über Details bestimmen. Weitere Beispiele: Die NATO will ihre Kriege unabhängig von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates führen, sie plant die Aufstellung eines eigenen Raketensystems in Europa und die Militärs wollen sich das Erstschlagrecht mit Atomwaffen in die Verträge schreiben lassen. Bei alledem gewinnen die europäischen Regierungen in der NATO an Macht. Die EU marschiert zwar Seite an Seite mit den USA – aber als eigenständiger Faktor. Die NATO ist hierfür der zentrale Ort. Es ist also kein Zufall, dass der Jubiläumsgipfel in Deutschland und Frankreich stattfindet. Frankreich wird wieder Teil der militärischen Struktur der NATO sein und Deutschland ist mittlerweile potenziell bereit, sich an jedem Krieg zu beteiligen. Die Bundeswehr hat in den letzten 15 Jahren die Transformation zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee vollzogen. Sie hat dafür ihre Strukturen verändert und sie ist dabei, sich das notwendige Gerät zu beschaffen. Wer also die NATO kritisiert, muss in Deutschland von der Bundeswehr reden. „Old Europe" zieht gemeinsam mit „New America" in den Krieg.

Krisenkriege – Innen und Außen

Es gibt eine offensichtliche Krise des kapitalistischen Systems. An die Stelle eines, wenn auch nie eingelösten, Wohlstandsversprechens für Alle tritt eine zunehmende Militarisierung und

Brutalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das kapitalistische System hat keine Perspektive mehr außer der permanenten Verwaltung der Krise. Gerade in solchen Zeiten wird das Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis zwischen den Metropolen und den rohstoffreichen armen Ländern zunehmend durch militärische Gewalt bestimmt. Vor diesem Hintergrund führen wirtschaftliche und geostrategische Interessen zu Angriffskriegen. Das gilt angesichts des imperialistischen Kampfes um Öl, Gas und andere Ressourcen – aber auch in Hinsicht auf die Folgen des Klimawandels. Kapitalismus ist ohne Krieg nicht zu denken, Krieg nicht ohne Vergewaltigung und Mord, und die globalisierte Kriegswirtschaft nicht ohne Hunger, Flucht, Vertreibung und Zwangsprostitution. Und die Regierenden antworten auf Flucht und Vertreibung abermals mit einer weiteren Ausdehnung des Militärischen. Ein deutlicher Ausdruck ist die militarisierte europäische Migrationspolitik, die aufs Engste mit der herrschenden Sicherheits- und Kriegspolitik verflochten ist. Die operative Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Grenzschutztruppe Frontex ist darin genauso wesentlicher Bestandteil, wie die Internierung von Flüchtlingen in Lagern außerhalb der Festung Europa. Es gibt in dieser Weltordnung keinen Friedenszustand, der ohne Krieg auskommt. Das Militär ist ein wesentliches Mittel des Krisenmanagements. Aber auch bei der Regulation der gesellschaftlichen Widersprüche innerhalb der Metropolen wird zunehmend auf unmittelbare Zwangsformen zurückgegriffen – flächendeckende Video- und Internetüberwachung, großer Lauschangriff, genetischer Fingerabdruck oder Bundeswehreinsatz im Inland. Die Trennung von Militär, Polizei und Geheimdienst wird aufgelöst. Gleichzeitig findet eine Ausdehnung des Militärischen in allen gesellschaftlichen Bereichen statt: Mit der Privatisierung von Teilen der Kriegsführung wie Logistik, Transport, Sanitäts- und Bewachungsdiensten entsteht ein militärisch-ökonomischer Komplex aus dem Konzerne und Firmen ihren unmittelbaren Profit ziehen. Das Kapital weiß, was es an der Bundeswehr hat und ist deshalb auch bereit für die gesellschaftliche Akzeptanz des Militärs zu sorgen.

Angesichts der Ablehnung, die die Auslandseinsätze der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung erfahren, ist das auch dringend nötig. Wo aber gesellschaftlicher Reichtum für das Militär und das Führen von Kriegen verbraucht wird, da muss an anderer Stelle gespart werden. Das wusste auch Rot-Grün, als sie verkündeten, die Agenda 2010 werde schon die Mittel für die Auslandseinsätze freistellen. Die Sozialkürzungen der letzten Jahre stellen aber nicht nur das notwendige Geld bereit, sie erhöhen auch den Druck, den Verlockungen vom „sichereren Job mit hervorragender Bezahlung“ nachzugehen. Die Bundeswehr ist eine Armee, die von der Rekrutierung Arbeitsloser lebt. Das erklärt auch die jährlich mehr als 1.000 Werbeveranstaltungen in Arbeitsämtern.

Als wesentliche innergesellschaftliche Folge der militärischen Formierung dringt zudem das Männerbündische und Sexistische verstärkt als selbstverständlicher Teil in jede gesellschaftliche Auseinandersetzung. Krieg und Militarismus verfestigen Geschlechterstereotypen, die in „Friedenszeiten“ geschaffen, akzeptiert und legitimiert werden. Die zunehmende Anerkennung ritualisierter Männlichkeit, und diese ist konstituierend für jede Armee, verschafft patriarchaler Zurichtung einen immer größeren Spielraum. Dass Frauen Teil des Militärs sind, ändert daran nichts. Dieser Entwicklung sagen wir unmissverständlich den Kampf an; wohl wissend, dass die Maßnahmen des Überwachungsstaates und die innere Aufrüstung präventiv auf gesellschaftliche Widerstände, Streiks und Revolten zielen.

Auf nach Strasbourg!

Unser Weg beginnt nicht erst am 3. oder 4. April 2009. Wir starten schon jetzt mit einer Mobilisierung, die praktisch entwickelt, was in Strasbourg gemeinsam möglich sein kann. Wir rufen dazu auf, die Mobilisierung zu einer Weiterentwicklung antimilitaristischer Politik zu nutzen – egal, ob in der Straße, im Dorf, im Stadtteil, in der Stadt oder der Region. Eine antimilitaristische Bewegung kann sich nicht einfach aufgrund einer besseren Moral oder aus Bewusstsein heraus begründen; es reicht nicht, nur die Idee einer friedlicheren Welt zu haben. Wir begreifen uns als Teil einer Linken, die in die gesellschaftlichen Verhältnisse interveniert. So entwickeln sich Perspektiven antimilitaristischer Praxis! Darum rufen wir zur Gründung Antimilitaristischer Aktionskreise auf. Sie sollen ein möglichst breites politisches Spektrum umfassen, das gemeinsam nicht nur lokal über die Aktionen in Baden-Baden und Strasbourg informiert, sondern auch eigenständig Widerstand und Protest gegen die Bundeswehr entwickelt.

Aktionstage!

Am 7. Februar 2009 findet die alljährliche NATO-Sicherheitskonferenz in München statt. Wir begreifen die Demonstrationen und Aktionen gegen dieses Treffen der KriegsstrategInnen als Auftakt der Mobilisierung gegen

das NATO-Treffen im April. Beteiligt euch an den Aktivitäten des Bündnisses gegen die Sicherheitskonferenz! Zusätzlich rufen wir zu zwei lokalen Aktionstagen auf, an denen die Aktionskreise und auch einzelne Gruppen bundesweit ein deutliches Zeichen des Widerstandes gegen Militarisierung in die Öffentlichkeit tragen. Am 7. Februar und am 14. März 2009 wollen wir landauf und landab zeigen, dass Antimilitarismus kein eingemottetes Relikt vergangener Zeiten ist. Der Kampf gegen Militarismus muss auf die Tagesordnung Aller, denen die herrschenden Verhältnisse unerträglich sind, er ist historisch notwendig! Mit den Aktionstagen wird die Politik zweier deutscher Konzerne in den Mittelpunkt gestellt, die Vorreiter der Verankerung von Krieg in Gesellschaft und Ökonomie sind: DHL, ein Konzern der Deutschen Post, ist ein herausragendes Beispiel für die Privatisierung der Kriegsführung. DHL wickelt nicht nur den Feldpostverkehr der Bundeswehr ab, er ist als weltweit führender Logistikkonzern zuständig für einen großen Teil des Materialtransportes der deutschen wie der US-Armee. Zukünftig wird sich diese Aufgabe wahrscheinlich erheblich ausweiten. Daneben ist die Commerzbank führend bei der Umsetzung der Strategie der zivil-militärischen Zusammenarbeit – trotz Finanzkrise. Sie veranstaltet zusammen mit der Bundeswehr regelmäßige Treffen, bei denen stratebgische Absprachen zur engeren Anbindung der zivilen Eliten aus Politik, Industrie und Wirtschaft an die militärischen Strukturen getroffen werden. So wird eine Militarisierung nach Innen forciert – es formiert sich ein militärisch-ökonomischer Komplex, der sich in die Lage versetzt, weltweit Besatzungsregimes zu installieren. DHL und Commerzbank sind ganz vorne mit dabei.

Eingreifen!

Beide Konzerne bieten breite Angriffsflächen. Sie unterhalten Filialen und Einrichtungen in allen Städten. Hier lässt sich leicht eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten entfalten. Der Schulterschluss von Wirtschaft und Militär kann so thematisiert und angegriffen werden. Die praktische Zusammenarbeit verschiedener linker Gruppen kann ein wichtiger Schritt sein, die Handlungsoptionen antimilitaristischer Arbeit zu erkennen und gemeinsam einen Schritt weiter zu kommen. Bildet lokale Aktionskreise! Seid aktiv an den Aktionstagen!

Beteiligt euch an den Aktivitäten gegen die NATO!

Die Tage um den 3. und 4. April 2009 werden Tage des vielfältigen Widerstandes sein. Bundesweite und internationale Bündnisse organisieren einen Kongress, Camps, Demos, Blockaden und andere Aktionen. Es geht uns um Entschlossenheit im Handeln und eine kollektive Erfahrung von Gegenmacht! Es wird am 3. April 2009 in Baden-Baden eine Reihe von verschiedenen Aktionen geben. Am 4. April 2009 wird eine große internationale Demonstration in Strasbourg stattfinden, die lautstark und kraftvoll ein Zeichen des Widerspruchs zu der Kriegspolitik der NATO-Staaten auf die Straße trägt. Wir, die Interventionistische Linke, werden Teil dieser Demo sein. Wir rufen auf, zu einem internationalistischen Block! Darüber hinaus wird die IL sich an einem Belagerungskonzept beteiligen, das eingreift in die Planungen der Regierenden, das blockiert, das umzingelt, das den geplanten Ablauf der KriegstreiberInnen ins Trudeln bringen will. Unser Ziel ist eine Intervention gegen das Getriebe der Macht, entschlossen, voller Wut all derjenigen, die die Schnauze voll haben von den Verhältnissen, die sie nicht mehr ertragen, die eine andere Welt für nötig und möglich halten. Für eine antimilitaristische und internationalistische Bewegung!

Interventionistische Linke,
Dezember 2008

Anti-Nato Proteste 2009

Mi.,25.März	**Erföffnung Convergence Center Freiburg (bis 31.März)**
Mi., 1.April	**Eröffnung des Protestcamps in Straßburg**
Do., 2.April	**Dezentraler Aktionstag gegen Flüchtlingsabwehr und den G-20 Gipfel in London**
Fr., 3.April	**Beginn offizieller NATO-Gipfel, Abends NATO-Gala im Casino Baden-Baden, Blockaden in Baden-Baden, Beginn Internationaler Friedenskongress**
Sa., 4.April	**NATO-Gipfel geht weiter, Ostermarsch von Kehl nach Straßburg 13h Internationale Großdemonstration in Straßburg**
So., 5.April	**Internationaler Friedenskongress, Abbau der Camps**

SMASH, WE CAN! DEN HERRSCHENDEN KRIEGSZUSTAND SABOTIEREN

DESHALB AUF NACH STRASBOURG! KEIN FRIEDE MIT DER NATO-KRIEGSPOLITIK!

Im Oktober 2008 hat der Bundestag eine Verlängerung des Mandats für die deutschen Isaf-Truppen in Afghanistan und eine Aufstockung des Kontingents deutscher Soldaten auf 4500 beschlossen. Dies bedeutet die Ausdehnung einer Kriegspolitik, deren verheerende Folgen im seit sieben Jahren von NATO-Truppen besetzten Afghanistan mehr als deutlich werden. Zehntausende Menschen wurden als Folge des Krieges in Afghanistan getötet, hundertausende sind auf der Flucht. Die Bevölkerung ist neben den direkten Gefahren eines offenen Krieges mit einer katastrophalen Ernährungslage und der Zerstörung der sozialen Infrastruktur konfrontiert. Die kapitalistische Inwertsetzung, die die westlichen Mächte unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands zu ihren Gunsten in Afghanistan gewaltsam durchsetzen, verschärft die Armut der breiten Bevölkerung.

Exemplarisch für diese Politik wäre das vom Westen diktierte Investitionsabkommen zu nennen, das Zollreduzierungen ebenso beinhaltet wie weitreichende Befugnisse für ausländische Investoren: Ihnen wird 100%iger Firmenbesitz mit weitreichendem Schutz vor Enteignungen, die Befreiung von Steuern und voller Gewinntransfer ins Ausland zugesichert. Die Rede vom „Wiederaufbau des Landes" und einem „humanitären Auftrag" ist zynische Heuchelei. Die vermeintlich zivile „Entwicklungshilfe" wird der militärischen Logik untergeordnet und in westliche Profite umgemünzt. Ein großer Teil des Geldes, das Deutschland erklärtermaßen für „Entwicklungshilfe" in Afghanistan zur Verfügung stellt, fließt in den durch deutsche Polizisten angeleiteten Aufbau eines Polizeiapparates. Die meisten Menschen in Afghanistan lehnen die Besatzung ab.

Zwar nehmen auch in Europa die Stimmen gegen einen zeitlich unbegrenzten und zunehmend eskalierenden Krieg zu, aber was fehlt ist eine lautstarke antimilitaristische Kritik. Der vermeintliche „Kampf gegen den Terrorismus" in Afghanistan, im Irak und anderswo muss als brutaler, von kapitalistischen Interessen geleiteter Krieg des Westens um Hegemonie und Kontrolle benannt werden. Diesem setzen wir unseren vielfältigen Widerstand entgegen!

Weder euren Krieg – noch euren Frieden!

Von der Macht harmlos klingender Begriffe wissen die Teilnehmer_innen der „Sicherheitskonferenz", wenn sie sich unter diesem Titel auch im Februar 2009 wieder versammeln, um Kriege zu planen und Rüstungsgeschäfte zu verhandeln. Das Wort „Sicherheit" hat Konjunktur. Erst kürzlich fühlte sich ein NATO-Stabschef bemüßigt, ein Strategiepapier „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" zu betiteln und seine kriegerischen Thesen somit als Ausweg aus einer vermeintlichen allumfassenden „Unsicherheit" zu beschreiben. Fast kein Diskurs der herrschenden Politik kommt ohne „Sicherheit" als sich scheinbar selbst erklärendes Ziel aus. Es gibt momentan keine andere Begriffshülse, die so wenig konkret bestimmt ist, aber gleichzeitig so viel Gewalt umschreibt und diese legitimiert wie die Chimäre „Sicherheit".

Während unter dem Motto der „äußeren Sicherheit" Kriege geführt werden, lässt auch die „innere Sicherheit" den Herrschenden keine Ruhe. Mit ihrem Papier „Sicherheitsstrategie für Deutschland" vom 6.5.2008 bekräftigt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Forderung nach der grundsätzlichen Ermöglichung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren. „Die bisherige Trennung von innerer und äußerer Sicherheit oder in Kriegszustand und Friedenszeit" sei nicht länger aufrechtzuerhalten, so ist als Begründung für ihre Forderung zu lesen. „Ein völlig neues Verständnis von Sicherheitspolitik" müsse sich in einer „deutschen Sicherheitsarchitektur" niederschlagen.

Das Verschwimmen der Grenzen zwischen Krieg und Frieden, zwischen „innerer“ und „äußerer Sicherheit“, welches hier als natürliche Entwicklung erscheint und als Argument für repressive Neuerungen herhalten muss, ist aber nicht Ursache, sondern Folge einer Politik, die kapitalistische Herrschaft und Kontrolle lokal wie global repressiv durchsetzt. Nicht zuletzt auf europäischer Ebene entstehen ständig neue Organisationen, in denen Militär, Polizei und zivile Hilfsorganisationen in einem bürgerrechtsfreien, supranationalen Raum mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet zusammenarbeiten. Ziel dieser Politik ist es, die Festung Europa als weltweit stärksten Wirtschaftsraum zu behaupten, globale Kontrollmacht zu vergrößern, die Grenzen der EU aufzurüsten und politische Opposition und Widerstand effektiver bekämpfen zu können. Die EU baut nicht nur im Ausland militaristische und repressive Regime auf, sie konstituiert sich auch selbst zunehmend als solches.

Das bestätigt einmal mehr unser Wissen, dass die viel proklamierte „Sicherheit“ die Sicherheit der herrschenden Klasse ist, die für den Großteil der Menschen dieser Welt, Armut, soziale Unsicherheit, Krieg, Repression und Unterdrückung bedeutet.

Verunsichern wir die Sicherheitsstrategen! Die herrschende Sicherheit offensiv und kreativ erschüttern!

Frontex abschaffen! Für freies Fluten!

Eine der Organisationen, die die Verschmelzung von Polizei und Militär vorantreibt, ist die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Frontex verfolgt eine Politik der Migrationsabwehr um die Festung Europa. Dabei geht es nicht „nur“ um die europäische Außengrenze – der Krieg gegen Flüchtlinge soll überall entlang der Migrationsrouten geführt werden: In den Herkunfts- und Transitländern werden die Grenzpolizeien aufgerüstet und Transportfirmen zur Abschiebung von Flüchtlingen in die Pflicht genommen. Im Mittelmeer, aber auch unmittelbar vor den Küsten einiger westafrikanischer Staaten patroullieren europäische Kriegschiffe, um Flüchtlingsboote abzufangen. Diese Einsätze zwingen den Flüchtlingen und Migrant_innen längere, gefährlichere Routen auf und führen damit jährlich zu tausenden Todesfällen in Mittelmeer und Atlantik. Auch die eigentliche EU- Außengrenze wird zunehmend militarisiert und technisiert, etwa durch den Einsatz von militärischen Drohnen und die explizite Einbeziehung der Kriegsministerien in den Grenzschutz.

Für das Innere der EU plant Frontex eine Datenbank, die alle Ein- und Ausreisen erfasst und Menschen, die länger bleiben als ihr Visum gültig ist, automatisch zur Fahndung ausschreibt. Älter als die Organisation Frontex sind zehntausende Flüchtlingslager, sowie all die anderen Entrechtungen, denen Flüchtlinge und Migrant_innen in Europa ausgesetzt sind.

Mit diesem rassistischen Grenzregime betreiben die EU-Staaten den gewalttätigen Ausschluss derer, die nicht als billige und rechtlose Arbeitskräfte in Europa gebraucht werden. Die weitgehende Abschottung der Unerwünschten ist aber auch kapitalistisches Krisenmanagement; wenn Menschen vor Kriegen oder den Folgen ökonomischer Zusammenbrüche fliehen, versuchen die Metropolenstaaten ihr Möglichstes, um Flüchtlinge weit vor Europa aufzuhalten. Nicht umsonst führt die NATO in ihren Strategiepapieren „unkontrollierte Migrationsbewegungen“ als Kriegsgrund an.

Wir setzen dieser Politik unsere praktische Solidarität mit den Kämpfen von Flüchtlingen und Migrant_innen entgegen! Offene Grenzen für alle – Freedom of movement is everybody‘s right!

Widerstand lässt sich nicht verbieten!

Die Verschmelzung von „innerer“ und „äußerer Sicherheit“ zeigt sich auch an der Situation, mit der wir im Februar in München konfrontiert sein werden: Es ist kein Treppenwitz der Geschichte, wenn die „Sicherheit“ der „Sicherheitskonferenz“ durch ein neues Versammlungsrecht „gesichert“ wird, das als Vorstufe seiner eigenen Abschaffung erscheint. Auch hier wird deutlich, dass die Diskurse der „Sicherheits“-strategen über „zivil-militärische Zusammenarbeit“, „Homeland Security“ und „vernetzten Heimatschutz“ nicht nur in Afghanistan und im Irak materielle Realität werden, sondern auch vor der eigenen Haustüre. Die Bayerische Landesregierung hat Mitte Juli 2008 ein neues Versammlungsgesetz für Bayern beschlossen, welches die faktische Abschaffung der Versammlungsfreiheit und einen Freibrief für absolute Polizeiwillkür, was die Genehmigung und Durchführung von Demonstrationen angeht, bedeutet. Besonders absurd sticht dabei das so genannte „Militanzverbot“ hervor, das u.a. verbietet, „gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen, sofern damit eine einschüchternde Wirkung verbunden ist.“ Was einschüchternd ist und was nicht, liegt selbstverständlich im Ermessen der jeweiligen polizeilichen Einsatzleitung. Dieser Paragraf kann konkret sowohl den Schwarzen Block als auch einen gewerkschaftlichen Streikposten kriminalisieren. Wer denkt, das sei wieder mal Ausdruck der „bayerischen Art“, täuscht sich: Es wäre nicht das erste Mal, dass in Bayern erfolgreich ausprobierte repressive Maßnahmen zum bundesweiten Maßstab würden.

Das neue bayerische Versammlungsgesetz passt als Baustein in die Logik eines repressiven Staates, der wachsende soziale Unsicherheit in einem krisen-

haften Kapitalismus mit Überwachung und Kontrolle beantwortet.

Wir werden uns niemals von dem neuem bayerischen Versammlungsgesetz beeindrucken lassen! Wie unser Widerstand aussieht, bestimmen wir selbst!

Antikapitalismus globalisieren!

Wenn eine Folge der momentanen Finanzkrise mit Sicherheit voraussagbar ist, dann ist dies die weitere Verschärfung der Umverteilung von unten nach oben. Nicht nur lösen sich Pensions- und Rentenkassen in Luft auf und verschwinden Spareinlagen; die Summen in Milliardenhöhe, mit denen die Staaten versuchen ihre Geldinstitute zu retten, werden aus Lohn- und Einkommenssteuer, durch Kürzungen in den Sozialversicherungssystemen und bei sozialen Hilfsprogrammen usw. aufgebracht. Die zur Schau gestellte Bestürzung der PolitikerInnen über diese als unvorhersehbar dargestellte und vermeintlich einer zeitweiligen „Anormalität" der Marktwirtschaft entspringenden Krise verschleiert ihre Ursprünge. Krisen gehören zum Kapitalismus und die Schaffung riesiger Schuldenblasen ist integraler Bestandteil des Neoliberalismus, der seit den 80er Jahren von den global dominierenden Staatsregierungen und den ökonomischen Eliten in Form der Deregulierung von Kapital- und Finanzmärkten forciert wurde. Diese wesentlichen Aspekte der Globalisierung führen zu einer starken Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise treffen am härtesten die arme Bevölkerung des globalen Südens. Alle, die sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen im Zuge dieser Entwicklung wehren, sind zunehmend mit Repression und Militarisierung konfrontiert. Es ist durchaus nichts Neues, dass ein krisenhaftes kapitalistisches System sich durch Krieg am Laufen hält.

Gegen die Umverteilung von unten nach oben setzen wir auf globale Aneignungskämpfe – gegen ihre Repression auf emanzipatorischen Widerstand weltweit! We won't pay for your crisis!

Für eine direkte antimilitaristische Praxis!

Wenn die Strategen der herrschenden „Sicherheit" es sich zum Ziel gesetzt haben, die Unterschiede zwischen „innerer" und „äußerer Sicherheit", zwischen Polizei und Militär, zwischen Razzia und Krieg aufzulösen, so müssen wir ihre Strategie zu unserer Waffe machen und unsere Kämpfe gegen die verschiedenen Facetten dieser Politik verknüpfen.

Weltweit gibt es immer wieder Versuche, militärische Ausrüstung für ihren kriegerischen Einsatz untauglich zu machen. Die einen nennen es aktive Abrüstungsinitiative oder Sabotage, einige FriedensaktivistInnen sprechen vom sogenannten ploughsharing (»Schwerter zu Pflugscharen machen«), während die Herrschenden solche Aktionen wahlweise Sachbeschädigung, Brandstiftung oder Terrorismus nennen. In Deutschland sind es die Paragraphen 129ff StGB, auf deren Grundlage immer wieder versucht wird, antimilitaristische Praxis zu kriminalisieren. Was aber ist die Zerstörung von Kriegsmaterial im Vergleich zu dessen tödlichem Einsatz in Kriegen? Deshalb bleibt das Ziel ihre Wehrkraft zu zersetzen und die Ruhe an der Heimatfront zu stören! Für die lokale Etablierung praktischer Abrüstungsinitiativen! Sorgen wir für eine Ächtung des Militärs, nehmen wir ihnen das Gefühl des Rückhalts. Wenn die Militarisierung der Gesellschaft so weit fortgeschritten ist, dass uns das Kriegspersonal überall begegnet, im Zug und bei Familienfeiern, bei Rekrutierungsevents in Schulen und Arbeitsämtern – dann werden wir überall dort stören und intervenieren! Bundeswehr wegtreten!

Zur Wehrkraftzersetzung gehört auch der Kampf gegen das Patriarchat, dessen brutalster Ausdruck sexualisierte Gewalt darstellt. Wo Krieg und Militär den Alltag bestimmen, nehmen Vergewaltigungen, Zwangsprostitution und Frauenhandel drastisch zu. Das ist kein Zufall. Militärische Mobilisierung und Drill funktionieren über dominante Männlichkeitsbilder. Machismo ist eine Kriegsressource! Kampf gegen alle militaristischen Männerbünde!

Unsere Solidarität gilt jenen Soldat_innen weltweit, die beschlossen haben, sich der Grausamkeit und Ungerechtigkeit von Kriegseinsätzen zu verweigern und heute in Militärgefängnissen sitzen oder mit Repression überzogen werden! Organisiert Hilfe und Unterstützung für DeserteurInnen!

Solidarität mit Olli, Florian und Axel, denen vorgeworfen wird, im Juli 2007 Bundeswehrfahrzeuge angezündet zu haben!

Gegen Krieg und Krise: Antimilitaristischen Widerstand entwickeln! Gesellschaftlichen Reichtum aneignen!

April 2009 – zeitnah zur‚Sicherheitskonferenz' wollen sich die Kriegstreiber der NATO-Staaten in Strasbourg/Baden-Baden versammeln, um den 60. Geburtstag der NATO auf einem Frühjahrstreffen zu begehen. 60 Jahre mörderische Politik – das ist für sie ein Anlass sich auf die Schultern zu klopfen…

Wir sehen das anders!
Wir werden uns organisieren, demonstrieren, sabotieren – wir werden es nicht zulassen, dass sie ungestört Kriege vorbereiten und 60 Jahre imperialistische Politik abfeiern!

Seit Januar 2009 läuft eine bundesweite Kampagne gegen den Logistikkonzern DHL, der sich derzeit um einen milliardenschweren Auftrag der Bundeswehr bewirbt. Die Bebilderung der vorherigen Seiten ist der Webiste der Kampagne gegen das Tocherunternhemen der Post DHL entnommen. Hier findet sich auch eine Dokumentation der bisherigen Aktionen: http://dhl.blogsport.de.

SIKO-Proteste 2009

Am 7. Februar demonstrierten über 6 000 Menschen in München gegen die zeitgleich stattfindende ‚Sicherheitskonferenz' (SIKO). Teil der spektrenübergreifenden Demo war auch ein internationalistischer (schwarzer) Block von etwa 1 000 Personen. Aufgrund der personellen Stärke und der Entschlossenheit der Demo konnten zahlreiche Verstöße gegen das neue bayrische Versammlungsgesetz und gegen den Auflagenbescheid des Münchner Ordnungsamtes durchgesetzt werden. Der, neuerdings in Bayern verbotene, einheitliche Kleidungsstil konnte genauso durchgesetzt werden, wie die durch Auflagen untersagten Seitentransparente. Die Bullen filmten fast die gesamte Demo mit mehreren Doku-Wagen und mobilen Kameras ab. Eine Praxis, die bereits seit Jahren angewandt wird, in Bayern allerdings erst seit kurzem auch gesetzlich gedeckt ist.

Die über 3 500 anwesenden Bullen beschränkten sich zunächst auf kleinliche Vorkontrollen und andere Nervereien. Die Veranstalter_innen hatten im Vorfeld bereits angekündigt bei Übergriffen seitens der Bullen die Demo aufzulösen. Die Proteste hätten sich dann wohl in der Münchner City verteilt. Die Demo konnte sich zunächst gut aufstellen, war sehr entschlossen und lief in großen Teilen in Ketten. Auf dem letzten Teil der Demostrecke kam es dann zu Angriffen auf die Demo, die allerdings erfolgreich abgewehrt werden konnten. Die Demo lief zum Schluss teilweise in vierreihigem Bullenspalier, fast die ganze Demo-Route war im Vorfeld mit Hamburger Gittern abgesperrt worden. Auf den Dächern Münchens wurden Scharfschützen beobachtet, die dort für ‚Sicherheit' sorgten. Die Repressionsorgane sorgten damit für die ‚typisch bayrischen' Verhältnisse. Dennoch wurde die Demo von vielen Seiten als Erfolg bewertet, vor allem aufgrund der Durchsetzung der Verstöße gegen das neue Versammlungsrecht und der Entschlossenheit der Demo. ‚Resistance des deux rives' (‚Widerstand der zwei Ufer'), einer der Gruppen, die derzeit gegen die 60-Jahr-Feier der NATO mobilisert, lud auf der Abschlusskundgebung alle Teilnehmer_innen zum Widerstand gegen die NATO Anfang April nach Straßburg/Baden-Baden ein.

Bundeswehr in Oldenburg

Anregungen für lokalen Antimilitarismus

Einziger militärischer Stützpunkt in der Stadt Oldenburg wird zukünftig die Henning von Tresckow-Kaserne im Stadtteil Bümmerstede sein. Die Kaserne wird zurzeit für ihre zukünftigen Aufgaben ausgebaut. Dort werden die Stabskompanie der Luftlandebrigade 31 sowie der Stab 1. Kompanie, 2. Kompanie Luftlandeunterstützungsbataillon 272 und das Kraftfahrausbildungszentrum mit insgesamt 1 000 Soldaten stationiert sein.
Darüber hinaus befinden sich in Oldenburg an zivilen Dienststellen der Bundeswehr das Kreiswehrersatzamt, die Standortverwaltung, das Verpflegungsamt der Bundeswehr und die Dragonerkaserne mit der zivilen Aus- und Weiterbildungsstelle Oldenburg.

Der Zuständigkeitsbereich des ***Bundeswehr-Dienstleistungszentrums*** Oldenburg erstreckt sich auf die Städte Delmenhorst und Oldenburg sowie auf die Landkreise Ammerland, Cloppenburg, Oldenburg und Wesermarsch.

Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Oldenburg
Bremer Straße 69
26135 Oldenburg

Aufgabe des ***Verpfegungsamtes*** ist die Beschaffung, Lagerung und Zuführung von lagerfähigen Lebensmitteln für Einsatz-, Krisen- und Katastrophenfälle. Darüber hinaus werden die im Ausland eingesetzten deutschen Truppenteile (Kontingente ISAF in Afghanistan, EUFOR in Ex-Jugoslawien und KFOR im Kosovo) mit frischen und haltbaren Lebensmitteln versorgt. Zur Erfüllung dieses Auftrages werden bundesweit 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon ca. 58 in Oldenburg, beschäftigt.
Am dortigen Hauptsitz wird auch die bundesweit einzige Packanlage für Einmannpackungen (EPa) betrieben, in der jährlich 300 000 Stück hergestellt werden.
Zur Zuständigkeit der Hauptstelle in Oldenburg gehören drei Außenlager in Berlin, Bayern und Rheinland-Pfalz.

Verpflegungsamt der Bundeswehr
Gasweg 1
26135 Oldenburg

Die ***Luftlandebrigade 31 Oldenburg*** ist einer von drei Großverbänden der Division Spezielle Operationen. In ihr dienen Fallschirmjäger, Luftlandeunterstützungskräfte, Luftlandeaufklärungskräfte und Luftlandepioniere.
Die Oldenburgische Luftlandebrigade 31 (Logo siehe rechts) ist seit Beginn 2007 in nur noch zwei Standorten untergebracht. Die traditionelle Garnisonsstadt Oldenburg beheimatet die Fallschirmjäger bereits seit 1993. Ende 2006 zog der Großteil der Luftlandebrigade in den neuen Standort Seedorf, nahe Zeven. Insgesamt 2 600 Soldaten sind seitdem in diesem Großstandort im Norden Deutschlands zusammengefasst.
Das Brigademotto lautet : Einsatzbereit - jederzeit - weltweit.
Von 1994 bis 2002 war die Brigade Teil der Multinational Division Central (MND-C) der NATO.
Stab und Stabskompanie der LLBrig 31, sowie die 1. und 2. Kompanie des Luftlandeunterstützungsbataillon 272 wurden in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Oldenburg-Bümmerstede zusammengefasst.

Henning-von-Tresckow-Kaserne
Bümmersteder Tredde 34
26133 Oldenburg

Der ***Nato-Shop-Nord*** verkauft „Ausrüstung für Outdoor, Einsatzkräfte und Reserve. Der Name NATO-Shop-Nord leitet sich von unserer gefühlten Verpflichtung ab, den Angehörigen der Streitkräfte in Norddeutschland, und natürlich auch im gesamten Bundesgebiet eine weiterführende Ausrüstung mit in den jeweiligen Dienst geben zu können." Aktuell verkündet der Laden mit einer gelben Schleife an der Schaufensterscheibe seine Solidarität für „unsere Soldaten Soldatinnen und Reservisten." Außerdem unterhält er ein Armeemuseum und ein Internetportal für Reservisten.

Natoshop Nord
Nadorster Str.2
26123 Oldenburg

Seit einigen Jahren gibt es in Oldenburg den Verein ***Oldenburg und Bundeswehr.*** Er sieht seine Aufgabe darin, „zur militärischen Traditionswahrung in der Garnisonsstadt Oldenburg beizutragen" und führt öffentliche Veranstaltungen zur „Schaffung einer Begegnungsstätte für Bürgerinnen und Bürger der Stadt mit den Angehörigen und Ehemaligen der Bundeswehr" durch.

Militärische Traditionspflege angreifen!
Bundeswehr deligitimieren!
Kriegspolitik bekämpfen!

Aktivieren und Strafen?!

Interview mit Moritz Rinn zu „Arbeitslosigkeit", Armut und Kriminalisierung im neuen Sicherheitsstaat.

Am 29. November 2006 fand ein Symposium der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) zum Thema „Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung im Aufschwung" statt. In deinem Vortrag hast du Überlegungen zu den Zusammenhängen von Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalisierung dargelegt. Welche Fragestellungen werden darin aufgeworfen?

Moritz Rinn: Letztlich geht es mir ganz grundsätzlich um die Rationalitäten und Strategien, mittels derer die Verwerfungen politisch bearbeitbar gemacht werden, die aus der kapitalistischen Vergesellschaftungsform resultieren. Zwei zentrale Formen sind dabei das „Soziale" und die „Kriminalität". Diese Konzepte machen Integration und gesellschaftliche Stabilität möglich, legitimieren dabei gleichzeitig gesellschaftlichen Ausschluss.

Nun ist die Frage, wie Sozial- und Kriminalpolitik konkret zusammenwirken, wie sich ihre spezifischen Rationalitäten in politischen Strategien materialisieren. Das ist natürlich nicht nur abstrakt zu beantworten – es reicht nicht, sich die entsprechenden Programme, Gesetze und Debatten anzusehen. Man kann das Regieren mit dem Sozialen und mittels Kriminalität nur verstehen, wenn es in Bezug zu einem ganzen Netz von Machtbeziehungen und Herrschaftsverhältnissen gesetzt wird, wie eben Produktionsverhältnissen, politischen Kräfteverhältnissen oder der kulturellen Hegemonie.

Hier verbindet sich die Politik des Sozialen ex negativo mit der des „Kriminellen" und verdichtet sich im Konstrukt der „gefährlichen Klassen" – Arbeitslose, Stadtstreicher, Bettler, Prostituierte, politische Aufrührer.

Lager im Schacht, Wien1904

Damit sprichst du zum einen die „soziale Frage" an, deren Beantwortung sich nicht etwa gegen das kapitalistisches System richtet, sondern es gerade bedingen sollte – zum anderen geht es um staatliche Kriminalisierungspraktiken. Welche Beziehungen bestehen konkret zwischen diesen Konzepten?

Moritz Rinn: Zunächst: Der Staat stützt im Durchsetzungsprozess der kapitalistischen Produktionsweise die permanente Enteignung und Subsumtion immer weiterer Lebensbereiche unters Kapital – durch den Schutz bürgerlicher Eigentums- und Freiheitsrechte, aber auch durch die Einführung kollektiver Sicherungssysteme. Erst so wird das geforderte Arbeitskräfte-Potential hergestellt und reproduziert.

Dies ist kein einmaliger Akt, es bedarf gewissermaßen einer permanente Unterwerfung der Individuen unter das Konzept Lohnarbeit – im Besonderen über die Sanktionierung der Abweichung von diesem Konzept, d.h. von der Koppelung von Existenz an Lohnarbeit: Wer seinen Lebensunterhalt anders als über Lohnarbeit bestreitet, wer sich nicht dem Diktat der Fabrik unterwirft, gilt als verdächtig und wird kriminalisiert. Hier verbindet sich die Politik des Sozialen ex negativo mit der des „Kriminellen" und verdichtet sich im Konstrukt der „gefährlichen Klassen" – Arbeitslose, Stadtstreicher, Bettler, Prostituierte, politische Aufrührer.

Gleichzeitig soll aber auch der ökonomisch unsinnige Ausschluss von Arbeitskräften aus der Produktion durch die Strafsysteme verhindert werden – durch die Rationalisierung staatlichen Strafens, beispielsweise durch die Ausdehnung des Sanktionsmittels der Geldstrafe, aber auch durch das Resozialisierungs-Paradigma.

Die Herausbildung des modernen Nationalstaats geht dann auch nicht zufällig einher mit Sozial- und Strafjustizreformen, in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts – übrigens zeitgleich mit der Kriminalisierung der sozialistischen Opposition.

Im Sommer 2007 wurde im Wien Museum am Karlsplatz eine Ausstellung mit dem Titel „Ganz Unten. Die Entdeckung des Elends" gezeigt. Was ist unter diesen „Entdeckungen" zu verstehen, wie genau sahen sie aus und welcher Zusammenhang besteht da mit dieser Konstruktion „gefährlicher Klassen"?

Moritz Rinn: Engels bemerkt in seiner Studie zur Lage der arbeitenden Klasse in England, dass man durch die englischen Städte laufen könne,

ohne die Wohnorte der Arbeiterklasse zu bemerken – es bedurfte gewissermaßen ethnographischer Entdeckungsreisen ins Innere der europäischen Gesellschaften bzw. eben nach „Ganz Unten" – und dort trafen die vornehmlich bürgerlichen Journalisten und Fotographen mit dem Elenden auch Unsitte und Verbrechen: Die „wilden Viertel", die Kanalisation wurden als Brutstätten der Verwahrlosung beschrieben – natürlich nicht ohne philanthropisches Mitgefühl, aber es wurde doch eine „Kultur" der Armut und des Verbrechens skandalisiert, deren zentrales Kennzeichen die fehlende Disziplinierung durch Lohnarbeit war, später auch gemischt mit rassistischen Diskursen über die Anthropologie des Verbrechens.

Hier wäre auch interessant zu schauen, wie Kriminalanthropologen oder Verbrecherfotografen selbst diese Verknüpfung von Armut/Arbeiterklasse und dem „Kriminellen" bildlich und symbolisch hergestellt haben. Und dann: Wie diese Nähe von Armut und Kriminalität in politischen Diskursen produziert und was damit konkret bezweckt wurde?

Moritz Rinn: Die Vorstellung, dass Armut und Verbrechen miteinander einhergehen, wurde vor allem über die fehlende Disziplinierung durch Lohnarbeit begründet. Zentral ist hier die Trennung zwischen den „unwürdigen", also arbeitsfähigen Armen und den arbeitsunfähigen Armen, die einer karitativen Unterstützung würdig waren. Gründe für die Armut der Arbeitsfähigen konnten dabei vielfältig sein: Wenn sie arbeiten, haben sie vielleicht einen unökonomischen und amoralischen Lebenswandel, sind trink- oder spielsüchtig – wenn sie arbeitslos sind, so eben aufgrund von mangelnder Disziplin oder fehlendem Geschick.

Hier finden wir also eine Strategie, die selbst konstitutiv für die „gefährlichen Klassen" ist: Zunächst wurde die Arbeiterklasse als ganzes als „gefährlich" eingestuft. Die wachsende Macht der Arbeiterbewegung lässt eine solche konfrontative Strategie aber bald nicht mehr zu. So wird die Arbeiterklasse gespalten: Die guten, aufrichtigen, ehrlichen und fleißigen Arbeiter – und die faulen, trinksüchtigen, unsittlichen, kriminellen, eben „gefährlichen" Arbeiter oder Arbeitslose. Diese Spaltung vollzieht sich dann noch einmal auf der Ebene der Arbeitslosen. Dass diese Strategie aufging, zeigt auch die Abgrenzung der Arbeiterbewegung selbst vom sogenannten Lumpenproletariat.

In deinen Beschreibungen zeigt sich ja bereits, dass die Vorstellungen von den „gefährlichen Klassen" oder besser gesagt von den „kriminellen Armen" ziemlich konkret zu sein scheinen. Gibt es bestimmte Figuren, die zu dieser Zeit immer wieder auftauchen? Und weisen sie bestimmte Kontinuitäten zu den Figuren auf, die heute in diesen Zusammenhängen so gern entworfen werden?

Moritz Rinn: Es gibt eine bestimmte Typologie, der sich auch heute noch bedient wird. Verschiedene Faktoren wie Alter, Geschlecht, Herkunft werden dabei verknüpft. Am augenfälligsten ist sicher die seit einigen Jahren wieder stark verschärfte Kriminalisierung städtischer Armut, die sich in „Bettelverboten" oder anderen exkludierenden Verordnungen niederschlagen: Städte sind Orte des Konsums, aber auch der Arbeit: Wer beides nicht den herrschenden Vorgaben entsprechend vollzieht, gilt als störend oder verdächtig. Arbeitslose Jugendliche beispielsweise, die früher vom Land, heute vor allem aus den Stadtrandsiedlungen in die Zentren drängen, bilden eine Kerngruppe der „gefährlichen Klassen".

Hermann Drawe,
Eine Messerrauferei, 1904.

Es deutet sich bereits immer wieder in den angesprochenen Diskursen an – ich möchte es aber noch einmal fassbarer haben: Wie ist „Kriminalität" im 19. Jahrhundert, zur Zeit der „Entdeckung der gefährlichen Klassen" definiert? Und welche Mechanismen werden mit diesem Konzept in Gang gesetzt?

Moritz Rinn: Ganz allgemein und formal ist „Kriminalität" erstmal ein Produkt staatlicher Zuschreibung. Damit Handlungen als „Kriminalität" bezeichnet werden können, müssen sie gerichtlich als Verstöße gegen gesetzlich geregelte und mit Strafandrohung verbundene Normen festgestellt werden. Staatliche Politik bringt somit „Kriminelle" erst hervor – und zwar über die inhaltliche Bestimmung ganz bestimmter Handlungen als „sozialschädlich". Dabei geht es um solche Elemente, die die politische oder ökonomische Ordnung explizit in Frage stellen, vor allem aber um die Abweichung von der geforderten Arbeitsmoral und Lebensführung, von den Modi der Reproduktion von Arbeitskraft, die die Stabilität der Klassengesellschaft garantieren. In der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit rechtsstaatlicher Verfasstheit gilt ja bekanntlich das Gesetz allgemein, für alle Staatsbürger gleich – formal ist „Klassenjustiz" also abgeschafft, inhaltlich aber keineswegs: Es stellt sich immer die Frage, welche Machtverhältnisse es wem ermöglicht haben, welche Handlungen zu kriminalisieren. Trotz universell

In der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit rechtsstaatlicher Verfasstheit gilt ja bekanntlich das Gesetz allgemein, für alle Staatsbürger gleich – formal ist „Klassenjustiz" also abgeschafft, inhaltlich aber keineswegs: Es stellt sich immer die Frage, welche Machtverhältnisse es wem ermöglicht haben, welche Handlungen zu kriminalisieren.

gültigem Strafrecht findet so eine unterschiedliche Kriminalisierung verschiedener gesellschaftlicher Klassen statt. Damit wird klar: Das Konzept „Kriminalität" ist ein Herrschaftsinstrument in den Händen des mit dem Gewaltmonopol ausgestatteten Staates.

Der Staat nimmt also eine zentrale Rolle in der Konstruktion der „gefährlichen Klassen" ein, mit dem Konzept der Kriminalität unterwirft er sie strafrechtlicher Behandlung. Aber gleichzeitig, das hast du schon angedeutet, entwirft er auch Systeme der Integration, die die angemessene Bereitstellung von Arbeitskräften sichern sollen. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die beispielsweise von Foucault angesprochene Transformation der Strafkonzepte in der Durchsetzung des Kapitalismus?

Moritz Rinn: Foucault bezieht sich dabei ja zentral auf „Sozialstruktur und Strafvollzug", das Buch von Rusche/Kirchheimer aus dem Umfeld des Instituts für Sozialforschung von 1939. Sie setzen den Wandel der Strafe zu einem sozialintegrativen Instrument in Beziehung zu Veränderungen der Produktionsweise – viel expliziter übrigens als Foucault selbst. Der mittels Statistiken operierende moderne Nationalstaat stellt ein Wissen über die Bevölkerung bereit, das eine Verknüpfung zwischen sozialer Lage und Kriminalitätsraten zulässt. Die Strafrechtsreformer erkennen hier zum ersten Mal eine Schuld der Gesellschaft am Verbrechen an – so kann ihnen dann Sozialpolitik als beste Kriminalpolitik gelten. Die Entwicklung des Sozialstaats bedeutet eine gewisse Absicherung von Existenzen jenseits der permanenten Lohnarbeit. Gleichzeitig wendet sich die Funktion der Strafe von der Sühne und Vergeltung hin zur Resozialisierung – sie soll gewissermaßen gesellschaftssanitäre Aufgaben erfüllen. Die Abschaffung vor allem kurzer Freiheitsstrafen, auch die Entkriminalisierung bestimmter Handlungen, stehen dazu in einem engen Verhältnis – es geht letztlich darum, in der Hochphase des imperialistischen Kapitalismus die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zu bedienen. Der ersten Schuld der Gesellschaft am Elend der Kriminellen wird eine zweite Schuld zur Seite gestellt, die darin besteht, Humankapital zu vergeuden. Sowohl Rusche/Kirchheimer als auch Foucault lassen eins klar werden: Die Strafrechtsreformen des 19. Jahrhunderts sind alles andere als ein reiner Akt humanistisch-aufklärerischer Philanthropie bzw. wirkt diese selbst als Prinzip der Disziplinen, die die Zurichtung der Individuen als Arbeitskräfte übernehmen.

Das Innere eines Quartiers

Der Gang zur „Zwingburg"

Theoretisch wurde also mit der Einführung gewisser sozialpolitischer Institutionen eine Antwort auf die Frage der „gefährlichen Klassen" gefunden. Wie lange bleibt dieses Konstrukt verschwunden, und unter welchen Umständen taucht es wieder auf?

Moritz Rinn: In der Systemkonkurrenz des „Kalten Kriegs" sollte mit dem Modell der „sozialen Marktwirtschaft" in Westdeutschland eine quasiuniversale Sozialintegration ermöglicht werden – wiederum in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs. Bis Mitte der 1970er Jahre gehen eine stetige Ausweitungen des Sozialstaats und eine Liberalisierung des Strafrechts miteinander einher. Das ändert sich erst in der Krise des Fordismus: Die Umbrüche innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, das Phänomen der strukturellen Massenarbeitslosigkeit, die „neue Armut", auf wirtschaftspolitischer Ebene vor allem die Abkehr von keynesianischen Pa-

radigmen und eine strikte Haushaltskonsolidierungspolitik, die Politik der „inneren Sicherheit", nationaler und internationaler „Terrorismus", das alles sind bedeutende Dimensionen für die Rückkehr der „gefährlichen Klassen" wieder als Kategorie politischer Strategien.

2005 wurde in Deutschland mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Stichwort Hartz-IV – das Verhältnis von Arbeitslosen- und Armenpolitik neu definiert. Gleichzeitig wird ein Anstieg der kriminalisierten Delikte verzeichnet. Diese Phänomene scheinen ja auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun zu haben – lassen sich da dennoch Verbindungen ziehen?

Moritz Rinn: Erstmal sind Aussagen über eine Zu- oder Abnahme von Straftaten generell problematisch – sie beziehen sich auf kriminalstatistische Daten, die nie die „wirkliche Kriminalitätsbelastung", sondern die Arbeit der staatlichen Kontrollorgane darstellen. Sie sind eine Art Rechenschaftsbericht der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Viel interessanter ist die Permanenz des öffentlichen Diskurses über Kriminalität und die Verschiebungen, die dort stattfinden – die sich dann auch in den Polizeilichen Kriminalstatistiken bzw. deren Präsentation niederschlagen. Beispielsweise die gegenwärtige Debatte um Jugendgewalt und Verschärfungen im Jugendstrafvollzug im Zuge der Föderalismusreform, die man durchaus in einen Zusammenhang mit der besonders repressiven Behandlung der unter 25-jährigen Arbeitslosen im Zuge der Hartz-Reformen stellen kann. Hier geht es auch um die Kontrolle und repressive Integration potentieller Gewalt- bzw. Straftäter. Ganz generell hat die Überstellung eines Großteils der ehemaligen Sozialhilfeempfänger unter die Obhut der ArGen – also ihre formale Behandlung als „Arbeitslose", die mittels Workfare zumindest simulationsmäßig auf den Arbeitsmarkt orientiert werden sollen – die Figur des unwürdigen Armen wieder zum Vorschein gebracht: In den Kategorien der „faulen Arbeitslosen", der „Sozialbetrüger", nach denen medial auch ein Privatsender fahnden lässt – „gnadenlos gerecht" (Sat 1) eben.

Du sprichst in deinem Vortrag von einer „Renaissance staatlichen Strafens", der ein neues Konzept von Kriminalität zu Grunde liegt. Wie äußert sich das?

Moritz Rinn: Man könnte gegenwärtig von einem „neuen Sicherheitsstaat" sprechen. Wir haben es mit einer besonderen Art öffentlich-privater Sicherheitspartnerschaft zu tun: Staatliche Kontrollinstanzen gehen im Verbund mit privaten Sicherheitsdienstleistern repressiv gegen alle vor, die die Innere Sicherheit und öffentliche Ordnung stören – gemeinsam mit dem „aktivierten" Teil der BürgerInnen, der eigenverantwortlich und präventiv agieren soll – sowohl als sozialpolitischer als auch kriminalpolitischer Akteur. Diese Partnerschaft basiert auf dem Ausschluss der von der geforderten Arbeitsmoral Abweichenden: der Langzeit- oder Dauerarbeitslosen, der Obdachlosen, arbeitsloser unqualifizierter Jugendlicher, „Störer" etc. Staatliches Strafen als Behandlung der Verwerfungen des Kapitalismus, die zu anderen Zeiten eben als „soziale Probleme" bearbeitet wurden, wird somit legitim. Das finden wir beispielsweise in der schon angesprochenen Debatte um das Jugendstrafrecht, aber auch in der Ausweitung der „nachträglichen Sicherungsverwahrung" – die formal keine Strafe ist, sondern angeblich gefährliche Straftäter nach Verbüßen der Haftzeit weiter unter strafrechtlicher Kontrolle belässt – zum Schutz der Bevölkerung. Überhaupt wird die Sicherheit der Bevölkerung über das Recht der juristischen Person gestellt – beispielsweise wenn im „Vorfeld" möglicher Straftaten ermittelt wird, die Rechte im Ermittlungsverfahren eingeschränkt werden. Man kann hier von einer gouvernementalen Regierung der Kriminalität sprechen, allerdings im Verbund mit einer Reanimation und Transformation der Disziplinarinstitutionen. Gleichzeitig mit einer exzessive Machtentfaltung des Souveräns, beispielsweise im Verschwimmen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, der Aufrüstung der Polizei und deren enge Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten.

Staatliches Strafen als Behandlung der Verwerfungen des Kapitalismus, die zu anderen Zeiten eben als „soziale Probleme" bearbeitet wurden, wird somit legitim.

Schlafende unter einer Wendeltreppe, Wien1904

Du legst den Fokus hier stark auf die Dimension der Klassenzugehörigkeit, wenn es um die Konstruktion der Gefährlichkeit bestimmter Gruppen und die soziale Ausgrenzung mittels „Kriminalität" geht. Mir scheint, in diesem Zusammenhang werden noch weitere Diskurse wichtig, beispielsweise über die sogenannten „kriminellen Ausländer".

Moritz Rinn: Zunächst einmal würde ich schon behaupten, dass der Code, der den konkreten staatlichen Kriminalisierungspraktiken zugrunde liegt, und damit auch für die gefährlichen Klassen konstitutiv ist, vor allem bezogen ist auf eine undisziplinierte Lebensführung und ungeregelte Existenzsicherung – also auf fehlende Disziplinierung über Lohnarbeit und die Missachtung der Eigentumsrechte. Hinzu kommt natürlich die Einschreibung des institutionalisierten wie des Alltagsrassismus in alle Formen staatlicher Kriminalisierungs- und Kontrollpraktiken. Die Konstruktion des „kriminellen Ausländers" findet auf einer gesonderten Rechtsgrundlage durch das Asyl- und Ausländergesetz statt. Gleichzeitig wird er in der polizeilichen Tätertypologie zu einer Kategorie, die in enger Beziehung zu „Drogendealer" oder „jugendlichem Gewalttäter" steht. Als „Fremde" klassifizierte werden stärker kontrolliert und kriminalisiert. Neben den ökonomischen und sozialen, mit auch kulturellen Dimensionen sind rassistische Kategorisierungen also zentral für die Konstruktion der „gefährlichen Klassen", dazu kommen noch Geschlecht und Alter: So wird der „männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund" gegenwärtig gewissermaßen zum Star der „gefährlichen Klassen".

Neben den ökonomischen und sozialen, mit auch kulturellen Dimensionen sind rassistische Kategorisierungen also zentral für die Konstruktion der „gefährlichen Klassen", dazu kommen noch Geschlecht und Alter: So wird der „männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund" gegenwärtig gewissermaßen zum Star der „gefährlichen Klassen".

Wenn du in diesem Zusammenhang von einer neuen Dominanz des Konzepts „Kriminalität" sprichst, das über die Konstruktion spezifischer Risikogruppen funktioniert, dann geht es ja auch um eine Personalisierungsstrategie. Auf der anderen Seite scheinen aber zunehmend auch entindividualisierende, räumliche Strategien zu greifen. In diesem Zusammenhang taucht etwa das Phänomen der „gefährlichen Orte" auf, an denen die Polizei verschärfte Kontrollen durchführt und vormals legale Handlungen plötzlich kriminalisiert werden.

Moritz Rinn: Die „gefährlichen Klassen" sind immer ein städtisches Phänomen gewesen – mit dem Anwachsen einer städtischen Armutsbevölkerung geht dann auch eine Verdrängung aus den Zentren einher. Die Kriminalisierung von „Bettelei", „Herumlungern" und der „Störung der öffentlichen Ordnung", die in den Strafrechtsreformen der 1970er Jahren weitgehend entkriminalisiert wurden, kehrt in Form von kommunalen Sicherheits- und Ordnungsgesetzen oder in der Hausordnung der mittlerweile semi-öffentlichen Bahnhöfe wieder: Hier wird das Durchsuchen von Mülleimern oder das Sitzen auf dem Boden untersagt. Gleichzeitig bringt die Umstrukturierung vom städtischen Raum neue Formen der Kontrolle und des Ausschlusses hervor. Innenstädte werden mit konsumenten- und touristenfreundlichen Raumordnungen versehen, die zunehmend privatrechtlich durch die Exekution von Hausordnungen durchgesetzt werden: Wer in privaten Shoppingmalls oder auch öffentlichen Innenstädten etwas anderes tut als einzukaufen – weil er vielleicht kein Geld hat, sich im Winter aufwärmen möchte oder einfach nur auf dem Marktplatz die Sonne genießen will – ist verdächtig und wird entfernt – er muss also keine strafbare Handlung begangen haben, es reicht, dass er einer bestimmten Gruppe zugeordnet wird, die in diesem Raumausschnitt nichts zu suchen hat. Umgekehrt werden aber auch „kriminelle Räume" konstruiert, die starke Überschneidungen mit den als „soziale Brennpunkte" bekannten Vierteln haben. Sie werden besonderen, oft verdachtsunabhängigen Kontrollformen unterworfen – so dass die dort lebenden Menschen permanent mit Kriminalisierungspraktiken konfrontiert sind. Sie werden also einer Raumordnung unterworfen, so verortet einer Risikogruppe zugeordnet und darüber re-individualisiert zu Risikoträgern.

Die Nachwache vor der „Zwingburg"

Lassen sich bei dieser Konstruktion „krimineller Räume" Analogien oder Korrespondenzen zu den Orten der „gefährlichen Klassen" ziehen, die beispielsweise in den Diareportagen von Emil Kläger, Max Winter und Hermann Duwe um 1900 beschrieben werden, die auch in der Ausstellung im Wienmuseum zu sehen waren?

Moritz Rinn: In der Tat ähneln die Beschreibungen der „Wilden Viertel" des 19. Jahrhunderts Teilen des gegenwärtigen Diskurses über „underclass" oder die „Überflüssigen". So stellt beispielsweise Heinz Bude wachsende Armut, verfallende Wohnquartiere und steigende Kriminalität in einen direkten Zusammenhang. In seinem letzten Buch beklagt er entstehende No-go-Areas, die für die dort Lebenden wie für Außenstehenden städtische Höllen der Immobilität und Gewalt seien, die nur von den Ausgestoßenen selbst noch ertragen werden könnten. Von oben herab skandalisiert er den Lebenswandel der Ausgeschlossenen und kulturalisiert „Verwahrlosung" und „Kriminalität". Sein Bericht beginnt buchstäblich mit einer Reisebeschreibung, da steht er ganz in der Tradition der bürgerlichen Entdecker der „gefährlichen Klassen" – er fährt „von den Zentren der Initiative, der Innovation und des Individualismus" eine halbe Stunde mit dem öffentlichen Nahverkehr in die Stadtrandgebiete, wo ihm promt herumlungernde männlichen Jugendliche mit weißen Kapuzenpullis begegnen, die zu allem fähig zu sein scheinen. (Vgl. Bude, Heinz: Die Ausgeschlossenen, 2008, S.9/10)

Um noch einmal auf die Hartz IV-Gesetze zurückzukommen: mich würde interessieren, welche Auswirkungen sie etwa auch auf arbeitende Menschen haben. Es entsteht ja ein Druck, der dann auch wieder bestimmte Formen normalisierter und normalisierender „Arbeitsmoral" produziert

Moritz Rinn: Es ist klar, dass Veränderungen der Produktionsverhältnisse immer die Anpassung der Arbeitskräfte an neue Bedingungen verlangt; Mit Heinz Steinert und Helga Cremer-Schäfer gesprochen: Es geht um eine je spezifische Arbeitsmoral, die mittels Sozialpolitik hergestellt werden soll, während die Kriminalpolitik über die Behandlung der Abweichenden für ihre Darstellung sorgt – sie nennen das „Ideologieproduktion mit Menschenopfern". Sozialpolitisch wird Zwang, seine Arbeitskraft zu verkaufen, wieder stark erhöht – dabei geht es natürlich nicht um die Reintegration der Arbeitslosen-Massen: Die Produktion von „Überflüssigen" und das schikanöse Alg-II-Regime dient vielmehr der Disziplinierung der prekär Integrierten, die vorgeführt bekommen, was mit jenen geschieht, die herausfallen. So werden Lohnsenkungen, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Einschnitte ins sozialpartnerschaftliche Gefüge durchsetzbar.

Man sollte die Arbeitsmarktreformen also weniger als Maßnahmen zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit verstehen, ebenso wenig wie zunehmende staatliche Kriminalisierung und Strafverschärfungen in erster Linie auf „Sicherheit" der BürgerInnen zielt. Bei der Behandlung der als „gefährlich" konstruierten Segmente der Bevölkerung geht es vielmehr um die Neudefinition der Arbeitsmoral einer postfordistischen Produktionsweise. So wird erst die „Zone der Prekarität" möglich.

Quelle: malmoe.org

Die Produktion von „Überflüssigen" und das schikanöse Alg-II-Regime dient vielmehr der Disziplinierung der prekär Integrierten, die vorgeführt bekommen, was mit jenen geschieht, die herausfallen.

Hermann Drawe, Obdachloser beim Feuer sitzend, 1904. Alle Bilder des Artikel: Handkolorierte Glasdiapositiv aus dem Lichtbildvortrag „Durch die Wiener Quartiere des Elends und des Verbrechens.

Eine Auseinandersetzung mit linken Positionen zu Israel - angesichts des Einmarsches der israelischen Armee in den Gazastreifen

Wie soll und kann sich eine deutsche Linke zum Krieg im Gazastreifen verhalten? Wann ist eine Kritik an der israelischen Staatsführung gegenüber besetzten und hermetisch abgeriegelten Gebieten einseitig? Ist der Widerstand gegen Besatzung legitim? Wer hat diesen Krieg ausgelöst? Handelt es sich bei der Operation ›Gegossenes Blei‹ um einen Selbstverteidigungsakt des israelischen Staates? Wie verhält sich die deutsche Linke zur ›Hamas‹?

Ein Rück- und Ausblick

Angesichts des militärischen Einmarsches der israelischen Armee in den Gazastreifen (Operation ›Gegossenes Blei‹) lodern die Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Linken wieder auf:

Anlässlich einer Demonstration in Frankfurt am 14.1.2009 einigten sich eine Mehrheit der beteiligten Gruppen darauf, auf jede ›einseitige‹ Parteinahme und Schuldzuweisung zu verzichten. Man hatte zurecht Angst, dass all die (abgebrochenen) Auseinandersetzungen der letzten 30 Jahre in einer Wucht und Unvermittelbarkeit aufeinandergeprallt wären, dass das Bündnis dies nicht überlebt hätte. Ein humanitärer Appell an alle Seiten gleichermaßen war das Ergebnis. Für viele war diese ›Rot-Kreuz‹-Stellungnahme der radikalen Linken pragmatisch bis blamabel.

Als ein Vertreter des No-Nato-Bündnisses den Satz begann: »Der Konflikt in Gaza hat seinen Ursprung in der Besatzungs-und Vertreibungspolitik des israelischen Staates…« wurde der Redebeitrag abgebrochen, da die Demonstrationsleitung darin eine Verletzung des beschlossenen Minimalkonsens sah. Es kam zu heftigen Wortauseindersetzungen und zu Rangeleien, die mit Mühe beendet werden konnten.

›Alles muss man selbst machen‹ war das Leitmotiv dieser Demonstration. Ein Motto, das niemand auf den Palästinakonflikt anwenden wollte.

Wer die Geschichte der radikalen Linken zu Israel-Palästina kennt, die tiefe Spaltung in Pro-Israel und die Pro-Palästina-Lager der letzten Jahre, wundert sich nicht sonderlich. Nicht einmal in ›Friedenszeiten‹ war die deutsche Linke in der Lage, die unterschiedlichen Positionen zu Israel/Palästina gemeinsam zu diskutieren.

Vielleicht hilft ein wenig Abstand zu den gegenwärtigen Bildern und Eindrücken, ein Blick zurück in die Geschichte der deutschen Linken, um zu verstehen, dass der Israel-Palästina-Konflikt eben nicht ein Streitpunkt von vielen ist, sondern zurecht ein Besonderer.

Folgendes Zitat von Ulrike Meinhof aus dem Jahre 1967 möchte ich voranstellen, eine politische Stellungnahme, die nicht nur unter ›68er‹ weitsichtig und mutig war, sondern bis heute Bedeutung für die Auseinandersetzungen innerhalb der Linken haben sollte: *»Für die europäische Linke gibt es keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart und schließt den Staat Israel ein, den britische Kolonialpolitik und nationalsozialistische Judenverfolgung begründet haben. Die Menschen, die heute in Israel leben, die Juden nicht nur, auch die Araber, waren nicht Subjekt, sondern primär Objekt dieser Staatsgründung. Wer den Bestand dieses Staates glaubt zur Disposition stellen zu wollen, muß wissen, daß nicht die Täter, sondern wiederum die Opfer von damals getroffen würden.«* (Konkret, 7/1967)

Ihre Aufforderung, Imperialismuskritik und internationale Solidarität aus der jeweiligen nationalen Kontexten zu entwickeln, anstatt sie verbal-radikal zu überspringen, verhallte auch damals weitgehendst. Genauso die von ihr formulierte Verpflichtung, die historische Verantwortung für die (Staats-) Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus nicht teilnahmslos an die Herrschenden zu delegieren, sondern in der eigenen politischen Praxis und Parteinahme sichtbar zu machen.

Die Weigerung der radikalen Linken, sich dieser Schwierigkeit zu stellen, wird nicht nur mit der Beteiligung von Mitgliedern der RZ- und ›Bewegung 2.Juni‹ an der Entebbe-Flugzeugentführung eines palästinensischen Kommandos 1976 offensichtlich. Sie ist lediglich spektakulärer Ausdruck einer Palästinasolidaritätsarbeit der 80er Jahre, in der die Identifikation mit dem palästinensischen Befreiungskampf all zu oft die Unfähigkeit verbergen half, der Aufforderung Ulrike Meinhofs an die radikale Linke gerecht zu werden. So verwundert es nicht, dass die gescheiterte Entebbe-Aktion weder innerhalb noch außerhalb der Palästina-Solidaritäts-Komitees Anlass für eine kritische Selbstbestimmung militanter Positionen gegenüber Israel war, sondern Schweigen. Erst Mitte der 80er Jahre sorgten zwei Ereignisse für Verwirrung und hitzige Debatten innerhalb der radikalen Linken: zum einen anlässlich der Aufführung des Fassbinder-Stückes ›Der Müll, die Stadt und der Tod‹ im Jahre 1985. Zum anderen der 1987 verfasste Aufruf ›Boykottiert Israel, Waren, Kibbuzim und Strände‹ aus militanten Zusammenhängen in den besetzten Häusern in der Hamburger Hafenstraße. Auch wenn diese wichtigen Aus-

einandersetzungen die Lokalität des Anlasses überwanden, so blieben die Versuche, die bisherige Politik der radikalen Linken gegenüber Israel und dem palästinensischen Befreiungskampf neu zu bestimmen, marginal und brüchig. Eine neue Offensivität ergab sich daraus nicht. Im Gegenteil. Die Infragestellung antiimperialistischer Strategien und nationaler Befreiungskämpfe, die wackligen Annäherungen an die eigenen nationalen Bedingtheiten machte nicht Mut, sondern sorgte für breite Verunsicherung.

Als der US-alliierte Krieg gegen den Irak 1991 begann, konnte zwar die Losung ›Kein Blut für Öl‹ für kurze Zeit eine breite Anti-Kriegs-Bewegung zusammenführen und -halten. Als jedoch die irakische Regierung Israel mit Krieg und Giftgasangriffen drohte und Scud-Raketen auf israelischem Territorium einschlugen, machte die deutsche Staatslinke aus der ›Lehre von Auschwitz‹ eine Kriegswaffe und rief dazu auf, Israel mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie brachte die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel in Stellung und trat damit in die Kriegskoalition gegen den Irak ein. Weder der richtige Verweis auf die imperialistischen Ziele der westlichen Kriegskoalitionäre, noch der Verweis auf die antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen in arabischen Nachbarstaaten konnte das moralische und politische Leck stopfen.

Wie verhält sich die radikale Linke angesichts der Drohung, Israel militärisch zu vernichten und geo-politisch von der Landkarte zu löschen? Hat auch die radikale Linke eine Verantwortung gegenüber dem Staat Israel - und wenn ja, welche?

Dass die radikale Linke darauf keine gemeinsam-tragende Antwort hatte, hängt mit der paradox anmutenden Aufforderung zusammen, die Ulrike Meinhof 1967 formulierte und seitdem weitgehendst unbeantwortet blieb. Dass die radikale Linke dieses Versäumnis nicht zum gemeinsamen Ausgangspunkt machte, trug mit dazu bei, dass die Antikriegsbewegung 1991 politisch nicht verhindern konnte, dass die Staatslinke die Solidarität mit den Opfern des Holocaust in eine Kriegserklärung gegen den Irak münden ließ.

Glücklicherweise blieben nicht nur Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit zurück. In vielen Städten und Gruppen wurden zum ersten Mal (linke) jüdische Positionen diskutiert, die sich taktisch nicht vereinnahmen ließen, sondern uns mit dem Vorwurf konfrontierten, dass in bestimmten antizionistischen Argumentationen ein versteckter bzw. geleugneter Antisemitismus zum tragen komme. Viele dieser Kritiken sind nicht neu. Wir hatten sie nur all zu oft nicht wahrgenommen, geschweige denn ernsthaft geprüft.

Bis in die 90er Jahre hinein betrachte die radikale Linke Israel nicht von der eigenen Geschichte, sondern von palästinensischen Stellungen aus. Wir übernahmen selbstentlastend und erleichtert deren Argumente, zitierten ihre Analysen (wie z.B. die von ›Al Karamal‹, Ali Hashash oder Karam Khella), teilten ihren Hass gegen das israelische »Siedlerprojekt«, verurteilten im selben Wortlaut den Zionismus als rassistische Herrschaftsideologie eines imperialistischen Staates. Im selben Atemzug rangen wir uns jede Art von Verständnis und Erklärung für die inneren Strukturen des palästinensischen Widerstandes ab, für deren Forderungen nach einem eigenen palästinensischen Nationalstaat (zwei Nationen- zwei Staaten) oder für die militärische Ausbildung von Neonazis in palästinensischen Ausbildungslagern. Was an Israel bedingungslos kritisiert wurde, wurde mit Blick auf den palästinensischen Widerstand im Namen der Solidarität mit den ›Opfern der Opfer‹ zu rechtfertigen versucht.

David und Goliath - oder: Der Opfer(aus-)tausch

Die massive Kritik an der imperialistischen Politik Israels, der linke Blick auf Israel, der diesen Staat im Wesentlichen nur noch als ›Brückenkopf‹ des kapitalistischen Westens wahrnehmen konnte, die offene und/oder verdeckte Infragestellung des staatlichen Existenzrechtes Israels markieren Positionen, die die deutsche Linke erst nach 1967 eingenommen hatte. Vor und bis 1967 existierte in der heranwachsenden 68er Protestbewegung ein positives Bild von Israel. Israel galt ohne Wenn und Aber als ›Heimstätte der Überlebenden des Holocaust‹. Die Staatsgründung Israels 1948 erschien als unbestrittene Konsequenz aus einer europäischen Staatengeschichte, in der seit Jahrhunderten Menschen jüdischen Glaubens verfolgt wurden, ihres Lebens nie sicher sein konnten. Die staatliche Existenz Israels galt der Linken als lebender, unauslöschlicher Beweis für die begangenen und im Wiederaufbaudeutschland verdrängten Naziverbrechen. Ein sicherer und zu schützender Ort für die ZeugInnen des in der Geschichte einzigartigen Versuches, ein ganzes Volk industriell auszulöschen.

Dass diese Heimstätte nicht in Europa, oder in Deutschland selbst liegen sollte (und konnte), dass biblische und imperiale Erwägungen den Ausschlag gaben, dass in dieser ›Wiedergutmachung‹ ein weiteres Staatsverbrechen bereits angelegt war, wurde damals kaum bzw. gar nicht problematisiert. Das war nicht zufällig, sondern zwingend. Denn in der linken Wahrnehmung Israels spiegelte sich mehr ein deutsches Verhältnis wider, als dass die Bedingungen dieser Staatsgründung selbst - der im Kolonialstil praktizierte Akt der Staatsausrufung 1948, die geo-politischen Ziele vieler israelischer Staatsgründer, die weit darüber hinausgingen - mit zum Ausgangspunkt der Solidarität gemacht worden wären. In dieser innerdeutschen Auseinandersetzung spielten die Überlebenden als Menschen mit unterschiedlichsten Herkünften, Vorstellungen und politischen Konsequenzen kaum eine Rolle. Das Gewicht bekamen sie, die Sympathie verdienten sie sich als Opfer, unterschiedslos. Das, was die deutsche Linke mit den Opfern der Nazi-Verbrechen verband, was sie in ihr Überleben hineinprojizierte, hatte selten etwas mit diesen zu tun. Anstatt sich den Handelnden, den AkteurInnen politischer Prozess in Israel zu nähern, blieb die deutsche Linke bis 1967 der eigenen Opfer-Metaphysik verhaftet: Die jahrhundertelange antisemitische Verfolgung, das seit Menschengedenken durch Vertreibung und Pogrome geprägte jüdische Leben, ohne ›Heimat‹, sprich nationalstaatliches Privileg, bestimmte den Blick auf Israel. Doch die Staatsgründung Israels 1948 war nicht

nur ein imperialer, kolonialer Akt: So unterschiedlich die Motive der Staatsgründung innerhalb der israelischen GründerInnengeneration auch waren, eines einte sie zweifellos: Nie wieder Opfer sein, nie wieder Diskriminierung, Vertreibung und Vernichtung wehrlos gegenüberstehen. Anstatt sich diesem politischen Bewusstsein zu stellen, die unterschiedlichen - religiösen, nationalistischen, rassistischen bis hin zu sozialistischen - Positionen wahrzunehmen, die Machtverhältnisse innerhalb des israelischen Staates, imaginierte man die Opfer in einen paradieschen Zustand: Man bewunderte den bewaffneten Kampf um nationale Selbstbestimmung (der Film ›Exodus‹ war die cineastische Übersetzung dafür), die ›Fruchtbarmachung der Wüste‹, die Aufbauleistung Israels. Viele sahen im Kibbuz-System die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsutopie, das Ende kapitalistischer Ausbeutung, die Gleichberechtigung von Frau und Mann innerhalb kollektiver Lebensformen - ein gemeinsamer Kampf um den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Diese Bewunderung und Unterstützung spiegelte weniger die israelischen Verhältnisse wider - diese Projektionen mussten vielmehr gegen die sozialen und politischen Verhältnisse dort behauptet werden.

Der Sieg der israelischen Armee 1967 im Sechs-Tage-Krieg stellte nicht nur die linke Opfer-Metaphysik auf den Kopf, sondern auch die innerdeutschen Israel-Frontlinien. Aus Ex-Nazis und Rassisten wurden philo-semitische Bewunderer des Staates Israel, aus linken und militanten AntifaschistInnen wurden Feinde des Staates Israel. Die Neue Linke wechselte das Objekt, solidarisierte sich nun mit den ›Opfern der Opfer‹.

Die verlorene Unschuld der Opfer

Mit dem israelischen ›Blitzsieg‹ 1967 über scheinbar weit überlegene (arabische) Feinde begann der Antisemitismus in Deutschland paradoxe Wege zu gehen.

Das rechtschaffene Deutschland entdeckte nicht länger in Israel den ›Judenstaat‹, sondern Moshe Dayan als zweiten Rommel, als wiedergeborenen ›Wüstenfuchs‹ im Afrikafeldzug. Mit der militärischen Vernichtung seiner Feinde, mit der Eroberung und Besetzung fremder Territorien, mit der militärischen Verwirklichung der ›biblischen‹ Grenzen des Staates Israel wurde für viele Deutsche ein Jahrtausendtraum nachsynchronisiert, der unter den Trümmern des Dritten Reiches verschüttet schien - und in der Begeisterung für die geniale israelische Kriegskunst ungestraft wieder aufleben durfte. An den bewunderten Helden des Krieges war nichts ›Jüdisches‹ mehr. Mit den nun erfolgten Zuschreibungen wie Tapferkeit, Entschlossenheit, Wagemut, Disziplin, Wille und Glaube an den Sieg wurden innerhalb der rassistischen Konstruktion von Wesenheiten eine philo-semitische Umdeutung vorgenommen.

Das, was der deutsche Antisemitismus dem ›Juden‹ zuschrieb, wurde nun in die Gestalt des ›Arabers‹ verschoben. Die deutsche Kriegsberichterstattung zeigte nicht nur, wie Sieger aussehen, sondern auch wie Verlierer aussehen müssen. (Die Golfkriegsberichterstattung war zumindest diesbezüglich nur eine Wiederholung.) Die Bilder von barfüßigen, arabischen Soldaten, von Tausenden in der Wüste zurückgelassenen Militärstiefeln, von um ihr Leben flehenden Soldaten, die kopf- und führungslos in der Wüste herumirrten, zeigten mehr als einen Kriegsgegner. Sie visualisierten den ewigen Verlierer, seine Rückständigkeit, seine Unzivilisiertheit, seine Aussichtslosigkeit. Israel wurde zum Symbol der Überlegenheit westlicher Zivilisation - umgeben von einem Orient, der gegen die Moderne vergeblich anzurennen versucht.

Auch für die deutsche Linke wurde der Sechs-Tage-Krieg 1967 zum entscheidenden Wendepunkt ihrer Israel-Solidarität. Plötzlich war die deutsche Linke nicht mehr mit Opfern, sondern mit einem strahlenden Sieger konfrontiert - von der westlichen Welt maßgeblich unterstützt, von dem seit Jahrhunderten antisemitisch geprägten Europa bewundert. Die scheinbar einstimmige Begeisterung für diese israelische Glanztat reichte von BILD bis FR, vom Ex-Nazi bis zu Ex-WiderstandskämpferIn, von CSU bis SPD.

Lassen wir einmal beiseite, ob sich Israel ›nur‹ gegen seine Feinde verteidigte, oder, ob es der erste offizielle Expansionskrieg Israels war, um die ›biblischen‹ Grenzen militärisch herzustellen. Fest steht jedenfalls, dass Israel infolge dieses Krieges fremde Territorien besetzte, die dort lebenden Menschen vertrieb bzw. israelischem Besatzungsrecht unterwarf und durch gezielte Besiedlungen de facto zu israelischem Staatsterritorium machte.

Für viele Linke[1] wurde aus dem Staat Israel, als Heimstätte der Überlebenden des Holocaust, ein Staat, der selbst imperiale (Kriegs-) Ziele verfolgt. Aus Opfern wurden TäterInnen, aus Vertriebenen VertreiberInnen, aus Verfolgten VerfolgerInnen, aus Unschuldigen wurden Schuldige. Aus David wurde ein Goliath.

Nun, die Geschichte der Herrschenden ist voll von Beispielen, in denen einstig Verfolgte mit Eroberung der Macht (z.B. die UdSSR oder Algerien), mit Gründung eines eigenen Nationalstaates (z.B. Jugoslawien oder Polen), mit dem siegreichen Befreiungskampf (z.B. Vietnam) selbst die Logik von Herrschaft und Ausbeutung reproduzierten. Im besten Fall hätte sich die Linke - im Nachhinein - erklären können, wie es zu so etwas hat kommen können. Im schlechtesten Fall - der im Zuge der internationalistischen Solidaritätsbewegung der 60er und 70er Jahre eher der Normalfall war - hätte sich die Linke einfach enttäuscht abwenden können, ohne viel Aufsehens, wie später, in anderen (Zweifels-) Fällen auch (z.B. Vietnam, Portugal, Chile, Iran, usw.).

Doch Israel wurde auf ganz eigenarti-

[1] Ob die im Folgenden wiedergegebenen Positionen innerhalb der Palästina-Solidarität minoritär waren oder mehrheitlich geteilt wurden, kann ich nicht beurteilen. In diesem Text geht es darum, Positionen nachzuzeichnen, die durchaus den Vorwurf eines ›kruden‹ Antiimperialismus rechtfertigen.

ge Weise zum Sonderfall internationalistischer Solidarität. Alles, was sonst die Regel war, wurde über den Haufen geworfen. Alles, was woanders auch konsequent gewesen wäre, wurde einzigartig am Beispiel Israel exekutiert. Alles, was woanders noch für Verständnis sprach, wendete sich am Beispiel Israel in ungeahnter Weise dagegen. Für diesen ›Sonderfall‹ internationalistischer Solidarität lassen sich zwei Erklärungen anführen:

1. Es liegt an der Einzigartigkeit des Staates Israel, an der Unvergleichbarkeit mit anderen Nationalbewegungen und Staatsgründungen.

2. Es ist dem besonderen Verhältnis der radikalen Linken zur deutschen Geschichte des Nationalsozialismus geschuldet. Anstatt die politische und historische Verantwortung selbst zu übernehmen, wurde sie den Opfern übertragen.

Ich möchte die Eigenartigkeiten linker Kritik an Israel auf drei Punkte konzentrieren, auf die fast alle Argumentationen der letzten Jahre zuliefen.

1. Ich kenne keinen Fall internationalistischer Solidarität, wo die Linke aus Enttäuschung die Seite so bedingungslos und kritiklos wechselte.

Wenn ich an die russische Oktoberrevolution 1917/18, an den erfolgreichen Befreiungskampf in Algerien oder Vietnam denke, kann ich mich nicht daran erinnern, dass die radikale Linke zum Kampf gegen die neuen Machthaber und Unterdrücker aufgerufen hätte. Die minoritäre Kritik an den neuen Machthabern löste weder eine Solidarität mit den Opfern der Opfer aus, noch gab es massive Bemühungen, der neuen Staatsmacht den Kampf anzusagen. Der focussierte, verengte Blick auf den Kampf gegen Fremdherrschaft, gegen imperiale Groß- und Kolonialmächte verdrängte zu oft die (selbst-)kritische Frage, wofür die ›Opfer‹, die Unterdrückten kämpften, welche Vorstellungen sie von Gesellschaft und Befreiung hatten, was in ihrem Kampf gegen den Feind darüber hinauswies …

All diese Kritik schien die Solidaritätsbewegung an Israel nachzuholen. Sie kritisierte zu Recht das israelische Vorgehen gegenüber PalästinenserInnen als rassistisch, sie verurteilte zu Recht die Besetzung fremder Territorien als kolonialistisch, erkannte zu Recht in der massiven wirtschaftlichen und militärischen Aufrüstung Israels durch die USA, Deutschland usw., seine Brückenkopf-Funktion für den westlichen Imperialismus. All das wäre so richtig, wenn sich nicht - im selben Atemzug - der Unschuldsblick auf den palästinensischen Widerstand, auf das neue Objekt internationalistischer Solidarität wiederholt hätte.

Ende der 60er und ganz massiv in den 70er Jahren entstanden überall in der BRD Palästina-Solidaritätsgruppen, die von nun an einen kontinuierlichen und dominanten Bezugspunkt für die internationalistische deutsche Linke darstellten. Anstatt die Solidarität daran zu messen, was über das Opfer-Sein, über den Kampf gegen *Fremd*-Herrschaft hinausweist, fand in vielen Palästina-Gruppen lediglich ein Objekt(um-)tausch statt: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Rolle der palästinensischen Bourgeoisie ähnlich scharf thematisiert wurde, wie die der zionistischen Organisationen für Israel. Es wurde kaum der Frage nach der ›arabischen Allianzen‹ im Kampf gegen den Erzfeind Israel nachgegangen, der Frage nach den Motiven und Zielen reaktionärer arabischer Nationalstaaten, die mit Millionenbeträgen den palästinensischen Befreiungskampf unterstützten. Nachfragen, die in Bezug auf ›zionistische Allianzen‹ und Geldgeberinteressen für das ›Siedlerprojekt‹ Israel selbstverständlich erschienen. Und auch die Fragen nach den inneren Strukturen der verschiedenen Befreiungsorganisationen (PFLP/DFLP), nach der Rolle der Frau im palästinensischen Befreiungskampf[2], nach den Gesellschaftsvorstellungen wurde allzuoft als Spaltung, denn als Stärke eines Widerstandes begriffen.

2. Mir ist kein Land bekannt, dem die radikale (deutsche) Linke mit der Kritik an kapitalistischen und imperialistischen Wirtschaftsstrukturen zugleich das ›staatliche Existenzrecht‹ abgesprochen, aberkannt hätte.

Ich kann mich an keine einzige Diskussion, an keine einzige Grundsatzdebatte der 70er Jahre erinnern, die die Kritik an einem kapitalistischen, imperialen System mit der Aberkennung nationaler Eigenständigkeit verknüpfte. Mir ist nicht bekannt, dass die Kritik an der US-Ausrottungspolitik gegenüber IndianerInnen, an der gewaltsamen Landnahme und Besiedlung, an der Versklavung der Schwarzen auf das Existenzrecht dieses Siedlerstaates USA zielte.

Was die deutsche Linke nirgendwo auf der Welt machte, vollbrachte sie einzigartig am Staat Israel. Sie diskutierte, stritt und bestritt (in relevanten Teilen) schließlich das Existenzrecht des Staates Israel. Wenn die deutsche Linke überall auf der Welt den Kampf gegen das Verbrechen eines Staates nicht nur zu einem Kampf gegen die Herrschenden gemacht hätte; wenn die deutsche Linke das Staatswesen selbst als ein Akt des Verbrechens begriffen hätte, egal, wer die Macht darin ausübt; wenn die Kritik der Linken den Gewaltakt jeder Staatsgründung gemeint hätte, dann hätte die Kritik am Staat Israel exemplarischen Charakter gehabt. Doch all dies tat die deutsche Linke weder theoretisch noch praktisch. Für die meisten deutschen Linken galt das marxistisch-leninistische Konzept der Staatsübernahme. Mit der Revolution war nicht die Zerschlagung, sondern die ›Eroberung‹ des Staatsapparats gemeint. Alleine, angesichts dieser sozialistischen und kommunistischen Staatsverehrung eines Großteils der deutschen Linken hätten die anarchistischen Anwandlungen auffallen bzw. stutzig machen müssen. Doch bei näherem Nachgehen der Argumente, die gegen das Existenzrecht des Staates Israel ins Feld geführt wurden, kommt ganz und gar nichts

[2] Das Buch von Raymonda Hawa Tawil ›Mein Gefängnis hat viele Mauern. Eine Palästinenserin berichtet‹, 1979, ist diesbezüglich sehr lesenswert.

Anarchistisches zum Vorschein. Der Prozess um die An- bzw. Aberkennung von Staatsrechten wurde exklusiv am Beispiel Israel vollzogen - ein nationalistisches Schauspiel!

Seit den 70er Jahren hielten sich in der deutschen Linken- in unterschiedlicher Gewichtung und Verknüpfung - folgende geliehenen oder unwidersprochen gebliebenen Einwände gegenüber einem Staat Israel:

- Voraussetzung für einen Anspruch auf einen eigenen Staat sei »ein Territorium, auf dem die Menschen seit geraumer Zeit leben« (Intifada-Komitee Mainz/Wiesbaden, zitiert nach AK vom 21.10.1991). Folglich haben Jüdinnen und Juden aufgrund der jahrhundertelangen Diaspora diesen Anspruch verwirkt.

- Anspruch auf einen eigenen Staat darf nur erheben, wer auf ein »Volk« verweisen kann, was für Jüdinnen und Juden nicht zutrifft: »Das Judentum ist der Ausdruck für eine Religion, wie auch das Christentum, der Islam und der Buddhismus. Dies ist eine Bezeichnung für eine Religion, und nicht die Bezeichnung für ein Volk.« (Karam Khella)

- eine linke Staatsbewilligung setzt voraus, dass eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Sprache existiert - beides wird wegen erwiesener kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit bestritten.

Die Nichterfüllung vorgeblicher Kriterien für ein nationalstaatliches Anerkennungsverfahren mündete - bei allen Argumenten - in das (Gesamt-)Urteil, »dass die ›jüdische Nation‹, abgesehen von der mythologischen Komponente, künstlich geschaffen wurde … Das Ziel … war nie das Wohlergehen der jüdischen Menschen und schon gar nicht das der PalästinenserInnen, sondern immer nur der Staat.« (Intifada-Komitee Mainz/Wiesbaden, zitiert nach AK vom 21.10.1991)

Nationalistischer kann ein linkes Staatsrechtsverständnis kaum sein. Was sich als radikale Kritik am Staat (Israel) ausgab, war nichts weiter als die billige Reproduktion bürgerlicher, abendländischer Staatsideologien. Sie kritisierte nicht die Konstrukte einer Nationenbildung, den Mythos von dem einen Volk - sie machte sie zur Bedingung linker Anerkennungspolitik.

Und was das »Wohlergehen«, gemeinsamer Staatsauftrag linker und rechter Staatsrechtsinterpreten anbelangt: Wenn die Linke ihre Staatskritik wirklich ernst gemeint hätte, dann wäre doch zuallererst das Existenzrecht des Staates BRD zu bestreiten gewesen, anstatt diese ›neue‹ Staatskritik einzigartig an Israel zu exekutieren.

In der ganzen Kritik am Staat Israel, in der Bestreitung seines Existenzrechtes kam keine radikale Staatskritik zum Ausdruck, sondern ein linker Nationalismus, der Israel nur vorwarf, seine Staatsgründung nicht im Zuge der europäischen Nationalstaatenbildung vor 200 Jahren vollzogen zu haben, um damit in den (Euro-) Genuss linker Verjährungsfristen zu kommen.

Eine Linke, die die eigene nationale Verfasstheit vergisst, indem sie selbstverständlich vom Existenzrecht des Staates BRD ausgeht, betreibt mit *dieser* Staatskritik Herrschaftspolitik und nicht Herrschaftskritik. In der Ab- und Anerkennung von Nationalstaatlichkeit behauptet sich nicht die Kritik, sondern das Konstrukt von der ›natürlichen‹ Nation.

Genau dieses natürliche (Staats-)Wesen musste wohl in den Köpfen der Linken herumspuken, als sie vom »künstlichen Gebilde« Israel redeten - als ginge es ihr um die Rettung der Natur, um die Verteidigung organischer Verbindungen. Wie nationalistisch dieses Bio-Gutachten ist, müsste alleine der (Rück-)Blick auf die Wiedervereinigung des ›geteilten‹ Deutschlands belegen. Wäre nicht in dieser Logik die Wiedervereinigung das verdiente Ende einer unnatürlichen Spaltung? War nicht die Ex-DDR ein künstliches Gebilde der Siegermächte, das mit dem Anschluss nur renaturalisiert wurde?

Wenn die Kritik an der Staatsgründung Israels eine Kritik an der kolonialen und imperialistischen Staatenbildung überhaupt gewesen wäre, hätte die Linke nicht übersehen können, dass auch die meisten Staaten rund herum auf dem Reißbrett der Ex-Kolonialmächte entstanden waren (von Jordanien, über Syrien bis zum Irak). Sie alle haben soviel und sowenig mit kulturellen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten zu tun wie Israel. Der einzige Unterschied zwischen den arabischen Staatsgründungen und der israelischen Staatsgründung besteht im Zeitpunkt: Letztere liegt nur 60 Jahre zurück.

3. Ich kenne keine ›Opfer‹, denen die Linke so andeutungsvoll bis vollendet eine Mitschuld an ihrer eigenen Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung nachzuweisen versuchte, wie den Überlebenden des Holocaust.

Galten sie bis 1967 als Inkarnation der ›unschuldigen Opfer‹, so wurde 20 Jahre nach der Staatsgründung Israels in der deutschen Linken nachgeholt, was die einstige Solidarität nur gestört hätte. Die Verdächtigungen waren nicht neu, um so mehr deren Einfügung in linke Argumentationsfiguren. Dabei ging es nicht darum, die Überlebenden zu begreifen, sondern ihnen die einst verliehene Unschuld zu nehmen, sie mit den TäterInnen ähnlich, vergleichbar machen, um sie als ›falsche‹ Opfer abzustoßen.

20, 25 Jahre nach der militärischen Zerschlagung des Dritten Reiches deckte die Linke die Zusammenarbeit zionistischer Organisationen mit dem Naziregime auf. Aus Israel, einst Heimstätte der Überlebenden des Holocaust, wurde nun ein von den Nazis gefördertes ›Siedlerprojekt‹: »Die zionistische Weltbewegung« war es, »die mit Nazideutschland zusammenarbeitete, um die Rassenpolitik der Nazis maximal zur Organisierung einer breit angelegten Emigration nach Palästina auszunutzen. Die deutschen Faschisten wieder unterstützten die Kolonialisierungspläne der Zionisten.« (Immer rebellieren, zitiert nach ›Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina‹, Redaktion Arbeiterkampf, Hamburg 1988, S. 50) Die organisierte Flucht nach Palästina wurde nicht mehr als sichere Rettung vor Antisemitismus und drohender Vernichtung verstanden, sondern als »verbrecherische Allianz zwischen Zionismus und deutschem Faschismus.« (Ali Hashash, in ›Palästina - Kampf der Gegensätze‹, S. 55)

Als letzter Akt der Entwürdigung der

Opfer wurde ihnen schließlich die Beteiligung an ihrer eigenen Vernichtung vorgehalten: »Die Zionisten riefen zum Stillhalten und zur Zusammenarbeit mit dem Naziregime auf. Sie leiteten den von den Nazis installierten ›Judenrat‹ und beteiligten sich somit unmittelbar an der Auswahl der zur Tötung ausersehenen Opfer.« (Immer rebellieren, s.o., S. 50)

Selbst wenn Opfer ihre letzte (Über-) Lebenschance in der Zusammenarbeit mit den Nazis gesucht hätten: Was ändert das an der Tatsache, dass das Naziregime sie umgebracht hatte und nicht sie sich selbst? Und auch die Tatsache, dass zionistische Organisationen mit Nazis kooperiert haben (vor allem zu einer Zeit, als die Nazis noch die Politik der »forcierten Auswanderung« von Jüdinnen und Juden verfolgten), ändert nichts daran, dass der Nationalsozialismus und eben nicht zionistische Staatsgründungspläne den letzten Beweis dafür lieferte, dass ein ›Volk ohne Staat‹ der Willkür aller (europäischen) Staaten ausgeliefert war und ist.

Ausblick

Vielleicht eignet sich dieser historische Rückblick dazu, furchtbare Fehler nicht zu wiederholen, die eigene politische Parteinahme nicht über die Opfer zu begründen, sondern mit den politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen der ProtagonistInnen dieses Konflikts:

1. Seit ein paar Jahren stehen sich innerhalb der radikalen Linken lautstark zwei Positionen sprachlos gegenüber: Die von antideutschen Grupperungen dominierte ›Pro-Israel‹- Haltung und die von anti-imperialistischen Gruppierungen dominierte ›Pro-Palästina‹-Solidarität - die schlechteste und niedrig-schwelligste Kopie der 68er-Konstellationen: Nicht die Ideen und politschen Praxen der Protagonisten, sondern *das jeweils schlimmere Gegenüber* (vorbürgerlicher ›Gottesstaat‹, ›islamischer Faschismus‹ versus spätbürgerlicher Kolonialismus, israelisches Besatzungsregime) begründet - in der Regel - diese enthnifizierte *Parteinahme*. Für eine radikale Linke, die an der Überwindung des Bestehenden festhält, käme es hingegen darauf an, die Parteinahme gerade nicht daran zu bestimmen, wer weniger grausam an den bestehenden Verhältnissen festhält. Vielmehr geht es darum, sich auf die Seite, an die Seite emanzipatorischer Prozesse zu stellen. Diese werden in Israel, im Gazastreifen und im Westjordanland gleichermaßen unterdrückt.

2. Eine radikale Linke solidarisiert sich nicht mit ›Opfern‹, sondern mit politischen und gesellschaftlichen Zielen, die über jede Art von Herrschaft und Ausbeutung hinausweisen.

3. Eine radikale Linke sollte internationales Recht (insbesondere das UN-Völkerrecht) nicht unterschreiten, sondern darüber hinausweisen. *Die Besetzung fremder Territorien ist nirgendwo ein ›Selbstverteidigungsakt‹, sondern Ausdruck einer imperialen Logik.*

4. *Der Kampf gegen Besatzung ist überall auf der Welt legitim.* Die Legitimität dieses Widerstandsrechtes begründet sich in der Besatzung - sie besagt nichts über die politischen Ziele. Maßstab für eine radikale Linke kann jedoch nicht das im Völkerrecht verankerte Recht auf Widerstand sein, sondern die Mittel und Ziele, die über (Fremd-)Herrschaft hinausweisen.

5. Für eine radikale Linke misst sich die Legitimität der Mittel weder an der Grausamkeit des Feindes, noch am Schrecken, den sie verbreiten können. Wer gezielt ›Unbeteiligte‹, ›Zivilisten‹ angreift bzw. zur Geisel militärischer Auseinandersetzungen macht - ob aus Gründen der militärischen Unter- oder Überlegenheit - macht sich gleich und nicht unterscheidbar.

6. *Es gibt keinen Grund für eine radikale Linke, sich mit der gegenwärtigen Staatsführung in Israel oder mit ›Hamas‹ bzw. der ›palästinensischen Autonomiebehörde‹ zu solidarisieren.* Wer einen politischen, gesellschaftlichen Konflikt in Worten und Taten ethnifiziert, wer politische Ziele einer militärischen Logik unterordnet, wer nur das Fremde an Herrschaft meint, bekämpft nicht Herrschaft, sondern reproduziert sie.

7. Wer den Krieg der israelischen Armee im Gazastreifen mit Methoden und Zielsetzungen des deutschen Faschismus vergleicht (Belagerung Leningrads durch deutsche Truppen 1941-44[3], die Behauptung eines ›Holocaust am palästinensischen Volk‹), kritisiert nicht das militärische Vorgehen der israelischen Armee. Er beweist nur einen unerträglichen Umgang mit dem Begriff ›Faschismus‹.

8. Die Linke ist nicht nur in Deutschland schwach und einflusslos - sondern auch im Nahen Osten. Doch sie hat hier das Privileg und die Chance, denen zu widersprechen, die nur noch auf komplementäre Weise der Logik des Krieges das Wort reden (sei in Form eines imaginierten Rechts Israels auf ›Selbstverteidigung‹ oder das Recht der ›Hamas‹, Vergeltung zu üben). Wer zurecht den Methoden und Zielen der Hamas widersprechen will, der möge sich nur für einige Momente vorstellen, was passieren würde, wenn nur die Hälfte der Summe, die für diesen israelischen Einmarsch ausgegeben wird, für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Gazastreifen ausgegeben werden würde … Eine von vielen Möglichkeiten, die gesellschaftliche Basis der ›Hamas‹ zu schwächen, anstatt durch die Eskalation der Lebensbedingungen im Gazastreifen ihre Macht zu stärken.

9. *Wer einen Krieg beenden will, sucht sich den Feind nicht aus, sondern verhandelt mit ihm. Seit 2002 existiert ein solches Friedensangebot*: »Es gibt nur eine Lösung: Ende der Besatzung, Auflösung der israelischen Siedlungen, Errichtung eines palästinensischen Staates. Das muss natürlich (…) mit einer Sicherheitsgarantie für Israel verbunden sein… Der neue saudische Friedensplan ist wichtig. Die Saudis machen Israel ein Angebot, das es noch nie gab: Im Falle eines Rückzuges von den 1967 besetzten Gebieten wird Israel nicht nur von einzelnen

[3] Uri Avnery, http://www.jungewelt.de/2009/01-13/014.php

Staaten wie Ägypten und Jordanien, sondern von der gesamten arabischen Welt völkerrechtlich anerkannt - das wäre nicht nur ein Waffenstillstand, sondern ein echter Friede. Außerdem bietet Saudi-Arabien… einen Kompromiß für Jerusalem und eine faire Regelung der Frage der palästinensischen Flüchtlinge an, das heißt ohne ein pauschales Rückkehrrecht, das Israel als jüdischen Staat bedrohen würde.« (Avi Primor, ehemaliger israelischer Botschafter in Deutschland, Konkret 5/2002). 2007 bekräftigte die Arabische Liga den Friedensplan von Doha. *Alle israelischen Regierungen lehnten diesen Friedensplan bis zum heutigen Tag ab*. Auch die Erklärung der ›Hamas‹ im Jahr 2006[4], einem solchen Friedensplan zuzustimmen, änderte an der absurden Behauptung der israelischen Staatsführung nichts, es gäbe keine Verhandlungspartner für einen Frieden. *Ob die arabischen Staaten, die Palästinensische Autonomiebehörde von Abu Mazen und Hamas diesen Friedensplan unterschreiben würden (entgegen aller gegenteiligen Äußerungen), kann man nur herausbekommen, wenn auch die israelische Staatsführung diesem Friedensplan zustimmt..*

Wolf Wetzel
Januar 2009

Literatur:

Die Auseindersetzung um die oben geschriebenen Positionen ist in einer Broschüre sehr ausführlich dokumentiert: ›Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina‹, Redaktion Arbeiterkampf, Hamburg 1988

Grundlage dieses Textes ist ein Beitrag, den wir erstmals 1991/92 verfasst hatten:›Die verlorene Unschuld - zum Teufel mit den Opfern - Eine Auseinandersetzung mit linken Positionen zu Israel in: ›Geschichte, Rassismus und das Boot‹, autonome L.U.P.U.S.-Gruppe, Edition ID-Archiv, 1992

[4] »Aber ich muß betonen, daß Hamas einen palästinensischen Staat nur innerhalb der Grenzen von 1967 etablieren wird, das schließt die Westbank, Gaza und Westjerusalem mit ein…
jW: Habe ich Sie richtig verstanden, daß Hamas bereit wäre, mit Israel zu verhandeln und es in den Grenzen von 1967 anzuerkennen, bevor es den großangelegten Landraub in Palästina begonnen hat?
»Gut, daß das klar geworden ist … wegen einer Reihe von Faktoren akzeptieren wir jetzt einen palästinensischen Staat innerhalb der Grenzen von 1967. Aber das bedeutet nicht, daß wir Israel anerkennen werden. Wir sind allerdings bereit, mit Israel Frieden zu schließen.« Interview mit Margi Chaled Meschaal, politische Chef der Hamas-Bewegung, nach jW vom 16.12.2006

Raus aus Alcatraz

Die Flüchtlingsproteste, die auf Lampedusa begonnen haben, breiten sich in ganz Italien aus. Ihre Chancen, die Migrationspolitik der Regierung zu beeinflussen, sind aber gering.

»Basta Guantánamo! Basta Spaghetti!« Mit diesem Slogan rebellierten zwei Tage nach der Ankündigung der bevorstehenden Schließung des amerikanischen Militärgefangenenlagers Migranten in verschiedenen italienischen Städten gegen die katastrophalen Zustände in den Flüchtlingslagern des Landes.

Der Protest nahm seinen Anfang auf Lampedusa. Die Mittelmeerinsel ist die erste Station für Flüchtlinge, die versuchen, von der nahegelegenen nordafrikanischen Küste aus, Europa zu erreichen. Das Aufnahmelager dort ist für die Unterbringung von 500 Flüchtlingen vorgesehen, deren Zahl sich im Notfall kurzfristig auf 800 erhöhen kann. Seit Jahresbeginn ist die Einrichtung jedoch mit mehr als 1 600 Personen hoffnungslos überfüllt. Viele Flüchtlinge müssen in Zelten und unter aufgespannten Plastikplanen kampieren.

Dieser Zustand versetzte die Bewohner der kaum 20 Quadratkilometer großen Insel in Aufruhr. Sie protestierten gegen die Migrationspolitik der Regierung in Rom, weil sie befürchten, ihr Touristenparadies könne zu einem riesigen Gefängnis unter freiem Himmel, zu einem neuen »Alcatraz« werden. Den Protesten der Einheimischen schlossen sich vergangene Woche mehr als 600 Flüchtlinge mit ihren eigenen Forderungen an. Ihnen war es gelungen, die Umzäunung des Aufnahmelagers zu überwinden. Da der Protest der Inselbewohner vom Bürgermeister persönlich angeführt wurde, wagte die Polizei nicht einzugreifen. Zudem war es klar, dass den Migranten eine Flucht von Lampedusa unmöglich sein würde. Tatsächlich gelang es keinem, die Insel unbemerkt zu verlassen, alle wurden später wieder aufgegriffen und in das Aufnahmelager zurückgebracht.

Doch dass sie sich um ihre Freiheit bemühen, war bis aufs Festland vorgedrungen. Die Flüchtlingsproteste breiteten sich rasch über Massa Marittima in der Toskana bis in den Norden nach Turin aus.

In der toskanischen Kleinstadt forderten etwa 100 Flüchtlinge, darunter viele Frauen aus Somalia, Eritrea und Äthiopien, die Anerkennung ihres Asylantrags. Statt der gesetzlich erlaubten 30 Tage werden sie bereits seit dem vergangenen Sommer ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in einer Notunterkunft des Roten Kreuzes festgehalten.

In Turin protestierten knapp 300 Flüchtlinge gemeinsam mit Aktivisten aus den Centri Sociali für eine angemessene Unterbringung. Seit Monaten leben sie in zwei heruntergekommenen, von Räumung bedrohten Gebäuden, die weder mit einer Heizung noch mit ausreichenden sanitären Anlagen ausgestattet sind. Verhandlungen mit der Stadtverwaltung blieben in beiden Städten erfolglos. In Massa wurde die Gruppe, nachdem sie sich geweigert hatte, ihre friedliche Sitzblockade in der Innenstadt zu beenden, von Polizeieinheiten in voller Kampfmontur angegriffen; in Turin wurde die Demonstration auf der zentralen Piazza Castello von einer Hundertschaft Polizisten in rassistischer Weise beschimpft und mit Tränengas in die Flucht getrieben.

Silvio Berlusconis Koalition hatte im Wahlkampf versprochen, im »Kampf gegen die Illegalen« Härte zu zeigen. Die Bilder von überfüllten Flüchtlingsbooten, die im Kanal von Sizilien in Seenot geraten, inszenieren einerseits die immer gleiche »Flüchtlingstragödie« und propagieren andererseits das Schreckensbild von den »Flüchtlingsmassen«. Lampedusa steht seit Jahren im Mittelpunkt der italienisch-europäischen Abwehrpolitik gegenüber Migranten. Auch dieses Mal ist die Situation

auf der Insel nicht zufällig eskaliert.

Das Flüchtlingslager auf Lampedusa ist als Centro di la prima accoglienza (CPA) nur für die erste Notaufnahme bestimmt. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben müssen die Flüchtlinge innerhalb von 48, maximal 72 Stunden in so genannte Centri di identificazione ed espulsione (CIE, vormals CPT) verlegt werden, in denen ihre Herkunft geklärt und ihr Asylanspruch geprüft wird und von wo aus sie gegebenenfalls auch abgeschoben werden können. Im Herbst vergangenen Jahres hat die Regierung die Einrichtung von zehn neuen Identifikations- und Abschiebelagern beschlossen. Innenminister Roberto Maroni von der rechtspopulistischen Lega Nord kam dabei die Idee, eines dieser Zentren direkt auf Lampedusa einzurichten. Wer auf der Insel ankommt, muss dann nicht erst nach Sizilien oder auf das Festland transportiert werden, es bestünde nicht länger die Gefahr, dass Flüchtlinge als clandestini untertauchen könnten.

Wegen dieser Planung wurden die Flüchtlinge seit Jahresbeginn nicht mehr auf die nationalen Zentren verteilt, sondern im CPA auf Lampedusa festgehalten. Allerdings gibt es bisher nur die ministeriale Anordnung, die Gebäude des ehemaligen Nato-Stützpunkts Loran im äußersten Wesen der Insel, in denen das neue CIE eingerichtet werden soll, sind noch nicht umgebaut.

Eine Delegation der Demokratischen Partei konnte vergangene Woche sowohl das überfüllte CPA als auch das geplante CIE besichtigen. Da beide Gelände seit Tagen von Polizeieinheiten abgeriegelt werden und für die Presse unzugänglich sind, liefert ein von den Demokraten auf ihrem Parteisender veröffentlichtes Video die einzigen aktuellen Aufnahmen aus dem Flüchtlingslager.

Doch ebenso wie sich die einheimischen Inselbewohner nur am vorgesehenen verlängerten Aufenthalt der »Fremden«, nicht aber an deren Abschiebung stören, beschränkt sich die Kritik der demokratischen Opposition auf die Forderung nach Einhaltung rechtlicher Mindeststandards im Hinblick auf ihre Unterbringung.

Unwidersprochen bleibt der Versuch der Regierung, den Notstand auf Lampedusa im Rahmen eines europäisch-afrikanischen Kontrollregimes zu lösen. So wurde in diesen Tagen das italienisch-libysche Abkommen, das Ministerpräsident Berlusconi mit Libyens Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi bereits im Sommer 2008 ausgehandelt hat, auch mit den Stimmen der Linksliberalen ratifiziert. Demnach sollen Polizeieinheiten beider Länder gemeinsam vor der Küste Libyens patroullieren und die Ausfahrt von Schlepperbooten verhindern. Auch Maronis Absprachen mit dem tunesischen Präsidenten Ben Ali über die Rückführung von Flüchtlingen, die als Tunesier identifiziert werden, wurden von allen Parteien begrüßt.

Dass Libyen regelmäßig gegen die internationale Menschenrechtskonvention verstößt, Massenabschiebungen selbst nach dem restriktiven europäischen Flüchtlingsgesetz nicht erlaubt sind und viele der als Tunesier abgeschobenen Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsregionen der Subsahara kommen und Asyl gewährt bekommen müssten, interessiert die demokratische Opposition hingegen kaum. Und all das löst auch keine nennenswerten Proteste aus.

Jungle World Nr. 6, 5. 02. 09

crush hour concerts präsentiert:

Am Dienstag, dem **17.03.09** kommen die unvergleichlichen **Vialka** nach längerer Abwesenheit und ausgedehnter China-Tour wieder zu uns.

Am So. den **29.03.09** um 21 uhr freuen wir uns mit euch auf: **now, now every children** aus minneapolis, die mit wundervoll mitreißendem Sound, wahnsinnigem Gesang und sehr schönen Melodien sowie Texten begeistern.
Die **knights of love** aus Paris die während ihrer Reise aus einer Zeit in der die Liebe noch wahr war scheinbar einen Umweg in die 80er Jahre gemacht haben um ihren Klang zu finden und damit all unsere Liebe zu retten, was ja auch mal bitter nötig ist!
Und **on the radar** aus Oldenburg mit UK-style indie dem sein Hauch post punk sehr gut steht.

So. den **05.04.09** um 21 uhr spielen **la casa fantom** aus oslo mal wieder bei uns. Sie selbst sagen: „Our name comes from a do it yourself wine kit which gives you 20 liter of redwine in 24 hours. It was just like our music, fast&dirty with a lot of nerves."

Am Do. den **09.04.09**
um 21 uhr beehren uns
the usaisamonster aus new york city und schwervon ebenfalls aus new york city. the usaisamonster kehren auf ihrer leider !letzten! tour noch einmal bei uns ein um mit ihrer wirklich abgefahren experimentellen Musik zu erwärmen. **Schwervon**, die wir nach ihrem ersten crushhour Besuch mit Kimya Dawson vor vier Jahren tief ins Herz geschlossen haben verzücken mit schönem Gitarre Schlagzeug Antifolk, in dem es unter anderem darum geht etwas zu Abend zu essen...

Nach ausgiebigem Winterschlaf startet **Sputnikkonzerte** mit

10 Rue d'la Madeleine

am **02.04. im Alhambra**

ins Jahr 2009.

Mit ihrer genialen Mischung aus französischem Chansons und Metal-Hiphop-Crossover a la Rage Against The Machine bringen sie in jeder Halle das Publikum zum Tanzen und Schwitzen.

Klarinettenklänge und Violinenmelodien wechseln mit harten schnellen Gitarrenriffs und über allem tanzt die Stimme des Sängers Brad Bronstein mal melodiös mal rau und dreckig dahin. 10 Rue d'la Madeleine sind eine 1a Liveband - plein de rage et ironie!

Parallelen lassen sich noch mit dem offbeatigen Basken-Rock von Negu Gorriak oder dem Balkan-Hardcore à la Kultur Shock ziehen. Aber Vergleiche hinken bekanntlich. Auf diversen Festivals und Konzerten haben 10 Rue d'la Madeleine bewiesen, dass sie schon längst kein Geheimtipp mehr sind und auch große Bühnen außerhalb Frankreichs rocken!

sputnikkonzerte.de myspace.com/10rue Bandhome: 10rue.com

Tanzparty in den 8. März

Sa. 7.3.09

Eintritt: 3 bis 5 Euro
Zur Unterstützung
feministischer,
antirassistischer
Arbeit in Oldenburg

21:30h **Film** im Cine k: "Itty Bitty Titty Committy"
im Rahmen der Filmreihe zum 8. März
-offen für FrauenLesbenTrans- www.cine-k.de

23:00h **FrauenLesbenTransParty** im Saal des Theater K
(Kulturetage, Bahnhofstr. 11 /01)
Einlass ab 22:30h (Achtung Theaterende erst
um 22:00h, daher kann bis 23:00h noch
"gemischtes" Publikum unterwegs sein.)

März `09

Fr.	6.3.	22:00	Mash up di place
Sa.	7.3.	18:00	Kommune-Info-Tour
		22:00	Lesbischwule Mottoparty
Di.	10.3.	20:30	Subklub Matriarchate
Sa.	14.3.	22:00	Techno/House-Party (LesBiGay)
Di.	17.3.	22:00	Crush Hour Concerts: Vialka + Xiao He
Do.	19.3.	21:00	Konzert: Phantom Stars
Fr.	20.3.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	21.3.	22:00	Männerfabrik
Fr.	27.3.	22:00	Lustige Antifa-Soli-Party
Sa.	28.3.	22:00	Rosa Disco
So.	29.3.	22:00	Crush Hour Concerts: Now, Now Every Children + On the Radar

Monatlich:

1.Mi.	17:00	Frauen_treffen OI/BI
1.Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2.Fr.	20:30	NutzerInnenplenum

Wöchentlich:

Mo.	19:00	Antiraplenum OI/BI (nur in geraden Wochen)
Mo.	19:30	Crush Hour Concerts
Mo.	20:00	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	VoKü, danach Kneipe
Do.	21:00	Rechtshilfe

April `09

Do.	2.4.	21:00	Sputnikkonzert: 10 Rue d'la Madeleine
Fr.	3.4.	22:00	Mash up di place
Sa.	4.4.	22:00	Homophilias - Party für Lesben und Schwule
So.	5.4.	22:00	Crush Hour Concerts: La Casa Fantom
Do.	9.4.	22:00	Crush Hour Concerts: USA is a Monster
Fr.	10.4.	23:00	High Tension Drum`n` Bass
Sa.	11.4.	22:00	Trafemmes Frauenparty
So.	12.4.	22:00	100 DJs
Fr.	17.4.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	18.4.	22:00	Männerfabrik
Fr.	24.4.	21:00	Pogo poppt auf - Festival
So.	25.4.	22:00	Rosa Disco